

Jahresbericht 2013

Internationale Zusammenarbeit der Schweiz



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Highlights 2013	4
Editorial von M. Dahinden / M.-G. Ineichen-Fleisch	7
Entwicklungspolitisches Umfeld	8
<hr/>	
 KRISENPRÄVENTION UND NOTHILFE	12
<ul style="list-style-type: none"> • Humanitäre Hilfe • Arbeit in fragilen Situationen • Krisenresistenz 	
Carte Blanche	19
<hr/>	
 ZUGANG ZU RESSOURCEN UND DIENSTLEISTUNGEN	20
<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheit • Nachhaltige Wassernutzung und Siedlungshygiene • Grund- und Berufsbildung • Nachhaltige Landnutzung 	
Carte Blanche	27
Kulturfenster	28
Wo wir arbeiten	30
<hr/>	
 NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM	32
<ul style="list-style-type: none"> • Finanzstabilität und gute Regierungsführung • Nachhaltig wachsender Handel • Entwicklung des Privatsektors und der Finanzdienstleistungen • Infrastruktur und städtische Entwicklung 	
<hr/>	
 DEMOKRATIE UND MARKTWIRTSCHAFT	38
<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Parlamente, Demokratisierung, Staatsreform • Förderung der Lokalverwaltung • Entfaltung von marktwirtschaftlichen Systemen 	
Forschungsfenster	44
<hr/>	
 ENTWICKLUNGSFÖRDERNDE GLOBALISIERUNG	46
<ul style="list-style-type: none"> • Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen • Erneuerbare Energien und Energieeffizienz • Effiziente Ressourcennutzung 	
Partnerschaften Schweiz	53
Multilaterale Zusammenarbeit	54
DEZA und SECO in Kürze	58
Statistiken 2013	59
Impressum	60

HIGHLIGHTS 2013

1



POSITIVER DIALOG ÜBER MIGRATION

Im März 2013 haben in Bangladesch 50 Länder die Dhaka-Deklaration unterzeichnet. Sie bekräftigten damit ihre Absicht, die Themen Migration, demografische Entwicklung und Urbanisierung in die künftige Agenda für nachhaltige Entwicklung aufzunehmen. Die DEZA trug massgeblich zum Verhandlungserfolg bei. Sie setzt sich seit langem dafür ein, die Migration in ihren verschiedenen Facetten in die Entwicklungsdebatte zu integrieren.

2



URSACHEN VON FRAGILITÄT BESEITIGEN

Seit 2006 unterstützt die DEZA in der Provinz Ngozi in Burundi die Reform der Grundbuchämter. Dank GPS-Technologie, vielen Gesprächen und verbesserten institutionellen Strukturen konnten inzwischen mehrere 10000 Familien ihr Land registrieren. Die Konflikte um den Zugang zu Agrarland wurden dadurch verringert. Die Regierung und andere Geldgeber übernehmen den Ansatz nun für andere Provinzen.

3



DIE SCHWEIZ GESTALTET DIE INTERNATIONALE AGENDA MIT

Die Schweiz beteiligt sich aktiv an der Gestaltung der neuen internationalen Entwicklungsagenda. 2013 konnte sie den Weltbank-Fonds zugunsten der ärmsten Bevölkerung mitgestalten und damit bewirken, dass die prioritären Schweizer Entwicklungsanliegen wie das Engagement in fragilen Kontexten, die Gleichstellung der Geschlechter sowie der Klimawandel darin besondere Beachtung finden.

4



BESSERE GESUNDHEITS- VERSORGUNG FÜR MÜTTER UND KINDER

Die Schweiz hat in der Republik Moldau in den letzten Jahren massgeblich dazu beigetragen, die Betreuung von Müttern und Kindern vor und nach der Geburt zu verbessern. Zudem wurden in allen Regionen des Landes spezialisierte Notfallzentren für Kinder eingerichtet. Dieses Engagement trug dazu bei, dass das Millenniumsentwicklungsziel zur Senkung der Kindersterblichkeit in der Republik Moldau erreicht wurde.

5



NACHHALTIGKEIT FÖRDERN

Das SECO ist 2013 mit der niederländischen Stiftung «Sustainable Trade Initiative» eine strategische Partnerschaft eingegangen. Der Bundesrat hat hierfür 30 Millionen Franken über die nächsten vier Jahre gesprochen. Diese Partnerschaft unterstreicht und stärkt das bestehende Engagement im Bereich nachhaltiger landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten wie Kakao, Kaffee, Baumwolle, Palmöl und Soja.

6



150 JAHRE IKRK

Ob in der Syrien-Krise, in der Zentralafrikanischen Republik oder nach dem Taifun auf den Philippinen – das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ist einer der wichtigsten Partner der Humanitären Hilfe des Bundes. Zum 150-jährigen Jubiläum übergab ihm die Schweiz 2013 ein besonderes Geschenk: Sie übernahm die Kosten für die Rekrutierung und Ausbildung von 150 zusätzlichen IKRK-Delegierten.



Globale Risiken wie der Klimawandel, die Migration oder Wirtschafts- und Finanzkrisen betreffen alle Menschen und Weltregionen. Entwicklungsländer sind allerdings oftmals anfälliger und weniger widerstandsfähig gegenüber den Auswirkungen solcher Risiken. Dadurch können die Entwicklungschancen, die Stabilität und die Bemühungen in der Armutsbekämpfung eines Landes beeinträchtigt werden.

Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz fokussiert sich verstärkt auf sechs globale Herausforderungen. Sie erarbeitet dabei innovative, grenzüberschreitende Lösungsansätze, nimmt aktiv am multilateralen Politikdialog teil und fördert die Verbreitung von Wissen.

Die Bildstrecke des Jahresberichts vermittelt einen Einblick in die Tätigkeitsfelder dieser Programme.



*Martin Dahinden,
Direktor DEZA*



*Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch,
Staatssekretärin, Direktorin SECO*

Editorial von Martin Dahinden und Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch

«DEN VIELFÄLTIGEN REALITÄTEN GERECHT WERDEN»

Der Anteil der Menschen, die weltweit in extremer Armut leben, war 2013 nur noch halb so gross wie 1990. Erstmals scheint es möglich, die extreme Armut innerhalb einer Generation zu überwinden. Zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer verzeichnen zudem eindrucksvolle wirtschaftliche Wachstumsraten und gewinnen an politischem Gewicht.

Diese Entwicklungen stimmen zuversichtlich. Doch sie stellen nur eine Seite der globalen Realität dar. Wir blicken gleichzeitig auf ein Jahr zurück, das vielerorts geprägt war von Konflikten und Krisen, von grossen Unterschieden und auseinander laufenden Entwicklungen. Syrien, der Südsudan oder die Zentralafrikanische Republik widerspiegeln eine Realität, die in starkem Kontrast steht zum Aufstieg der Schwellenländer und zur erfolgreichen Armutsbekämpfung.

Für die internationale Zusammenarbeit stellen diese vielfältigen Realitäten eine Herausforderung dar. Denn es gilt, auf sehr unterschiedliche Problemstellungen Antworten zu finden: Auf die Fragilität genauso wie auf grenzüberschreitende Risiken, auf Fragen der nachhaltigen Entwicklung, aber auch auf den Ruf nach Freiheit und nach sozialer Gerechtigkeit.

Einheitliche Strategie

Im Jahr 2013 handelten die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) erstmals nach einer gemeinsamen Strategie, der Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016. Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen sowie Ostzusammenarbeit folgen somit einer einheitlichen Linie.

Dadurch können wir besser auf die unterschiedlichen Problemstellungen eingehen, Kräfte bündeln und verknüpfen. Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz bleibt dabei klar auf die Überwindung der Armut ausgerichtet. Gleichzeitig passt sie sich durch die stärkere Ausrichtung auf fragile Staaten und auf globale Risiken dem veränderten internationalen Umfeld an.

In den letzten Jahren haben die DEZA und das SECO ihre Bemühungen verstärkt, um systematischer und vollständiger Rechenschaft über die Wirkung ihrer Arbeit abzulegen. Dies widerspiegelt sich auch in der Struktur dieses Jahresberichts, der sich an den fünf strategischen Zielen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz orientiert.

Ein Wegweiser für nachhaltige Entwicklung

Unsere Arbeit und ihre Wirkung wurden von der OECD im vergangenen Jahr geprüft und gelobt. In der Schweizer Bevölkerung und im Parlament genießen wir weiterhin breiten Rückhalt. Gleichwohl sind wir uns bewusst, dass unsere Aufgabe angesichts der sich verändernden Herausforderungen in Zukunft nicht einfacher wird. Um einen Beitrag zur Lösung der komplexen Problemstellungen zu leisten, sind Flexibilität, Hartnäckigkeit und ein langfristiges, umfassendes Engagement gefragt.

In diesem Sinne wird sich die Schweiz in den kommenden zwei Jahren auch aktiv an den Verhandlungen einer neuen globalen Entwicklungsagenda beteiligen. Mit unserem Wissen und unseren Erfahrungen wollen wir dazu beitragen, dass 2015 eine Agenda steht, die dem Anspruch eines universellen Wegweisers für die nachhaltige Entwicklung gerecht wird.

EINE ZUSAMMENARBEIT, DIE DER VERNETZTEN GLOBALEN REALITÄT ENTSPRICHT

Die Anforderungen an die internationale Zusammenarbeit sind komplexer geworden. Die Anzahl der Herausforderungen und der Akteure hat zugenommen, Problemstellungen sind zunehmend verknüpft und erfordern grenzübergreifende Interventionen. Die Schweiz verfügt über eine Strategie, die diesen Veränderungen Rechnung trägt. Auf internationaler Ebene setzt sie sich ein für eine neue Entwicklungsagenda, die der vernetzten globalen Realität gerecht wird.

Die Landkarte der weltweiten Armut ist dabei, sich stark zu verändern. Zahlreiche Entwicklungsländer verzeichneten in den letzten Jahren – trotz globaler Finanz- und Wirtschaftskrise – ein starkes Wirtschaftswachstum. Staaten wie China und Indien, aber auch Ghana oder Indonesien sind zu Ländern mittleren Einkommens aufgestiegen.

Neue Geografie der Armut

Von den eindrucklichen Wachstumszahlen vieler Entwicklungsländer profitieren aber nicht alle in gleicher Masse. Die Entwicklungsfortschritte zwischen Ländern, Regionen oder sozialen Gruppen sind sehr unterschiedlich.

Eine Mehrzahl der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, findet sich heute nicht mehr in den ärmsten Entwicklungsländern, sondern in den Staaten mittleren Einkommens. Diese verfügen durch das Wirtschaftswachstum zwar zunehmend über eigene Mittel, die sie in ihre Entwicklung investieren können. Doch die Wohlstandsgewinne werden oft unzureichend verteilt, sodass die Ärmsten vom wirtschaftlichen Aufschwung kaum profitieren.

Zunehmende Komplexität der internationalen Zusammenarbeit

Derweil lebt weiterhin ein Drittel der Ärmsten – rund 350 Millionen Menschen – in Ländern mit fragiler Staatlichkeit. Konflikte, Gewalt, Korruption und Instabilität stellen hier grosse Hindernisse dar für eine wirkungsvolle und nachhaltige Bekämpfung der Armut. Nur eine kleine Minderheit der weltweit über 40 fragilen Staaten wird bis 2015 die Millenniums-

entwicklungsziele erreichen. Dabei beschränkt sich Fragilität nicht lediglich auf die ärmsten Staaten, sondern betrifft auch Länder mittleren Einkommens. Solch unterschiedliche Realitäten zeigen, dass die Einsatzgebiete der DEZA und des SECO keinen homogenen Block bilden.

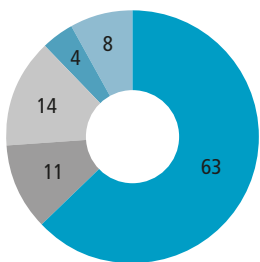
In der internationalen Zusammenarbeit wird beobachtet, dass die Zahl der Akteure in Entwicklungs- und Schwellenländern weiterhin stark ansteigt. Neue Geberstaaten aus dem Süden spielen eine wichtige Rolle. Auch zivil- und privatwirtschaftliche Akteure gewinnen an Bedeutung. Gleichzeitig erfordern globale Herausforderungen wie der Klimawandel oder die Ernährungssicherheit grenzüberschreitende Lösungen und Partnerschaften.

Fragilität und globale Risiken im Fokus des Schweizer Engagements

Die DEZA und das SECO tragen diesem Wandel Rechnung mit ihrer neuen, einheitlichen Strategie – der Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016. Der verstärkte Fokus auf fragile Kontexte ist eine langfristige, wichtige Investition, die dort ansetzt, wo es am nötigsten ist. Geduld und Beharrlichkeit sind in fragilen Kontexten besonders wichtig. Denn es braucht Zeit, um staatliche Strukturen aufzubauen und zu stabilisieren und das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen.

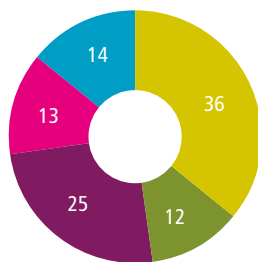
Durch die stärkere Gewichtung globaler Risiken wird die Schweiz der Tatsache gerecht, dass viele der zentralen Herausforderungen unserer Zeit keine Landesgrenzen kennen. Dazu gehören der Klimawandel, die

Grafik 1
ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSHILFE (APD) DER SCHWEIZ 2013 (IN %)



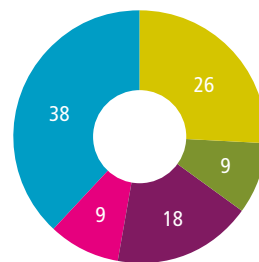
- DEZA
- SECO
- Asylsuchende (BFM)
- Frieden und Sicherheit (AMS/VBS)
- Andere

Grafik 2
DEZA BILATERAL GEOGRAFISCHE AUFTEILUNG 2013' (IN %)



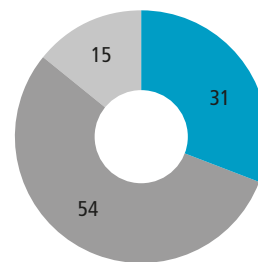
- Subsahara-Afrika
- Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten
- Asien
- Lateinamerika
- Osteuropa und GUS

Grafik 3
SECO BILATERAL GEOGRAFISCHE AUFTEILUNG 2013' (IN %)



- Subsahara-Afrika
- Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten
- Asien
- Lateinamerika
- Osteuropa und GUS

Grafik 4
MULTILATERALE APD DER SCHWEIZ 2013 (IN %)



- UNO-Organisationen
- Internationale Finanzierungsinstitutionen
- Andere internationale Organisationen

1 Exkl. geografisch nicht zuteilbare Beiträge und EU-Erweiterungsbeitrag

Migration, instabile Finanzmärkte oder Epidemien. Die Armutsbekämpfung steht in enger Wechselwirkung mit diesen Phänomenen.

Der zunehmenden Diversifizierung der Akteure in der internationalen Zusammenarbeit begegnet die Schweiz durch eine stärkere Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Zudem gewinnt die multilaterale Zusammenarbeit für die Schweiz an Bedeutung.

Auf dem Weg zu einer neuen Entwicklungsagenda

Einen wichtigen Platz nahmen 2013 auch die Vorbereitungen zur neuen Entwicklungsagenda (Post-2015) ein, die die UNO-Generalversammlung Ende 2015 verabschieden will. Darin sollen die Nachfolgeagenda der Millenniumsentwicklungsziele und die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung zusammengeführt werden. Das Ziel ist äusserst ehrgeizig: Erstmals sollen die ökologische, soziale und wirtschaftliche Dimension – die drei Pfeiler der nachhaltigen Entwicklung – in einer globalen Entwicklungsagenda vereint werden.

Die Schweiz hat grosses Interesse am Gelingen der Post-2015-Agenda. Sie ist aktives Mitglied der offenen Arbeitsgruppe der UNO zu Zielen für eine nachhaltige Entwicklung und hat in den globalen UNO-Konsultationen zu Wasser und zu Bevölkerungspolitik eine Führungsrolle übernommen. Innerhalb der Bundesverwaltung ist die DEZA mit der Koordination der Arbeiten beauftragt. Auf nationaler Ebene hat sie 2013 zur Erarbeitung der Schweizer Position wiederholt breit die Öffentlichkeit konsultiert. Die zuständige interdepartementale Taskforce wird bis Sommer 2014 die Schweizer Positionen weiterentwickeln. Im Herbst wird der Bundesrat ein Verhandlungsmandat festlegen, im Winter beginnen die zwischenstaatlichen Verhandlungen in der UNO-Generalversammlung.

Kohärenz stärken

Eine der Herausforderung der Verhandlungen wird darin bestehen, Zielkonflikte zwischen Umwelt-, Wirtschafts- und Entwicklungsanliegen zu entschärfen. Zudem sollen die neuen Ziele nicht für Entwicklungsländer allein gelten, sondern einen universellen Strategierahmen darstellen.

Denn in der globalisierten Welt bedingen nachhaltige Lösungen Verhaltensänderungen aller betroffenen Akteure. Die neue Botschaft trägt diesen globalen Verknüpfungen Rechnung, indem sie die Kohärenz zwischen der Entwicklungspolitik und anderen Politikbereichen in der Schweiz – etwa in der Migration, in internationalen Finanz- und Steuerfragen sowie im Rohstoffgeschäft – stärker berücksichtigt. Besonders in der Migrationsaussenpolitik sowie im Bereich des Schweizer Engagements für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung und deren Finanzierung zeigte sich im Jahr 2013, dass die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ämtern und Departementen gut funktioniert und die entwicklungspolitische Kohärenz ein Anliegen ist, das die Schweiz ernst nimmt. Auch auf internationaler Ebene müssen die Politiken

und Aktivitäten verschiedener bilateraler und multilateraler Entwicklungsakteure besser aufeinander abgestimmt werden. Hierzu stellt die Erarbeitung der neuen globalen Entwicklungsagenda eine wichtige Chance dar.

«In der globalisierten Welt bedingen nachhaltige Lösungen Verhaltensänderungen aller betroffenen Akteure. Die neue Botschaft trägt diesen globalen Verknüpfungen Rechnung.»

LOB FÜR DIE SCHWEIZ

Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz verdient laut der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) sehr gute Noten. 2013 evaluierte der OECD-Entwicklungsausschuss (DAC) im Rahmen seiner Länderexamen die Qualität und Wirksamkeit des Schweizer Engagements in Entwicklungs-, Schwellen- und Transitionsländern.

Insgesamt kommt er dabei zum Schluss, dass die Schweiz sehr gute Resultate erzielt. Der Entwicklungsausschuss hält fest, dass die DEZA und das SECO annähernd alle Empfehlungen der letzten Prüfung im Jahr 2009 erfüllt haben.

Dank dem gestärkten Fokus auf die Armutsreduktion und die Minderung globaler Risiken, dem erhöhten Engagement in fragilen Kontexten, der vorbildlichen Zusammenarbeit mit multilateralen Organisationen sowie der stärkeren Kooperation mit dem Privatsektor trägt die Schweiz gemäss OECD dem veränderten globalen Umfeld Rechnung.

Besonders hervorgehoben wird die vom Schweizer Parlament beschlossene Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,5% des Bruttonationaleinkommens bis 2015 sowie die neue, einheitliche Strategie für die internationale Zusammenarbeit.

Handlungsbedarf ortet die OECD bei der Abstimmung zwischen entwicklungspolitischen Anliegen und Bereichen wie der Migrations-, Agrar- und Umweltpolitik. Zudem soll die Schweiz ihre Mittel geografisch stärker konzentrieren und in internationalen Foren und multilateralen Gremien eine aktivere Rolle spielen.



Der usbekische Ort Muinak lebte einst primär vom Fischfang. Doch wo sich früher der Aralsee ausbreitete, ist heute nur noch eine Sandwüste zu finden. Das durch Menschen verursachte Austrocknen des Sees hat der Landwirtschaft der Region weitgehend die Existenzgrundlage entzogen. Weltweit ist ein zunehmender Druck auf die knappe Ressource Wasser zu beobachten.

Das Globalprogramm Wasserinitiativen sucht Lösungen für die Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit dem Management von Wasserressourcen ergeben. Dies betrifft den Zugang zu Trinkwasser genauso wie die Nutzung von Wasser für Landwirtschaft, Industrie und Haushalt.



KRISEN- PRÄVENTION UND NOTHILFE

- Humanitäre Hilfe
- Arbeit in fragilen Situationen
- Krisenresistenz

Die Schweiz leistet Hilfe zugunsten der von bewaffneten Konflikten, Krisen und Naturkatastrophen betroffenen Bevölkerung. Hierzu gehören die Prävention und Verminderung von Risiken bei Naturgefahren, die Gewaltkonfliktprävention, die humanitäre Hilfe in Notsituationen, die Konfliktbearbeitung, der Staats- und Wiederaufbau sowie die Reform des Sicherheitssektors.

Die Unterstützung ist meist kurzfristig angelegt; Nothilfe wird so lange wie nötig geleistet. Für längerfristige humanitäre Engagements (Wiederaufbau) und für Entwicklungsmassnahmen (Beschäftigung, soziale Dienste, Staatsaufbau) werden Schwerpunkte gesetzt.

ENGAGEMENT FÜR DIE OPFER VON KRIEGEN UND KATASTROPHEN

Leben retten und Leiden lindern – dies ist die Kernarbeit der Humanitären Hilfe. Das Engagement der Schweiz geht aber über die Nothilfe hinaus. Besonders in fragilen Ländern ist eine langfristige, umfassende Zusammenarbeit eine Voraussetzung, um die Bevölkerung zu schützen und die wirtschaftliche und politische Stabilität zu fördern.

Es beginnt mit einer Demonstration: Im März 2011 gehen Syrerinnen und Syrer auf die Strasse. Inspiriert durch die arabischen Revolten fordern sie politische Reformen. Zunächst sind es nur wenige, doch nach dem harten Vorgehen der Sicherheitskräfte wächst der Widerstand der Bevölkerung rasant. Die Entwicklung gipfelt in einem Bürgerkrieg, in dem die Bevölkerung zur Zielscheibe wird. Schwere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zeichnen den syrischen Alltag. Die humanitäre Lage ist katastrophal, es fehlt an Wasser, Lebensmitteln und medizinischer Grundversorgung.

Längst hat der Krieg auch die Nachbarstaaten erreicht. Bis Ende 2013 haben rund zweieinhalb Millionen Syrerinnen und Syrer ihr Land verlassen. Doch der Libanon, Jordanien und der Irak – jene Länder, in denen die meisten syrischen Flüchtlinge eintreffen – kämpfen selbst mit einer zerrütteten Sicherheitslage. Es fehlen die Ressourcen, um die Bedürftigen aufzunehmen.

Die Zivilbevölkerung schützen

Zwar ist das Ausmass des Syrien-Kriegs ohne Parallelen, doch die Liste der andauernden kriegerischen



Konflikte ist lang. Afghanistan, Somalia oder die Zentralafrikanische Republik: Die aktuellen Krisenherde zeigen, dass das Konfliktpotenzial in fragilen Kontexten, wo Institutionen schwach oder instabil sind und die Bevölkerung unter grosser Armut, Gewalt, Korruption und politischer Willkür leidet, am grössten ist. Staatliche Grundfunktionen wie die Gewährleistung der Sicherheit und die Rechtsstaatlichkeit sind dort nicht mehr gesichert. Lokale Konflikte können sich dadurch wie ein Flächenbrand ausbreiten und haben oft verheerende Folgen für die Betroffenen.

Der Schutz der Zivilbevölkerung steht im Zentrum der Arbeit der Humanitären Hilfe. Sie setzt sich vor, während und nach Konflikten, Krisen und Naturkatastrophen für die betroffenen Menschen ein. Ein rascher, ungehinderter Zugang ist für die Verteilung von Hilfsgütern und die Bereitstellung einer Grundversorgung von besonderer Bedeutung. In fragilen Kontexten ist dies oft eine Herausforderung.

Zusammenarbeit auf allen Ebenen

Schutz und Nothilfe allein garantieren der betroffenen Bevölkerung jedoch keine dauerhaften Perspektiven. Hierfür ist ein umfassender, langfristiger Ansatz vonnöten, der die politische Stabilisierung der betroffenen Länder und die Stärkung der lokalen Wirtschaft einschliesst. Dies bedingt eine enge

Zusammenarbeit mit der Regierung, mit lokalen Behörden, multilateralen Organisationen und Hilfswerken sowie Vertretern der Zivilgesellschaft.

Die langfristig ausgerichtete Entwicklungszusammenarbeit spielt bei der Bekämpfung der Ursachen der Fragilität eine wichtige Rolle. Denn längst ist erkannt, dass Fragilität eines der grössten Hindernisse für eine wirkungsvolle und nachhaltige Bekämpfung der Armut ist. Laut der Weltbank sind fragile Staaten zweimal mehr von Unterernährung und Kindersterblichkeit betroffen als andere Entwicklungsländer.

Allerdings sind nicht nur die ärmsten Staaten von Fragilität betroffen. Rund die Hälfte der fragilen Länder weist heute ein mittleres Pro-Kopf-Einkommen aus.

Umfassender Ansatz

Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz verfügt über langjährige Erfahrung in fragilen Staaten und weiss um die Wichtigkeit einer Verknüpfung der humanitären Hilfe mit langfristig angelegten Entwicklungsprogrammen und -projekten. Die Hälfte der rund 30 Länder und Regionen, in denen sich die Schweiz schwerpunktmässig engagiert, werden als fragil eingestuft. Um diese Staaten auf ihrem Weg zur Stabilität zu unterstützen, wird sie ihr finanzielles

«Der Schutz der Zivilbevölkerung steht im Zentrum der Arbeit der Humanitären Hilfe. Sie setzt sich vor, während und nach Konflikten, Krisen und Naturkatastrophen für die betroffenen Menschen ein.»



SAUBERES WASSER KANN LEBEN VERÄNDERN

Die DEZA verschafft Heimkehrenden im Südsudan Zugang zu sauberem Wasser – und gibt ihnen Hoffnung auf ein neues Leben in ihrer alten Heimat.



Die Hoffnung war gross, als der Südsudan 2011 nach 30 Jahren Bürgerkrieg die Unabhängigkeit erlangte. Rund 1,9 Millionen Menschen kehrten in ihre Heimat zurück. Einige liessen sich in einem der zahlreichen Lager für Heimkehrende nieder, die insbesondere entlang der Grenze zum Sudan verteilt sind. So auch die beiden Jungen Joseph und Santino. Sie leben seit Frühling 2013 in einem Lager im nördlichen Bundesstaat Bahr el Ghazal, wo rund ein Drittel der Bevölkerung aus Rückkehrern besteht.

Die Realität dort ist hart, die Not gross. Die einzige Wasserquelle bildet ein dreckiges Wasserloch, das die Menschen gefährlichen Krankheiten aussetzt. Die DEZA ist eine der wenigen internationalen Hilfsorganisationen vor Ort. Dort, wo die beiden Jungen wohnen, bohrt und repariert sie Bohrlöcher, die zum Grundwasser in bis zu 80 Meter Tiefe führen. Das

saubere Trinkwasser wird schliesslich mit einer Handpumpe an die Oberfläche befördert.

Die Region Bahr el Ghazal ist nur bedingt vom bewaffneten Konflikt betroffen, der Ende 2013 ausbrach. In Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden arbeitet die DEZA kontinuierlich daran, den Zugang zu Wasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen zu sichern. Die Bevölkerung wird dabei eng eingebunden.

Mehr als 130 000 Menschen aus umliegenden Gebieten haben durch das Projekt Zugang zu sauberem Trinkwasser erhalten. Das hat das Leben verändert: «Vom Wasser aus der Pumpe werde ich nicht krank, und es schmeckt viel besser als das Wasser aus dem Erdloch», sagt Santino.



Engagement in den betroffenen Ländern und Regionen bis 2016 um bis zu 20 % erhöhen.

Auch deshalb erreichte die Schweizer Hilfe für die Opfer der Syrien-Krise 2013 mehr als 100 000 notleidende Menschen. Im Libanon beispielsweise haben rund 20 000 syrische Flüchtlinge dank der Bargeldhilfe an 2400 Gastfamilien ein Dach über dem Kopf erhalten. Weltweit profitierten 2013 zudem rund 1 Million Personen von der Wiederaufbauhilfe der Humanitären Hilfe des Bundes.

Die DEZA und das SECO handeln in fragilen Staaten eng mit internationalen Organisationen, Schweizer Hilfswerken sowie mit lokalen und nationalen Behörden zusammen. Die Programme der Schweiz in Mali, Haiti und in Nordafrika, wo humanitäre Interventionen eng mit langfristigen Entwicklungsprojekten abgestimmt werden, sind Beispiele für den ganzheitlichen Ansatz des Schweizer Engagements.

Ferner unterstützt die DEZA humanitäre Organisationen, die sich für den Schutz der Zivilbevölkerung einsetzen. Sie setzt sich zudem vor Ort dafür ein, dass der betroffenen Bevölkerung eine Stimme gegeben wird. Das SECO unterstützt insbesondere Bemühungen, die seine Partnerländer besser auf Krisen vorbereiten und sie so widerstandsfähiger machen.

Risikoreiches Arbeitsumfeld

Das Engagement in fragilen Kontexten ist nicht ohne Risiken. In den letzten zehn Jahren wurden knapp 900 Menschen bei der Ausübung ihrer humanitären Arbeit getötet. Bei den Opfern handelte es sich grösstenteils um Personen, die in ihrem eigenen Land tätig waren. Ein Risiko stellt auch die zunehmende Politisierung der humanitären Hilfe dar. Immer häufiger versuchen politische Gruppierungen, humanitäre Organisationen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und sie dadurch an ihrer Arbeit zu hindern. Dies hat oft direkte Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, die dringend Zugang zu Hilfsgütern benötigt. Diese Risiken zeigen sich in der Syrien-Krise exemplarisch. Für die Schweiz bleiben Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Neutralität deshalb wichtige Prinzipien ihrer humanitären Hilfe.

«Die DEZA und das SECO handeln in fragilen Staaten eng mit internationalen Organisationen, Schweizer Hilfswerken sowie mit lokalen und nationalen Behörden zusammen.»

KATASTROPHEN- RISIKEN MINDERN

Dürren, Überschwemmungen, Stürme und Erdbeben – sie alle führen zu Not und Elend. In den letzten 30 Jahren hat sich die Zahl der durch Naturereignisse bedingten Krisen verdreifacht. Ursache dafür sind unter anderem politische Instabilität, fehlende Ressourcen, ungenügende Vorkehrungen, aber auch die Auswirkungen des Klimawandels.

Die Verminderung von Katastrophenrisiken ist eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung und ein Schwerpunktthema der DEZA. Im Rahmen der sogenannten «Disaster Risk Reduction» verfolgt sie das Ziel, bestehende Risiken zu mindern und drohenden Gefahren entgegenzuwirken.

Die DEZA hat in den letzten Jahren rund 10 % der nicht zweckgebundenen Gelder der Humanitären Hilfe (circa 10 Millionen Franken) für die Verminderung von Katastrophenrisiken eingesetzt. Diese Investition zahlt sich aus: Jährlich können dadurch Schäden in der Höhe von rund 40 bis 70 Millionen Franken vermieden werden.

Die Verminderung von Risiken ist allerdings nicht nur in Zusammenhang mit Naturkatastrophen von Bedeutung. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass auch finanzielle Risiken folgenschwere Auswirkungen haben können – in Industriestaaten genauso wie in Entwicklungsländern. Das SECO unterstützt seine Partnerländer durch die Stärkung ihrer Widerstandsfähigkeit gegenüber möglichen Krisen. Beispielsweise werden Verwaltungsreformen unterstützt, die auf einen besseren Umgang mit öffentlichen Finanzen abzielen. Eine sorgfältigere und transparente Planung von Einnahmen und Ausgaben und ein effektives Schuldenmanagement führen dazu, dass die Länder für Krisenzeiten besser gewappnet sind.



«MENSCHENLEBEN HINGEN DAVON AB, WIE GUT ICH ARBEITETE»

Heidi (37) arbeitet als Sozialarbeiterin im philippinischen Daanbantayan, das vom Taifun Haiyan besonders in Mitleidenschaft gezogen wurde. Sie war die Ansprechperson für das DEZA-Nothilfeteam.



«Den Taifun habe ich aus nächster Nähe miterlebt. Ein Teil meines Hausdaches wurde mitgerissen, und ich hatte grosse Angst. Als ich später erfuhr, wie viele Menschen in meiner Heimatstadt ihr Leben verloren hatten, wurde mir klar, dass wir hier trotz allem Glück gehabt hatten. Denn zerstört wurden hier nur Häuser, Kokospalmen und Fischerboote.

Nach der Katastrophe übertrug mir der Gemeindepräsident die Verantwortung für die Verteilung von Hilfsgütern. Mit meinem Team nahm ich die Daten der Personen auf, die dringend Hilfe brauchten. Schon vor dem Taifun hatte ich mit den Menschen im Quartier direkt zusammengearbeitet. Diese Erfahrung half mir nun. Wir waren fast 24 Stunden pro

Tag auf den Beinen. Zum ersten Mal hatte ich das Gefühl, dass Menschenleben davon abhingen, wie gut und schnell ich arbeitete.

Das Team der DEZA traf ich erstmals vier Tage nach dem Taifun an einer Besprechung mit unserem Gemeindepräsidenten. Zusammen verteilten wir in den ersten Tagen Esspakete an die ärmsten Familien. Wenige Tage später begannen wir mit der Verteilung von Bau-Sets, Werkzeug und Bedachungsmaterial, mit dem die betroffenen Familien ihre einfachen Hütten selber flicken konnten. Ich bin dankbar dafür, dass ich notleidenden Menschen helfen durfte. Die Erfahrung, dass ich im Notfall Verantwortung übernehmen kann, motiviert mich auch für die Zukunft.»



«EIN LANGFRISTIGES ENGAGEMENT IST WICHTIG»

Sabine Rosenthaler war von 2010 bis 2013 als Programmverantwortliche mit dem Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe in Haiti.



Was war die grösste Herausforderung während Ihres Einsatzes?

Haiti galt schon vor dem Erdbeben als fragil. Die staatlichen Strukturen sind schwach und die Infrastruktur entspricht nicht den Bedürfnissen. Unsere Arbeit wurde zudem durch die instabile politische Situation erschwert, was ein hohes Mass an Flexibilität und Hartnäckigkeit erforderte.

Aufgrund seiner geografischen Lage bleibt Haiti anfällig für Naturkatastrophen.

Die DEZA hat nach dem Erdbeben ein Kompetenzzentrum errichtet, das Risiken analysiert, die Bevölkerung und Institutionen für Gefahren sensibilisiert und Beratungen anbietet. In Haiti ist der Baustandard sehr niedrig, teilweise fehlen Normen. Neben dem Wiederaufbau von Schulen wurden daher auch

Standardpläne für Schulen erarbeitet und ein Vertiefungskurs zum erdbebensicheren Bauen für Maurer entwickelt. Mittelfristig sind zudem Vorkehrungen geplant, um die Bevölkerung besser auf die Gefahren von Wirbelstürmen und die damit verbundenen Überschwemmungen und Erdbeben vorzubereiten.

Haiti zählt seit 2013 zu den Schwerpunktländern der DEZA. Was bedeutet das für die Arbeit vor Ort?

In einem institutionell fragilen Land mit immer wiederkehrenden grossen humanitären Bedürfnissen ist ein langfristiges Engagement wichtig. Die Ergänzung der humanitären Hilfe durch die Entwicklungszusammenarbeit ist eine Voraussetzung, um zu nachhaltigen Veränderungen und zur Stabilität beitragen zu können.



RESULTATE 2013

NORDAFRIKA, NAHER UND MITTLERER OSTEN

- 1 Die Hilfe der DEZA für die Opfer der **Syrien-Krise erreichte 2013 mehr als 100 000 notleidende Menschen in Syrien** und in den Nachbarländern. Im Fokus standen dabei besonders verletzte Gruppen, beispielsweise alleinerziehende Frauen und Kinder. Die Unterstützung beinhaltet finanzielle Mittel an humanitäre Partner, Direktaktionen, die Bereitstellung von Fachleuten an UNO-Organisationen und die Förderung des humanitären Dialogs.
- 2 Das Engagement der DEZA bei der Ausbildung von nationalen Such- und Rettungseinheiten in Städten trägt Früchte. 2013 wurde **die Rettungseinheit aus Jordanien international zertifiziert**.
- 3 Dank der Bargeldhilfe an 2400 Gastfamilien erhielten im Libanon **rund 20 000 syrische Flüchtlinge dauerhaft ein Dach über dem Kopf**. Ende 2013 wurden ausserdem 5 Millionen Franken spe-

ziell für die Winterhilfe (Winterkleider, Thermodecken, Heizkörper etc.) für syrische Flüchtlinge gesprochen.

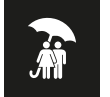
LATEINAMERIKA

- 1 In Kolumbien wurde das vom SECO unterstützte Programm zur Minderung von finanziellen Risiken weitergeführt. Unter anderem beinhaltet das Programm die Entwicklung eines Instruments, das **die finanziellen Risiken infolge von Erdbebenschäden abschwächt**. Zudem werden durch das Programm öffentliche Gebäude besser versichert.

ASIEN

- 1 Auf den Philippinen konnte die DEZA nach dem Taifun Haiyan sehr schnell





Nothilfe leisten. Expertinnen und Experten vom humanitären Korps richteten Trinkwasserversorgungen ein und verteilten lokal eingekaufte Sets zur Reparatur von Häusern. Sie halfen zudem mit, Schulen und die Gesundheitsinfrastruktur wieder in Betrieb zu nehmen. **Insgesamt erreichte die Schweizer Unterstützung auf den Philippinen mehr als 100 000 Personen.**

2 Die DEZA unterstützte 2013 in Myanmar den Wiederaufbau von Schulen und der Gesundheitsinfrastruktur, die durch bewaffnete Konflikte beschädigt worden waren. Dadurch wurde **die Krisenresistenz von rund 40 000 Personen** in den von Konflikten oder Naturkatastrophen betroffenen Gebieten verbessert.

SUBSAHARA-AFRIKA

1 In Somalia wurden im vergangenen Jahr **in 11 Spitälern über 2500 verwundete Personen** durch das Internationale Rote Kreuz und den somalischen Roten Halbmond behandelt. Weitere 750 Verletzte wurden in 55 Erste-Hilfe-Posten medizinisch versorgt. Ausserdem fanden 1200 Operationen und 1300 Geburten in diesen von der DEZA unterstützten Einrichtungen statt.

2 Im Tschad, wo der Frieden noch immer auf einem fragilen Fundament steht, förderte die Schweiz **den Dialog zwischen den politischen Akteuren**. Ein Bildungsprogramm über die verschiedenen Religionen trug zudem zu einer besseren Verständigung zwischen Angehörigen unterschiedlicher Konfessionen bei.

3 Am Horn von Afrika unterstützte die DEZA in Zusammenarbeit mit multilateralen und regionalen Partnern Projekte im Bereich **Wasser, sanitäre Anlagen und Hygiene**. Dadurch wurde der Zugang zu Wasser für zahlreiche Menschen verbessert.

GLOBAL

1 Die Schweiz war Mitorganisatorin des **4. Forums zur Prävention von Genozid**, das im Februar 2013 in Phnom Penh, Kambodscha, stattfand. Die DEZA

konnte dabei zur Gründung des Genozid-Präventionsnetzwerks in der ASEAN-Region beitragen. Sie unterstützte im vergangenen Jahr zudem verschiedene nationale und regionale Friedens- und Versöhnungsinitiativen.

2 Im Jahr 2013 wurde die **Schweiz Mitglied des Exekutivrats des Welternährungsprogramms**. Die permanente Mission in Rom wurde durch einen Schweizer Berater für humanitäre Fragen ergänzt. Die Schweiz beteiligte sich aktiv an Diskussionen über die strategische Ausrichtung der Organisation für die Jahre 2014–2017.

3 Die Schweiz konnte sich international als wichtige Akteurin in der Katastrophenvorsorge positionieren. Sie hatte 2013 den **Vorsitz im Prozess zur Entwicklung eines Rahmenwerks zur Risikominderung**. Die dritte globale Konferenz zum Thema Risikominderung im Mai 2013 in Genf war ein Erfolg: Das integrale Risikomanagement, eine Priorität der Schweiz, war einer der Schwerpunkte der Diskussionen unter den rund 3500 Vertretern aus internationalen Institutionen, Regierungen, NGOs sowie aus der Wissenschaft und dem Privatsektor.

4 **Die Nothilfemassnahmen der DEZA erreichten im vergangenen Jahr weltweit circa 2,2 Millionen Personen**. Mit Wiederaufbaumassnahmen wurden rund 1 Million Personen erreicht. Die konsequente Anwendung der Instrumente zur Qualitätssicherung sorgt dafür, dass diese Unterstützung bedürfnisorientiert, kontextspezifisch und effizient erfolgt.





Im Libanon arbeiten Tausende von ausländischen Hausangestellten. Häufig sind sie ihren Arbeitgebern schutzlos ausgeliefert. Gleichzeitig sind die Beiträge, die sie in ihre Heimat schicken, für ihre Familien oft überlebenswichtig. Das Bild zeigt ein Auffangzentrum für Arbeitsmigrantinnen in Beirut.

Das Globalprogramm Migration setzt sich dafür ein, die positiven Aspekte der Migration für die Entwicklung zu nutzen und deren negative Konsequenzen einzudämmen. Dabei achtet es darauf, dass Migration unter Wahrnehmung der Rechte und Interessen der betroffenen Menschen und Staaten erfolgt. Ferner legt es Wert darauf, dass Transferzahlungen und Wissen von Migranten besser für die Entwicklung in den Ursprungsländern nutzbar gemacht werden und dass das Potenzial der Diaspora besser ausgeschöpft wird.



Die libanesische Filmemacherin Katia Saleh lebt in Beirut. Sie gilt als Pionierin der Web-Filmproduktion in der arabischen Welt und arbeitete unter anderem für Al Jazeera und die BBC.

Von Katia Saleh, Libanon

«WIR WERDEN EINEN WEG FINDEN»

Eine Mutter, die ihre schwangere Tochter in einer Explosion verloren hat, und nun deren Kinder aufzieht; ein 14-jähriges Kind mit der Bluterkrankung Thalassämie, das alle drei Wochen eine Bluttransfusion braucht; ein ehemaliger Tänzer, der als Koch in Beirut arbeitet; ein Musiker in Aleppo, dessen Studio ausgemietet wurde; eine Frau mit Krebs, die in einem Flüchtlingszentrum Stickunterricht erteilt, um für ihre sechs Kinder sorgen zu können...

Diesen Menschen bin ich während meines letzten Projekts begegnet: «Days Away From Home» ist eine von der UNHCR finanzierte Website mit Dokumentarvideos über syrische Flüchtlinge im Libanon.

Das Projekt hat Erinnerungen an meine Mutter während der Zeit des libanesischen Bürgerkriegs wachgerufen. Wie schaffte sie es als alleinerziehende Mutter, uns von einem Ort zum anderen zu bringen und in den Häusern anderer Menschen Unterschlupf zu finden, während unser Viertel bombardiert wurde? Sie setzte uns ins Auto und sagte, wir sollten nicht zurückschauen: «Wir werden einen Weg finden». Zweimal kamen wir in Syrien bei Freunden der Familie unter, die uns 1976 und 1981 bei sich aufnahmen.

Heute habe ich selber einen 5-jährigen Sohn. Nach seiner Geburt habe ich aufgehört, Stellen in Konfliktgebieten anzunehmen. Es ist mir aber immer noch ein grosses Anliegen, Veränderungen herbeizuführen und für ein besseres Leben für alle zu kämpfen.

Nur hat sich mein Fokus in letzter Zeit vom Fernsehen auf das Internet verlagert. Im Gegensatz zu den Massenmedien, die dem Publikum verzerrte Bilder vorsetzen, bietet das Internet die Möglichkeit, Traditionen zu hinterfragen und Tabus aufzubrechen.

Dies war das Ziel meines ersten webbasierten Projekts, der Internetserie «Shankaboot», die mit dem Emmy Award ausgezeichnet wurde. Diskriminierung, bewaffnete Kinder, Migration, Missbrauch ausländischer Arbeitskräfte, häusliche Gewalt und andere kontroverse Themen wurden in dieser ersten arabischsprachigen Internetserie thematisiert. Mehr als 1,5 Millionen Personen haben sie sich auf YouTube angeschaut.

«Shankaboot» wurde schliesslich Opfer der organisierten Internetkriminalität und zog die Entrüstung derjenigen auf sich, die ein Libanon mit Nachtleben und Beachpartys und nicht soziale Probleme sehen wollten. Trotzdem war «Shankaboot» ein Erfolg.

In «Fasateen», einer späteren von mir produzierten Internetserie, wurden weitere Fragen aufgeworfen, vor allem im Zusammenhang mit dem Leben der Frauen in der arabischen Welt. Diese Serie erreichte wiederum 1,5 Millionen Menschen.

Seit Beginn der Syrien-Krise berichtete das Fernsehen über die Not von Millionen von Flüchtlingen. Dabei geht schnell vergessen, dass alle von ihnen eine besondere Geschichte haben. «Days Away From Home» richtete das Augenmerk auf die Verschiedenartigkeit und das Durchhaltevermögen der Flüchtlinge. Kunstschaffende, Facharbeiter und Hausfrauen – Menschen, die alles unternehmen, um auf eigenen Füssen zu stehen und Demütigungen zu vermeiden. Menschen, die ihren Weg gehen trotz Vorurteilen, trotz der zahlreichen Situationen, in denen sie einer Kategorie zugeordnet werden, in die sie nicht passen, weil sie nicht einfach eine Nummer sind.

Erschüttert über das Elend dieser Menschen, aber im Bewusstsein der Auswirkungen auf den Libanon, weiss ich nicht mehr, auf was ich meine Arbeit ausrichten soll. Auf die libanesische Instabilität und die zerfallende Infrastruktur oder auf die anhaltende Krise in Syrien? Oder sollte ich mich eher über das Fehlen von Wasser und Strom, über Arbeitslosigkeit und die Ohnmacht der libanesischen Regierung beschweren? Auf was soll ich mein Augenmerk richten: auf die Abfallberge oder die vereinzelt Autobomben? Wie könnte ich, die ich in der Vergangenheit selber die syrische Gastfreundschaft erfahren habe, nicht alles Erdenkliche unternehmen, um zu helfen?

Was mich am meisten beschäftigt, ist die Frage, wie ich für meinen kleinen Jungen sorgen könnte, wenn im Libanon erneut Krieg ausbräche. Würde ich es schaffen, für mich und meinen Sohn einen sichereren Ort zu finden? Wäre ich in der Lage, die Situation zu meistern, wie es meine Mutter tat, und wie es all die syrischen Mütter tun? Würde ich mein Land verlassen und Zuflucht in einem anderen Land suchen?

Wenn ich meiner Mutter sage «Komm, wir gehen», lehnt sie sofort ab. Trotz all der Schmerzen und Kriege, die sie durchgemacht hat, sagt sie: «Ich bin wie ein alter Baum mit alten Wurzeln, in diesem Alter kannst du mich nicht mehr ausgraben und in einem neuen Land einpflanzen».



ZUGANG ZU RESSOURCEN UND DIENST- LEISTUNGEN

- Gesundheit
- Nachhaltige Wassernutzung und Siedlungshygiene
- Grund- und Berufsbildung
- Nachhaltige Landnutzung

Die Verbesserung des Zugangs zu Ressourcen und Dienstleistungen zielt primär auf die nachhaltige Verminderung von Armut. Mit «Ressourcen» sind menschliche Behausung, genügend Nahrung, sauberes Wasser und Chancen auf dem Arbeitsmarkt gemeint. Unter «Dienstleistungen» wird das Bildungs- und Gesundheitssystem eines Landes verstanden.

Eine effektive Bekämpfung der Armut bedingt eine längerfristig angelegte Zusammenarbeit. Aus Gründen der Wirksamkeit und der Kosteneffizienz setzt die Schweiz dabei geografische Prioritäten und konzentriert sich auf ausgewählte Schwerpunktländer und -regionen.

BILDUNG, DIE NIEMANDEN AUSSCHLIESST

Für die Entwicklung einer Gesellschaft ist die Bildung eine wichtige Voraussetzung. Trotz Fortschritten in den letzten Jahren bleiben die Ungleichheiten beim Zugang zu Bildung und bei der Qualität derselben in vielen Entwicklungsländern erheblich. Für die Schweiz stellt der Bildungsbereich eine Priorität dar. Sie weiss, dass Verbesserungen hier ein langfristiges und gezieltes Engagement erfordern.

Weltweit hatten 2013 rund 57 Millionen Kinder keinen Zugang zu Bildung. Vielerorts gehören mangelnde Unterrichtsqualität, eine hohe Schulabbruchrate sowie weite und gefährliche Schulwege zum Alltag der Schülerinnen und Schüler. In vielen Entwicklungsländern bleibt die Bildung ein rares Gut. Dabei besteht kein Zweifel, dass eine solide Grundbildung aus der Armut führen kann. Haben sich die Investitionen in die Bildung nicht ausbezahlt?

Zugang zu Bildung

Bei genauem Hinsehen sind Fortschritte erkennbar: Zwischen 2000 und 2011 ist die Einschulungsrate laut

UNO weltweit von 83 % auf 90 % gestiegen. Oft bleiben aber immense Ungleichheiten bestehen. Die Zahl der Kinder ohne Schulbildung ist besonders hoch in Subsahara-Afrika und in Südasien. Nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Länder bestehen grosse Unterschiede: zwischen arm und reich, Mädchen und Jungen, Stadt und Land oder zwischen den verschiedenen Ethnien.

Eine Grundbildung ist eine wichtige Basis für bessere Berufschancen, vor allem wenn sie mit einer angepassten Berufsbildung kombiniert wird. Langfristig geht die positive Wirkung von Bildung jedoch weit



darüber hinaus – insbesondere bei Mädchen und jungen Frauen: Sie führt zu einer besseren Gesundheit, verringert die Wahrscheinlichkeit einer frühen Heirat und geht mit einer Senkung der Geburtenrate einher.

Eine langfristige Investition in Bildung ist der Schlüssel zur Nutzung des Potenzials von Millionen von Menschen, die heute nur ungenügend an sozialen und ökonomischen Prozessen teilhaben können.

Qualität und Praxistauglichkeit

Genauso wichtig wie der Zugang zu einer Grundbildung ist deren Qualität. Diese schwankt weltweit erheblich. In vielen Entwicklungsländern findet der Unterricht teilweise in Klassen mit über hundert Kindern statt. Oft führt ein Mangel an gut ausgebildeten Lehrkräften dazu, dass Lerninhalte falsch oder gar nicht vermittelt werden. Auch Sprachbarrieren können den Lernerfolg bremsen: Findet der Unterricht nur in der offiziellen Landessprache statt, schneiden ethnische Minderheiten oft schlechter ab.

Die Qualität von Bildung misst sich aber ebenso an deren sozialem Wert und praktischem Nutzen. Lesen, Schreiben und Rechnen sind unverzichtbar, doch reichen diese Grundkompetenzen für den Zugang zum Arbeitsmarkt meist nicht aus. Praxisferne Unterrichtsinhalte, das Fehlen von Brückenangeboten oder die mangelnde Popularität von handwerklichen Beru-

fen erschweren in vielen Ländern den Übergang ins Erwerbsleben. Vielerorts besteht ein dringender Bedarf an Ausbildungsangeboten, das den lokalen Bedürfnissen entspricht.

Grund- und Berufsbildung fördern

Die flächendeckende Alphabetisierung und die Grundbildung gehen über die Primarschulbildung hinaus. Weltweit können weiterhin rund 770 Millionen Erwachsene weder lesen noch schreiben. Ihnen fehlt damit ein zentraler Zugang zu Wissen.

Die DEZA setzt ihr Engagement im Bereich der Alphabetisierung fort und führt etwa in Benin in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden entsprechende Programme durch. Die Kontinuität und die Stabilität von Bildungsprogrammen sind zentrale Pfeiler ihrer Arbeit: In Mali blieb die DEZA auch während des Konflikts präsent, bot Aufholkurse für intern Vertriebene an und unterstützte Nomadenschulen. Sie leistete damit einen Beitrag zur Minderung der langfristigen Folgen des kriegsbedingten Schulausfalls.

Zur Verbesserung der Bildungsqualität fördert die DEZA innovative Programme, die nicht nur die Kinder, sondern auch ihr Umfeld einschliessen. Auch die Vermittlung von informellem, einheimischem Wissen – beispielsweise über Fischarten oder Heilpflanzen – zählt dazu. In diversen Ländern unterstützt die DEZA

«Eine langfristige Investition in Bildung ist der Schlüssel zur Nutzung des Potenzials von Millionen von Menschen, die heute nur ungenügend an sozialen und ökonomischen Prozessen teilhaben können.»



«ZUVERSICHTLICH TROTZ HIV»

Die Newlands Clinic im simbabwischen Harare, die von der DEZA unterstützt wird, hat Jacob (33) eine neue Perspektive gegeben. Heute unterstützt er andere HIV-Infizierte und gibt weiter; wovon er selbst profitierte.

«Ich lebe mit meiner Frau und meiner Stieftochter ausserhalb von Harare. Wir sind alle HIV-positiv. Dank der Therapie in der Newlands Clinic geht es uns heute körperlich gut. Das war nicht immer so.

Meine Schwester und ich wuchsen bei Verwandten auf, nachdem unsere Eltern nicht mehr für uns sorgen konnten. Dort wurde ich misshandelt und musste schon mit elf allein aufs Vieh aufpassen und Feldarbeit verrichten. Als ich es nicht mehr aushielt, floh ich zu meiner Mutter nach Harare. Die Freude über die Wiedervereinigung war gross. Doch ihr neuer Mann verlangte, dass ich mich am Haushaltsein-kommen beteilige. Ich fand Arbeit, aber schon bald musste mein Arbeitgeber wegen der Landreform wegziehen.

Es folgten schwierige Zeiten. Ich führte eine Beziehung mit einer Frau, die plötzlich krank wurde. Erst dann erfuhren wir, dass sie HIV-positiv war. Kurz darauf starb sie. Auch ich nahm enorm ab, erbrach viel und litt an Durchfall. Meine Mutter und meine Verwandten mieden mich zunehmend. Deshalb zog ich weg.

Am neuen Ort wurde eine lokale Organisation auf mich aufmerksam und überzeugte mich, einen HIV-Test zu machen. Das Ergebnis war positiv. Seither erhalte ich in der Newlands Clinic eine antiretrovirale Therapie und Beratung. Ich wünschte, alle Menschen in Simbabwe könnten dieselbe Betreuung erhalten. Die Klinik ist in meinem Viertel mit mobilen Stationen präsent. Als Freiwilliger erkläre ich dort Betroffenen, wie wichtig die Therapie ist – genau so, wie es jemand bei mir getan hat.»





«Das SECO fördert im Rahmen der Privatsektorunterstützung unter anderem die Fähigkeiten und Kenntnisse von Menschen im Erwerbsleben.»

ausserdem die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern. 2013 wurden beispielsweise in Benin die pädagogischen Kenntnisse von Lehrpersonen gestärkt. Das Ergebnis war erfreulich: Auf Primarstufe stieg die Erfolgsquote der Kinder bei Prüfungen um 13 %, auf Sekundarstufe sogar um 22 %. In Bolivien erhielten 2013 rund 400 Lehrpersonen eine fachliche Weiterbildung und konnten dadurch ihre Kenntnisse zu Themen wie der Gleichstellung der Geschlechter erweitern.

Bessere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt

Die Schweiz setzt sich darüber hinaus für die Förderung von praxistauglichen Kompetenzen ein. In Nepal finanziert die DEZA die Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen zu Elektrikern, Maurern oder Schuhmachern. In Albanien fördert sie den Zugang der Jugendlichen zum Arbeitsmarkt durch die Modernisierung von Berufsbildungslehrgängen, eine engere Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und eine Verbesserung der Arbeitsvermittlung.

Das SECO fördert im Rahmen der Privatsektorunterstützung unter anderem die Fähigkeiten und Kenntnisse von Menschen im Erwerbsleben. Es unter-

stützt in Kolumbien Reformen des nationalen Bildungssystems und trägt in Nordafrika dazu bei, dass junge Arbeitslose bessere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt haben. Um die Nachfrage nach Arbeitsplätzen zu stärken, unterstützt das SECO in seinen Partnerländern zudem Projekte, die auf eine Verbesserung des Geschäftsumfeldes zielen.

Lebenslange Bildung für alle – ein Mittel, das viele Zwecke erfüllt

Der Zugang zu qualitativ guter Bildung für alle ist ein Menschenrecht. Darüber hinaus treibt die Bildung die Entwicklung in vielen anderen Bereichen voran. Langfristig zahlt sich dies für die gesamte Gesellschaft aus: Bildung befähigt die Menschen, an der Gestaltung der Politik mitzuwirken oder sich für ihre Bürgerrechte einzusetzen. Eine Grundbildung, die den Menschen ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder ihres Alters zur Verfügung steht, bleibt ein zentrales entwicklungspolitisches Anliegen.



«**UNGELÖSTE BODENKONFLIKTE BEEINTRÄCHTIGEN UNSERE ARBEIT**»

Simon Zbinden arbeitet für die DEZA in Cotonou als Programmbeauftragter im Bereich ländliche Wirtschaftsentwicklung.



Benins Wirtschaft ist stark landwirtschaftlich geprägt. Wo liegen in diesem Bereich die Schwerpunkte der DEZA?

Die DEZA arbeitet eng mit Bauernverbänden zusammen. Diese bieten zum Beispiel Kurse über nachhaltige Anbaumethoden an. Sie engagieren sich aber auch für den Zugang zu Land: Zusammen mit Züchterorganisation beschildern sie Landkorridore, durch die halbnomadische Hirten ihre Herden treiben. Dadurch bleiben die Anbauflächen der sesshaften Bauern unversehrt, wodurch sich auch das Konfliktpotenzial reduziert.

Technologischer Fortschritt in der Landwirtschaft kann zur Ernährungssicherheit beigetragen. Inwiefern ist dies in Benin zu beobachten?

Nur rudimentär. Vermehrt wird jedoch neues, trockenheitsresistentes Saatgut verwendet, das die Erträge

auch bei unregelmässigen Niederschlägen sichert. Für die Ernährungssicherheit ist aber nicht nur die unmittelbare Ertragssteigerung entscheidend. Angesichts des hohen Bevölkerungswachstums gewinnt der langfristige Erhalt der Bodenfruchtbarkeit stark an Bedeutung.

In Westafrika sind Streitigkeiten um Bodenrechte ein grosses Problem. Wie gehen Sie damit um?

Ungelöste Bodenkonflikte sind ein ständiger Einflussfaktor. Sie beeinträchtigen die Nachhaltigkeit unserer Bemühungen. Oft sind uns aber die Hände gebunden. Die Politik des Partnerlandes muss mit den verschiedenen Interessengruppen Lösungen suchen. Unsere Unterstützung gilt den Bauernorganisationen. Sie wissen am besten, wie das System der althergebrachten Nutzungsrechte mit modernem Recht vereint werden kann.



BILDUNG FÜR ALLE

Neben der Unterstützung von Bildungsprojekten auf nationaler und regionaler Ebene bringt sich die Schweiz aktiv in den internationalen politischen Dialog über Bildung in Entwicklungsländern ein. Die Globale Partnerschaft für Bildung (GPE) ist ein Beispiel dafür. Ziel der Initiative, die 2002 lanciert wurde und sich als Programm zur Finanzierung von Grund- und Sekundarbildung in Entwicklungs- und Schwellenländern versteht, ist die Sicherstellung einer Grundbildung für alle. Mittlerweile zählt sie 60 Partnerländer, umfasst aber auch Vertreter der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Die Schweiz beteiligt sich bis 2015 mit 20 Millionen Franken an der GPE.

In den letzten elf Jahren hat die GPE beträchtliche Erfolge erzielt. Sie hat bisher rund 22 Millionen Kindern eine Schulbildung ermöglicht. Zudem wurden 300 000 Lehrkräfte ausgebildet und rund 52 000 Schulzimmer gebaut oder saniert. Der verbesserte Zugang zu Bildung ist aber nur ein Ziel der Initiative: Die Qualität der Bildung sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter sind weitere Kernanliegen.

Nebst der finanziellen Unterstützung von Bildungsangeboten in Partnerländern setzt sich die Initiative bei lokalen Behörden und Entscheidungsträgern dafür ein, dass die staatlichen Ausgaben für Bildung wo nötig erhöht und Massnahmen zur Verbesserung des Bildungssystems eingeleitet werden.



«ICH MÖCHTE MEINER FAMILIE ZEIGEN, DASS ICH MEIN GELD EHRLICH VERDIENEN KANN»

Fernando (16) aus Honduras war schon als Kind mit Kriminalität konfrontiert. Dank dem von der DEZA mitfinanzierten Projekt «Projoven» arbeitet er jetzt als Coiffeur und hat neue Perspektiven für sein Leben.*

«In meiner Familie sind wir zu zehnt: fünf Geschwister, drei Neffen, Papa und Mama. Meine Mutter und eine Schwester putzen, eine andere Schwester arbeitet in der Textilindustrie. Mein Vater hat keine Arbeit – er trinkt viel. Zuhause gibt es viele Probleme, oft haben wir nichts zu essen.

Meine Mutter nahm mich aus der Primarschule, um meiner Schwester eine Chance zu geben. Seither habe ich viel Zeit auf der Strasse verbracht. Das war eine negative Erfahrung. Einige meiner Freunde wurden bei Kämpfen zwischen Banden getötet. Viele Jugendliche sind bewaffnet, auch die Mutigsten haben Angst.

Als ich von der Möglichkeit hörte, einen Beruf zu erlernen, meldete ich mich sofort. Ich wollte weg von der Strasse. Coiffeur ist der richtige Beruf für mich,

den kann mir niemand wegnehmen. Seit meiner Ausbildung leide ich keinen Hunger mehr. Meine Mutter fragt mich manchmal, woher mein Geld kommt. Wenn ich ihr sage, dass ich Haare schneide, lacht sie nur. Ich möchte meiner Familie zeigen, dass ich mein Geld ehrlich verdienen kann.

Kürzlich durfte ich beim besten Coiffeur der Gegend arbeiten. Er zahlte mir täglich 420 Lempiras (20 Franken). In Zukunft möchte ich als Coiffeur arbeiten, meine eigenen Sachen bezahlen und meiner Mutter dabei helfen, unser Haus fertig zu bauen. Viele Leute bitten mich, ihnen die Haare zu schneiden. Sie finden, dass ich begabt bin. Ich möchte eines Tages mein eigenes Geschäft eröffnen. Ich weiss, dass ich es schaffen kann, wenn ich es mir fest vornehme.»

*Name geändert





RESULTATE 2013

OSTEUROPA UND GUS

- 1 In Zentralasien, der Ukraine und in der Republik Moldau verfügten Ende 2013 dank der Unterstützung der DEZA **103000 Personen zum ersten Mal über einen Zugang zu sicherem Trinkwasser**. In Bosnien und Herzegowina und im Kosovo profitierten 2012 und 2013 rund 120000 Bürger von der Verbesserung der Trink- und Abwasserversorgung.
- 2 Im Kosovo **besuchten über 5000 Jugendliche Berufsbildungsprogramme**, die von der DEZA mitgetragen werden. Die Hälfte der Absolventinnen und Absolventen fanden danach eine Arbeitsstelle. Das ist angesichts einer Beschäftigungsquote unter Jugendlichen von 30 % ein Erfolg.

LATEINAMERIKA

- 1 In Bolivien profitierten **über 18000 junge Menschen, davon mehrheitlich Frauen, von Berufsbildungsprogrammen**, die von der DEZA unterstützt wurden. Nach dem Abschluss erzielten 56 % von ihnen ein Einkommen, das über dem nationalen Minimallohn von 120 Dollar pro Monat liegt.
- 2 In verschiedenen Regionen Lateinamerikas verbesserte sich dank der Unterstützung der DEZA der **Zugang der Bevölkerung zu sauberem Trinkwasser**. Im vergangenen Jahr verfügten in Zentralamerika 21000 Personen, in Kolumbien 26000 Personen und in Peru 95000 Personen erstmals über sauberes Trinkwasser. Die Gemeinden und Wassernutzungskooperativen sichern die Versorgung langfristig.
- 3 In Haiti steigerten **800 Familien mit der Unterstützung der DEZA ihr Einkommen aus der Landwirtschaft** zwischen 2011 und 2013 um rund 90 %. Dank der Förderung des Gemüseanbaus und der





Viehzucht verbesserte sich auch die Ernährungssicherheit.

ASIEN

- 1 Durch ein Berufsbildungsprogramm der DEZA konnten in Nepal rund **16 500 Jugendliche ihre beruflichen Fähigkeiten verbessern**. 73 % von ihnen fanden anschliessend eine Anstellung.
- 2 In Zusammenarbeit mit den lokalen Regierungen wurden in der Mongolei Verträge über die Benutzung von Weideland ausgearbeitet. Dadurch konnte **das Konfliktpotenzial erheblich gesenkt und die Regeneration des Weidlands grossflächig gefördert** werden.
- 3 Durch die finanzielle Unterstützung der DEZA an die Kantha-Bopha-Spitäler in Kambodscha konnten insgesamt **687 100 Kinder medizinisch behandelt** werden. Fast 120 000 schwer kranke Kinder wurden im Spital betreut.

SUBSAHARA-AFRIKA

- 1 Dank der Unterstützung der DEZA richteten die Gesundheitsministerien in Malawi und Sambia 2013 in sechs Landesregionen **besondere Dienstleistungen für Jugendliche im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit** ein. Diese Dienstleistungen umfassen u.a. HIV-Tests, Beratungen sowie den Zugang zu Verhütungsmitteln.
- 2 Die DEZA unterstützt in Benin die Verbesserung der Bildungsqualität, beispielsweise durch die **Förderung der pädagogischen Kenntnisse von Lehrerinnen und Lehrern**. Die Erfolgsquote der Schülerinnen und Schüler bei Prüfungen stieg dadurch um 13 % auf der Primarstufe und um 22 % auf der Sekundarstufe.
- 3 Im südlichen Afrika wurden mit Hilfe der DEZA **25 neue Maissorten mit verbesserter Wetterresistenz eingeführt**. In den letzten drei Saisons verzehnfachte sich die Benutzung von resistenteren Maissorten in der Region und liegt heute bei 30 %.

GLOBAL

- 1 Das von der DEZA unterstützte globale Netzwerk «Providing for Health» trug zum **Aufbau von Krankenkassensystemen in 22 Entwicklungsländern** bei. Tansania, Tschad, Benin, Rwanda und Kambodscha sind nun dabei, Rahmenbedingungen und Politiken für den Aufbau von Krankenkassen zu schaffen oder zu verbessern.
- 2 Die Unterstützung des Schweizer NGO-Konsortiums für Wasser- und sanitäre Grundversorgung durch die DEZA trug dazu bei, dass **in 16 Ländern 360 000 Menschen besseren Zugang zu Trinkwasser** und 117 000 Menschen besseren Zugang zu Toiletten erhielten.
- 3 In Tansania führten die Unterstützung der DEZA des nationalen Programms zur **Eindämmung von Malaria und ein Politikdialog** dazu, dass ein neuer globaler Fonds zur Verteilung von Moskitonetzen eingerichtet wurde.
- 4 Die Schweiz unterstützte die WHO bei der Etablierung eines globalen Rahmenabkommens zur Finanzierung von **Forschung und Entwicklung neuer Medikamente gegen vernachlässigte Tropenkrankheiten**.





Die Länder des Sahels werden immer wieder von Dürren heimgesucht, die zu Nahrungsmittelengpässen führen. Das Bild zeigt eine Frau in Niger bei der Verarbeitung von Hirse, dem Hauptnahrungsmittel des Landes.

Das Globalprogramm Ernährungssicherheit setzt sich für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen ein. Es fördert speziell die nachhaltige Steigerung der Produktivität bei Kleinbauern, stärkt die angewandte landwirtschaftliche Forschung und unterstützt Beratungsdienstleistungen sowie kleinbäuerliche Interessenvertretungen.



Der Kenianer Gedion Onyango ist Politikwissenschaftler und Doktorand an der University of the Western Cape in Südafrika. Er ist zudem Research Fellow am kenianischen Centre for Research and Technology Development (RESTECH).

Von Gedion Onyango, Kenia

AUFSCHWUNG IN AFRIKA – REALITÄT ODER MYTHOS?

Die eindrücklichen Wirtschaftswachstumsraten, die in den letzten Jahren aus Afrika gemeldet wurden, haben einen Paradigmenwechsel angestoßen: Subsahara-Afrika wird nicht mehr nur als Hort der Krisen und Katastrophen gesehen, sondern als aufstrebender Kontinent, als Ort der Chancen und Möglichkeiten. Doch was ist dran an diesem neuen, hoffnungsfrohen Bild Afrikas?

Einige argumentieren, dass das, was in Afrika geschieht, weit entfernt ist von einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung. Tatsächlich gibt es zahlreiche Argumente, die diese Sichtweise unterstützen: Die Demokratie ist in den meisten Ländern noch im Aufbau begriffen, viele Regierungen verfügen nur über begrenzte institutionelle Kapazitäten. Afrika weist weltweit noch immer am meisten repressive Regime auf, die Armut und die Ungleichheit zwischen Besitzenden und Besitzlosen bleiben entmutigend hoch. Viele afrikanische Staaten scheinen zudem den Kampf gegen die Korruption verloren zu haben, und nur in Afrika erhalten scheinbar stabile Länder wie Kenia weiterhin Nahrungsmittelhilfe für die hungerleidende Bevölkerung.

Doch Afrika ist keine homogene Einheit, und es ist irreführend, allgemein vom wirtschaftlichen oder politischen Fortschritt – oder von der Stagnation – in Afrika zu sprechen. Während Länder wie Botswana und Ruanda hohe Wachstumsraten aufweisen und beachtliche Entwicklungsfortschritte erzielen, leiden andere wie Mali und der Südsudan immer noch unter den Auswirkungen der bewaffneten Gewalt. Seit den 1990er-Jahren hat sich auf dem Kontinent eine wirtschaftliche Mittelklasse etabliert, zugleich bleibt aber die Zahl der Armen in vielen Ländern sehr hoch. Kurz: Es gibt erfreuliche Fortschritte, aber auch viele Herausforderungen, die angegangen werden müssen.

Unbestritten ist jedoch, dass zahlreiche Länder Subsahara-Afrikas seit den 1990er-Jahren demokratische Fortschritte erzielt haben. Einparteiestaaten sterben in Afrika langsam aus. Vielerorts werden regelmässige Wahlen durchgeführt, und zahlreiche Länder durchlaufen bereits einen friedlichen politischen Machtwechsel.

Viele Staaten Afrikas haben in den letzten Jahren demokratische Verfassungen verabschiedet oder sind im Begriff, dies zu tun. Nicht zu Unrecht verweisen

zahlreiche afrikanische Staaten auf ihren politischen Pluralismus, der zur Entstehung einer lebendigen Zivilgesellschaft und Medienlandschaft beigetragen hat. Und selbst autokratische Regime wie Angola, Kamerun und Uganda sind vorsichtiger geworden und versuchen, sich internationalen Standards anzupassen, um weiterhin Zugang zu internationaler Hilfe zu erhalten.

Zwar steht der demokratische Prozess in weiten Teilen Afrikas noch am Anfang – doch ein Anfang ist gemacht. Ich glaube, dass wir zurzeit Zeuge sind eines langsamen, aber unumkehrbaren Rückzugs der diktatorischen Regierungsform, die weite Teile des Kontinents so lange dominierte. Zwar bleibt unklar, wie sich die erzielten demokratischen Fortschritte auf die Zukunft der Länder Afrikas auswirken, doch insgesamt ist das demokratische Bewusstsein auf dem Kontinent stärker geworden.

Immer wieder hört man, dass zwischen der Regierungsform und der Entwicklung eines Landes kein unmittelbarer Zusammenhang besteht. Es wird sodann auf das ruandische oder äthiopische Modell verwiesen oder auf die asiatischen Tiger – auf jene Staaten, die sich wirtschaftlich positiv entwickeln, obwohl sie keine Demokratien sind.

In meinen Augen aber ist die Demokratie das einzige politische Modell, das Institutionen langfristig festigt, eine entwicklungsfreundliche politische Kultur schafft und zu einer rechenschaftspflichtigen Politik führt. Die Geschichte hat gezeigt, dass funktionierende Institutionen und Entwicklungsfortschritte unter einem repressiven Regime oft von einem mächtigen Diktator abhängen und mit dessen Tod zusammenbrechen. Wir sollten demnach vorsichtig sein, wenn wir Kagame in Ruanda oder Santos in Angola zum wirtschaftlichen Erfolg gratulieren.

Insgesamt hat Afrika sich geöffnet, und endlich zeichnen auch internationale Medien ein etwas differenzierteres Bild dieses Kontinents, der über 50 Länder umfasst. Ob Afrika sich im Aufschwung befindet, kann angesichts der vielfältigen Realitäten auf dem Kontinent nicht pauschal beantwortet werden. Im Einzelnen wird die Nachhaltigkeit des positiven Gesamttrends davon abhängen, ob strukturelle Veränderungen und wirtschaftliche Fortschritte Bestand haben.

ÜBER ALLE GRENZEN HINAUS: KUNST UND KULTUR

Was wäre das Leben ohne Kunst und Kultur? Die Antwort würde in den wohlhabendsten Städten gewiss ähnlich ausfallen wie in ärmeren Dörfern. Wir brauchen Kunst und Kultur, sie stiften Identität und verleihen den Menschen Würde. Durch sie können wir uns ausdrücken, sie können unsere eigene Wahrnehmung verändern – über alle Grenzen hinweg.

Die Schweiz anerkennt die wichtige Rolle von Kunst und Kultur für eine nachhaltige Entwicklung – insbesondere in Regionen, die von Unruhen und Instabilität geprägt sind. Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz unterstützt den Kultursektor in ihren Einsatzgebieten und hilft Kunstschaffenden, Zugang zu einem internationalen Publikum zu finden. Damit trägt sie zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen ebenso wie zum interkulturellen Dialog und Frieden bei.



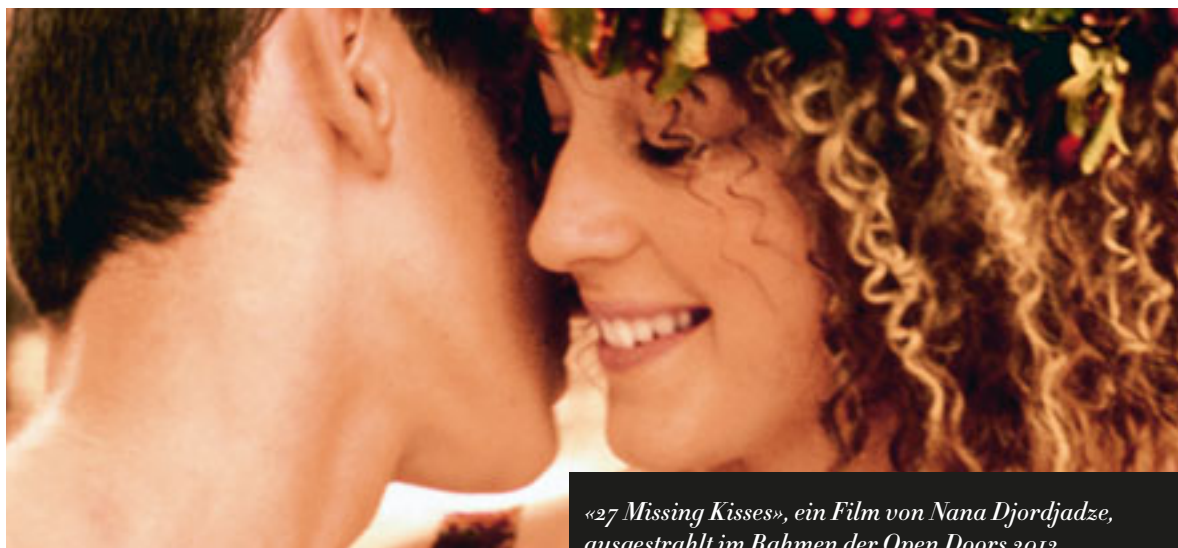
«Mein Auftrag ist es, diesen Frauen ihre Würde zurückzugeben.»

*Karina Muench,
Autorin von
«El grito del silencio»,
Fotoausstellung,
La Paz, Bolivien*

«Die Personen auf den Porträts waren bereit, ihr Gesicht zu zeigen, ihre Angst und Scham zu offenbaren sowie Gewalt, Misshandlung und Diskriminierung anzuprangern. In meiner Arbeit liess ich mich von dem mir entgegengebrachten Vertrauen und der Intimität des Augenblicks leiten. Es war mir ein Anliegen, diesen Frauen ihre Würde zurückzugeben und sie nicht erneut zu Opfern zu machen. Das Werk ist den unzähligen Mädchen, Jugendlichen und Frauen gewidmet, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, und all jenen Menschen, die beim Betrachten dieser Bilder bereit sind, sich über das Leben hinter diesen Gesichtern Gedanken zu machen.»

«Wir müssen gemeinsame Projekte lancieren, um in der Region wieder Vertrauen und Stabilität aufzubauen.»

Rusudan Pirveli,
Filmemacher und
Produzent aus Georgien



«27 Missing Kisses», ein Film von Nana Djordjadze, ausgestrahlt im Rahmen der Open Doors 2013 (Filmfestival Locarno)

Armenien, Georgien und Aserbaidschan waren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und diversen Konflikten isoliert. Kann Kunst helfen, Beziehungen wiederherzustellen?

Die DEZA begann Anfang 2000, die zurückkehrende regionale Filmindustrie zu unterstützen. Die von der DEZA mitgetragene Sektion Open Doors am Filmfestival Locarno widmete sich 2013 dem Südkaukasus und präsentierte eine neue Generation von aufstrebenden Filmschaffenden. Die Filme befassen sich mit sozialen Normen, Lebensräumen und Gerechtigkeit. Meist sind es Ko-Produktionen, die beweisen, dass trotz politischem Stillstand Kooperationen im Kulturbereich möglich sind.



«Kunstschaffende erhielten die Gelegenheit, ein Gegengewicht zu Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen.»

Milena Dragicevic-Sesic,
Schriftstellerin und
Professorin aus Serbien

«Mit dem Schweizer Kulturprogramm in Südosteuropa erhielten Kunstschaffende (...) die Möglichkeit, sich an Programmen für das soziale Engagement, zur politischen Bewusstseinsbildung und zur Bekämpfung von Nationalismus, Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit zu beteiligen. Das Schweizer Kulturprogramm hat Kunstschaffende mit künstlerisch hochstehenden Produktionen und hohen ethischen Standards kontinuierlich unterstützt. Dadurch hat es in Serbien einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft und zur Schaffung eines Bürgerbewusstseins geleistet.»



Krieg zerstört nicht nur Leben, sondern auch das Gedächtnis und mit ihm die Möglichkeit, über Vergangenes nachzudenken und die Zukunft neu zu gestalten. Durch die Besetzung im Norden Malis wurde das kulturelle Erbe bedroht – insbesondere die seit 800 Jahren von Familien gehüteten Manuskripte von Timbuktu. Diese Handschriften sind ein einmaliges Zeugnis afrikanischer Geschichte. Seit Januar 2013 wurden über 370 000 Manuskripte aus Timbuktu nach Bamako evakuiert. Dort werden sie unter sicheren Verhältnissen restauriert, erfasst und digitalisiert. Die Aktion wurde von der malischen NGO SAVAMA-DCI geleitet und von der DEZA mitunterstützt.

«Ein so wertvolles Erbe steht in der Verantwortung der gesamten Menschheit.»

Yves Rossier,
Staatssekretär des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, während seines Besuchs in Timbuktu.

WO WIR ARBEITEN



SUBSAHARA-AFRIKA

In Subsahara-Afrika setzt sich die DEZA insbesondere für die ländliche Entwicklung, für den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und für eine Verbesserung der lokalen Gouvernanz ein. Sie hilft der Bevölkerung bei der nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer Ressourcen.

Die DEZA fördert hierzu die technischen Kapazitäten lokaler Behörden und unterstützt den Aufbau bürgernaher staatlicher Institutionen. Die Einbindung der Zivilgesellschaft ist dabei ein wichtiges Anliegen. Im Bereich der Grundversorgung kon-

zentriert die DEZA ihr Engagement in Westafrika auf die Grundschul- und die Berufsbildung, während sie in Ostafrika und im südlichen Afrika insbesondere beim Aufbau von Gesundheitssystemen hilft.

Das SECO unterstützt seine Partnerländer in Subsahara-Afrika im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere bei der Stärkung eines nachhaltigen und klimafreundlichen Wirtschaftswachstums und bei der Integration in die Weltwirtschaft.



NORDAFRIKA, NAHER & MITTLERER OSTEN

Die Zusammenarbeit der Schweiz in Nordafrika konzentriert sich auf drei Bereiche: die demokratische Transition und die Stärkung der Menschenrechte, die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Migration und der Schutz von gefährdeten Personen. Die Programme werden von der DEZA und dem SECO in Zusammenarbeit mit der Politischen Direktion, der Direktion für Völkerrecht und dem Bundesamt für Migration durchgeführt.

Mit dem raschen Programmaufbau in Nordafrika hat die Schweiz in den vergangenen Jahren das

Fundament geschaffen, um einen Beitrag zur erfolgreichen Transition der Region zu leisten.

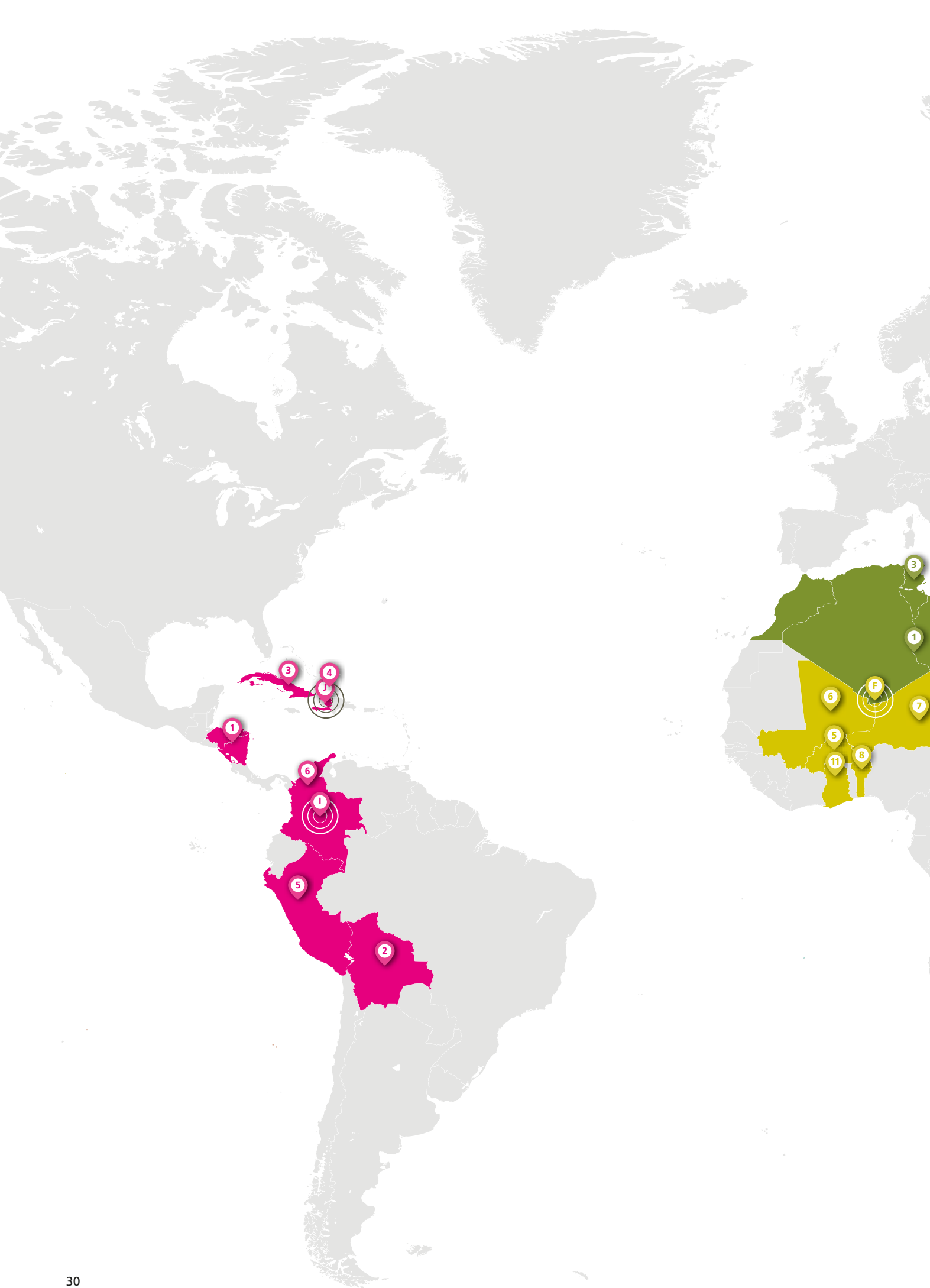
Im Nahen und Mittleren Osten engagiert sich die DEZA für die Gewährleistung sicherer, nachhaltiger und friedlicher Lebensbedingungen. Die Nahost-Strategie der DEZA legt den Fokus auf die Grundversorgung, den Schutz sowie die Reduktion von Katastrophenrisiken. Das Programm für das besetzte palästinensische Gebiet hat zum Ziel, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte sowie die Grundversorgung und die wirtschaftliche Situation zu verbessern.

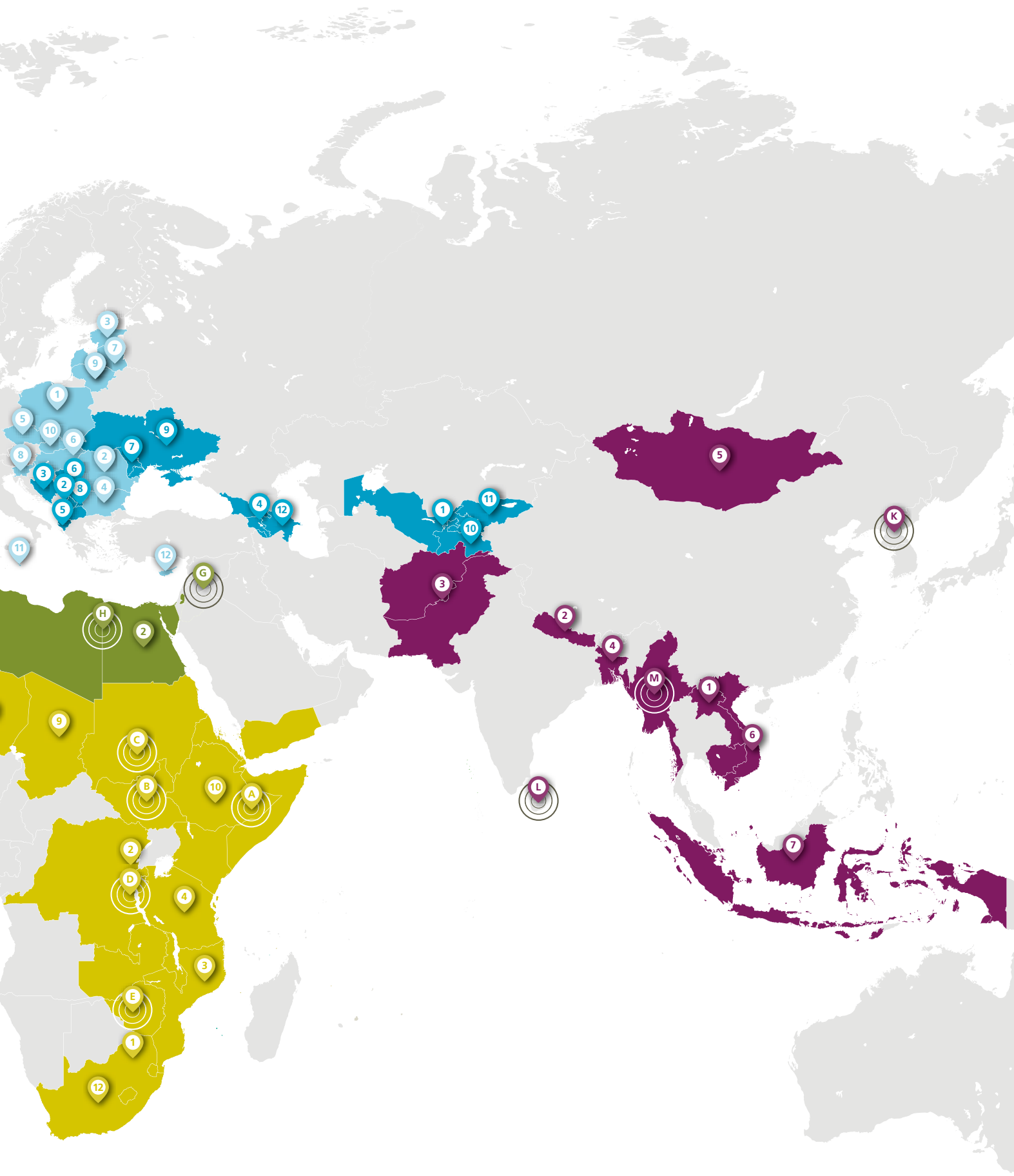
SCHWERPUNKTLÄNDER UND -REGIONEN VON DEZA UND SECO 2013

		2013	2012			
		Mio.	Mio.			
		CHF	CHF			
DEZA Schwerpunktländer und -regionen Süd	Subsahara- Afrika	Südliches Afrika ¹	34.4	30.8	1	
		Grosse Seen ²	31.1	29.0	2	
		Mosambik	23.0	23.9	3	
		Tansania	22.8	23.0	4	
		Burkina Faso	21.3	20.6	5	
		Mali	20.2	16.5	6	
		Niger	16.6	18.5	7	
		Benin	15.3	17.4	8	
		Tschad	14.3	11.7	9	
		Horn von Afrika ³	8.1	2.5	10	
SECO Schwerpunktländer Süd	Nordafrika, Nahe und Mittlerer Osten	Nordafrika ⁴ , Besetztes Palästinensisches Gebiet	26.5	38.8	1	
		Lateinamerika	Zentralamerika ⁵	42.3	40.8	1
			Bolivien	24.5	28.3	2
			Kuba	8.2	5.4	3
Haiti	6.9		5.4	4		
DEZA Humanitäre Hilfe Haupteinsatzgebiete	Asien	Mekong ⁶	49.8	40.6	1	
		Nepal	38.2	33.4	2	
		Hindukusch ⁷	30.9	27.4	3	
		Bangladesch	29.5	25.9	4	
		Mongolei	18.2	14.1	5	
SECO Schwerpunktländer Süd	Subsahara- Afrika	Ghana	25.0	15.5	11	
		Südafrika	4.1	3.4	12	
	Nordafrika, Nahe und Mittlerer Osten	Ägypten	9.9	4.4	2	
		Tunesien	9.1	3.6	3	
	Lateinamerika	Peru	10.7	7.0	5	
		Kolumbien	5.5	3.1	6	
	Asien	Vietnam	16.5	4.6	6	
Indonesien		14.3	13.9	7		
DEZA Humanitäre Hilfe Haupteinsatzgebiete	Subsahara- Afrika	Horn von Afrika ⁸	20.5	21.1	A	
		Südsudan	12.5	8.6	B	
		Sudan	9.4	7.4	C	
		Kongo (D.R.)/Kivu	9.1	5.6	D	
		Simbabwe	6.2	6.5	E	
		Sahel ⁹	6.2	6.0	F	
	Nordafrika, Nahe und Mittlerer Osten	Naher Osten ¹⁰	49.2	33.5	G	
		Nordafrika ¹¹	7.2	8.0	H	
	Lateinamerika	Kolumbien	9.3	8.2	I	
		Haiti	7.8	6.5	J	
	Asien	Nordkorea	10.0	6.5	K	
		Sri Lanka	8.2	6.5	L	
		Myanmar	7.7	6.5	M	

		2013	2012		
		Mio.	Mio.		
		CHF	CHF		
DEZA Schwerpunktländer und -regionen Ost	Osteuropa/ GUS	Zentralasien ¹²	27.8	21.4	1
		Kosovo	12.2	10.6	2
		Bosnien und Herzegowina	10.5	8.7	3
		Südkaucasus ¹³	10.2	10.4	4
		Albanien	9.3	6.9	5
		Serbien	9.2	7.3	6
		Republik Moldau	9.0	7.0	7
		Mazedonien	8.2	5.1	8
		Ukraine	5.9	7.4	9
		SECO Schwerpunktländer Ost	Osteuropa/ GUS	Albanien	16.2
Tadschikistan	14.7			11.1	10
Kirgisistan	11.8			11.2	11
Ukraine	9.7			5.9	9
Kosovo	7.1			8.5	2
Serbien	6.0			6.3	6
Aserbaidschan	4.4			2.9	12
Bosnien und Herzegowina	3.0			2.7	3
Mazedonien	2.8	0.8	8		
EU-Erweiterungs- beitrag DEZA/SECO	Osteuropa/ GUS	Polen	59.4	20.0	1
		Rumänien	19.3	12.1	2
		Estland	9.0	8.2	3
		Bulgarien	8.0	5.1	4
		Tschechien	7.8	6.1	5
		Ungarn	6.0	3.9	6
		Lettland	5.0	8.0	7
		Slowenien	4.6	3.8	8
		Litauen	4.1	1.2	9
		Slowakei	3.5	2.0	10
		Malta	2.8	1.1	11
		Zypern	0.1	0.2	12

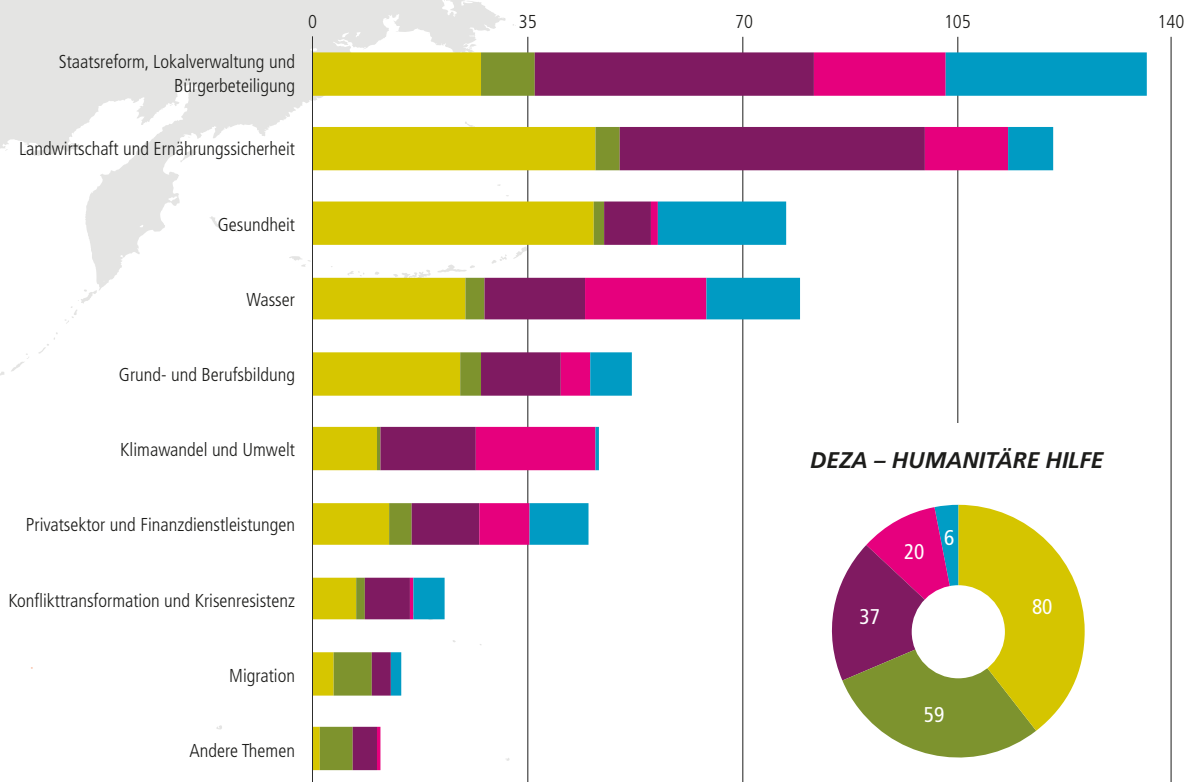
¹ Lesotho, Malawi, Südafrika, Simbabwe, Swasiland, Sambia
² Burundi, Ruanda, Kongo (D.R.)
³ Äthiopien, Eritrea, Djibouti, Kenia, Somalia, Südsudan, Sudan, Jemen
⁴ Libyen, Marokko, Tunesien, Ägypten, Algerien
⁵ Nicaragua, Honduras
⁶ Myanmar, Kambodscha, Laos, Vietnam
⁷ Afghanistan, Pakistan
⁸ Äthiopien, Eritrea, Djibouti, Kenia, Somalia
⁹ Mali, Westafrika regional
¹⁰ Syrien, Irak, Jordanien, Libanon, Besetztes Palästinensisches Gebiet
¹¹ Libyen, Marokko, Tunesien, Ägypten, Algerien
¹² Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan
¹³ Aserbaidschan, Armenien, Georgien



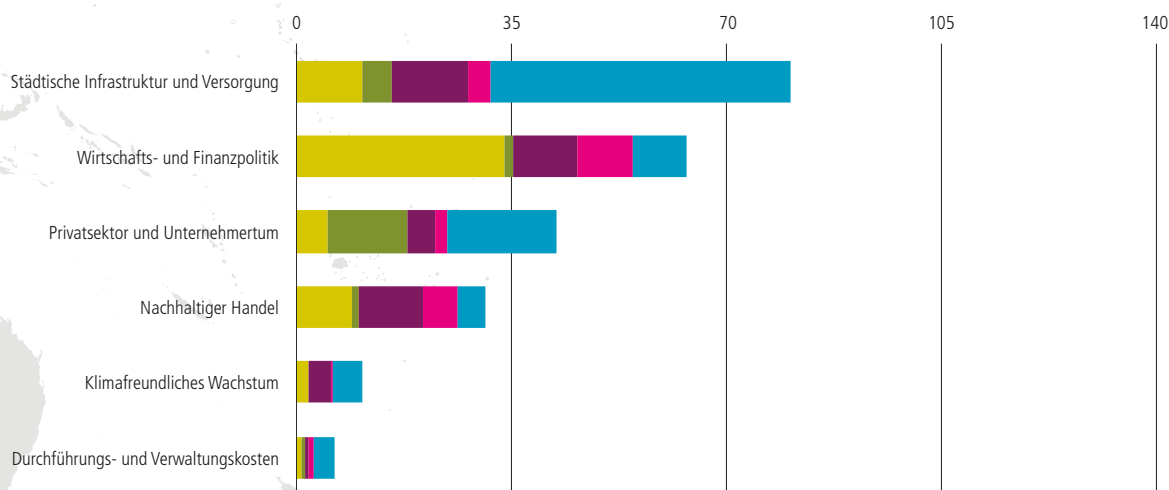


DEZA/SECO – GEOGRAFISCHE UND THEMATISCHE VERTEILUNG 2013 (BILATERALE AUSZAHLUNGEN, MIO. CHF)

DEZA – ZUSAMMENARBEIT MIT DEM SÜDEN UND DEM OSTEN



SECO – ZUSAMMENARBEIT MIT DEM SÜDEN UND DEM OSTEN



- Subsahara-Afrika
- Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten
- Asien
- Lateinamerika
- Osteuropa und GUS



LATEINAMERIKA

Das Engagement der DEZA in Lateinamerika konzentriert sich vorab auf die Themenbereiche Klima, Beschäftigung und Einkommen sowie Gouvernanz.

Die DEZA hilft mit, die negativen Folgen von Klimawandel und Naturkatastrophen zu mindern, sowie die Beschäftigung und Berufsbildung zu verbessern. Ferner fördert sie Finanzdienstleistungen und die landwirtschaftliche Entwicklung und stärkt Menschenrechte und Dezentalisierungsprozesse. Die Andenländer werden zudem in den Bereichen Klimawandel und Wasser unterstützt.

Das SECO konzentriert sich in Lateinamerika auf die wirtschafts- und handelspolitischen Herausforderungen. Ein Fokus liegt dabei auf der Stärkung des Privatsektors sowie auf der Diversifizierung der stark rohstoffabhängigen Volkswirtschaften. Die Stärkung öffentlicher Institutionen, die nachhaltige Städteentwicklung und die Minderung der Folgen des Klimawandels sind ebenfalls Pfeiler des Engagements des SECO.



OSTEUROPA UND GUS

Die Schweizer Ostzusammenarbeit der DEZA und des SECO ist im Rahmen der Transitionszusammenarbeit und des Erweiterungsbeitrages in den ehemals sozialistisch geprägten Ländern im östlichen Europa, im Südkaukasus und in Zentralasien tätig.

In den Ländern des Westbalkans und in den postsowjetischen Ländern der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) unterstützt die Schweiz die nachhaltige Transition zu demokratischen und marktwirtschaftlichen Systemen. Die Zusammenarbeit zielt auf Reformen im Bereich Demokratisierung und Dezentralisierung, auf eine Verbesserung der Gesundheitssysteme, auf den Ausbau der Wasser-

und Energieversorgung sowie der Abwassersysteme. Weitere zentrale Ansatzpunkte sind die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, Reformen zugunsten marktorientierter Berufsbildungssysteme und die Förderung des Privatsektors.

Mit dem Erweiterungsbeitrag, der nicht der öffentlichen Entwicklungshilfe zugerechnet wird, trägt die Schweiz zum Abbau sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union bei. Sie setzt sich ein für die Stärkung der Wirtschaft, die Erhöhung der sozialen und der öffentlichen Sicherheit, den Schutz der Umwelt sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft.



ASIEN

Die Programme der DEZA in Südasien sind auf die Förderung der Menschenrechte und des Friedens, die Stärkung der Zivilgesellschaft und der lokalen Gouvernanz sowie auf die ländliche Entwicklung, die Berufsbildung und den Klimawandel ausgerichtet. Auch in konfliktbetroffenen Regionen will die DEZA einen Beitrag zu nationalen Reformen und einer erfolgreichen Transition leisten.

In Ostasien setzt sich die DEZA für eine Verminderung der ausgeprägten politischen, sozialen und ökonomischen Unterschiede ein. Die Armutssredu-

ktion, die Menschenrechtsförderung und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, vor allem in Bezug auf Landfragen, sind die wichtigsten Pfeiler des Engagements. Die DEZA engagiert sich zudem in den Bereichen Berufsbildung, Landwirtschaft, Gesundheit und Zivilgesellschaft.

Das SECO unterstützt seine Partnerländer in Südostasien bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit lokaler KMU. Ein weiteres Anliegen ist die Stärkung einer umweltfreundlichen Infrastruktur.



NACHHALTIGES WIRTSCHAFTS- WACHSTUM

- *Finanzstabilität und gute Regierungsführung*
- *Nachhaltig wachsender Handel*
- *Entwicklung des Privatsektors und der Finanzdienstleistungen*
- *Infrastruktur und städtische Entwicklung*

Um Armut und Ungleichheiten zu reduzieren, ist ein anhaltendes Wirtschaftswachstum unentbehrlich. Der Privatsektor ist die Haupttriebkraft für dieses Wachstum. Die Integration in den Weltmarkt verschafft Entwicklungsländern Zugang zu Absatzmärkten und Investitionsquellen. Die Schweiz setzt sich in Partnerländern für ein nachhaltiges und breit abgestütztes Wirtschaftswachstum ein. Im Fokus stehen dabei die Verwaltung öffentlicher Mittel, die Rahmenbedingungen für private Investitionen, die Stabilität des Finanzsektors, die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen, die Infrastruktur, die Nutzung von Ressourcen, die Handelsliberalisierung und der Arbeitsmarkt.

NACHHALTIG WACHSEN

Viele Entwicklungs- und Schwellenländer weisen eindruckliche wirtschaftliche Wachstumsraten aus. Oft werden die Wohlstandsgewinne aber ungleichmässig verteilt. Damit die gesamte Bevölkerung profitiert, müssen Arbeitsplätze geschaffen werden. Gleichermassen wichtig ist, dass soziale und ökologische Nachhaltigkeitsstandards sowie Prinzipien der wirtschaftlichen Gouvernanz eingehalten werden. Die Schweiz setzt sich für diese Anliegen ein.

Arm, arbeitslos oder beides: Weltweit haben fast 1,2 Milliarden Menschen im arbeitsfähigen Alter keine Arbeit oder verdienen so wenig, dass sie unterhalb der Armutsschwelle leben. Einen Job zu haben ist aber nicht alles; dieser soll auch ein Leben und das Arbeiten unter würdigen Umständen ermöglichen.

Arbeitsplätze schaffen für ein Wachstum, das allen zugute kommt

Zahlreiche Entwicklungsländer haben in den vergangenen Jahren den Sprung in die Kategorie der Staaten mit mittlerem Einkommen geschafft. Nicht immer

kommt das eindruckliche Wirtschaftswachstum aber den ärmsten Bevölkerungsgruppen zugute. Damit alle vom wirtschaftlichen Wachstum profitieren, muss es mit der Schaffung von Arbeitsplätzen einhergehen. Gerade in den ärmsten Ländern bleibt dies eine zentrale Herausforderung: Seit dem Jahr 2000 betrug das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den einkommensschwächsten Staaten 7% – die Beschäftigungsrate ist lediglich um 3% gestiegen.

Die treibende Kraft zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist der Privatsektor. Eine stärkere Kopplung von Wachs-



tum und Beschäftigung bedingt aber gezielte wirtschaftspolitische Massnahmen. Dazu gehören eine transparente öffentliche Finanzverwaltung, eine stabile nationale Wirtschaft mit einem robusten Finanzsektor, eine klare Gesetzgebung für unternehmerische Aktivitäten und ein verbesserter internationaler Marktzugang.

Arbeitsbedingungen und Umweltstandards verbessern

Genauso wichtig wie die Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen ist die Sicherstellung fairer Arbeitsbedingungen. In Afrika befinden sich rund 80% der Arbeitstätigen in einer prekären Arbeitssituation. Oft werden sie schlecht bezahlt oder arbeiten im informellen Sektor.

Erst die fair vergütete Arbeit und die Einhaltung internationaler Standards ermöglichen ein Entkommen aus der Armut. Dies trägt auch zur Stärkung des Selbstwertes, des sozialen Zusammenhalts sowie zum gesellschaftlichen Fortschritt bei. Nur wer von den Sorgen des täglichen Überlebens befreit ist, kann sich für gemeinschaftliche Anliegen oder Freiheitsrechte einsetzen. Zugleich bedingt ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum die Berücksichtigung von ökologischen Faktoren. Eine grüne Neuausrichtung der Weltwirtschaft im Sinne eines umwelt- und klimaverträglichen Wirtschaftens in Industrie-, Schwellen- und Entwick-

lungsländern ist eine Voraussetzung für ein wirtschaftliches Wachstum, das langfristig allen zugute kommt. Dazu bedarf es bedeutender finanzieller Investitionen. Genauso wichtig ist aber auch ein Umdenken in den Köpfen – im Süden genauso wie im Norden.

Schweizer Engagement

Das SECO engagiert sich in seinen Partnerländern für ein unternehmerfreundliches Geschäftsumfeld und hilft mit, den Zugang zu Krediten, Darlehen und langfristigen Investitionskapital zu verbessern. Zudem unterstützt das SECO die Länder bei der Einführung von effizienteren und ressourcenschonenden Produktionsweisen. Es setzt sich ferner ein für einen verbesserten internationalen Marktzugang und für eine Erleichterung der Zollformalitäten. Damit können Handel und Investitionen gesteigert und Arbeitsplätze geschaffen werden. Dank der Unterstützung des SECO konnten 2013 beispielsweise vier mazedonische Unternehmen an internationalen Messen teilnehmen und dadurch neue Märkte erschliessen. Ausserdem setzte sich die Schweiz erfolgreich für eine Aufnahme von Laos und Tadschikistan in die Welthandelsorganisation ein.

Im Bereich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen unterstützt das SECO unter anderem ein Programm, das in Zusammenarbeit mit internationalen Markenartikelherstellern Kernarbeitsnormen im Textilsektor

«Erst die fair vergütete Arbeit und die Einhaltung internationaler Standards ermöglichen ein Entkommen aus der Armut.»



EFFIZIENTE VERWALTUNGEN FÜR EINE BESSERE GRUNDVERSORGUNG

Viele lokale Behörden in Peru haben Schwierigkeiten, eine stabile Grundversorgung für die Bevölkerung sicherzustellen. Das SECO unterstützt sie bei dieser Herausforderung.

Mit dem Anstoss zur Dezentralisierung in den 1990er-Jahren hat die Verantwortung der peruianischen Kommunal- und Regionalregierungen über die öffentlichen Finanzen beträchtlich zugenommen. Heute verwalten sie über 40 % der Gesamtausgaben für Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Wasser, Abfallbewirtschaftung, öffentlicher Verkehr, städtische Entwicklung und Sicherheit.

Oft sind die lokalen Behörden mit diesen Aufgaben überfordert: Es fehlt vor allem an Ressourcen und gut ausgebildetem Personal und an der nötigen Infrastruktur. Dies hat einen direkten Einfluss auf die Armutsbekämpfung, denn ohne effiziente Verwaltung kann die Grundversorgung kaum sichergestellt werden.

Um diese Mängel zu beheben, hat das SECO ein Programm lanciert, das die Behörden bei der Bewältigung dieser Herausforderungen unterstützt. Die Unterstützung umfasst vielfältige Massnahmen, die auf die spezifischen lokalen Bedürfnisse ausgerichtet sind: Das Personal wird im Rahmen von Weiterbildungen fachlich geschult und über Beratungen technisch unterstützt, zum Beispiel bei der Erarbeitung von Gesetzesreformen.

Derzeit profitieren drei Regional- und drei Gemeinde-regierungen vom Programm. Die Früchte des Projekts sollen letztlich aber ganz Peru zugute kommen: Die Erkenntnisse zur effizienten Finanz- und Haushaltsführung werden landesweit geteilt und sollen mithelfen, die Grundversorgung auf lokaler Ebene in allen Landesteilen Perus zu verbessern.





ausgewählter Partnerländer einführt und umsetzt. Die bisherigen Resultate sind vielversprechend und zeigen, dass sich Nachhaltigkeit für alle involvierten Akteure lohnen kann: Die Mitarbeiter der Projektpartnerunternehmen sind zufriedener und motivierter bei ihrer Arbeit, es geschehen weniger Unfälle, die krankheitsbedingten Arbeitsausfälle und die Mitarbeiterfluktuationen gehen zurück. Gleichzeitig wurde eine Verbesserung der Qualität der hergestellten Produkte sowie eine Erhöhung der Produktivität festgestellt.

Die DEZA setzt sich dafür ein, dass arme Bevölkerungsgruppen Zugang zu lokalen Märkten und zu Krediten haben sowie eine bessere Arbeit finden und ein höheres Einkommen erzielen. In Tansania und Mosambik fördert sie beispielsweise strukturelle Anpassungen, die es den Kleinbauern aus dem Baumwoll- und Soja-sektor ermöglichen, ihre Ernte auf dem Markt zu fairen Preisen zu verkaufen. Im Balkan verbessern Programme durch gezielte Berufsbildungsmassnahmen und die Verbesserung der Arbeitsvermittlung die Chancen von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt.

Schliesslich unterstützt die Schweiz verschiedene multilaterale Initiativen, die darauf abzielen, dass die Aktivitäten international tätiger Unternehmen in Entwicklungsländern nachhaltig ausgestaltet sind. Dazu gehört etwa der «Global Compact» der UNO, die weltweit grösste Initiative zur nachhaltigen Unternehmensführung.

Ungleichheiten verringern

Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderungen von fairen Arbeitsbedingungen tragen zur Verringerung sozialer Ungleichheiten bei. Das ist für die langfristige wirtschaftliche Prosperität und für die politische Entwicklung eines Landes zentral. Angesichts der in vielen Regionen der Welt zunehmenden Ungleichheiten bleibt die Verkleinerung der Schere zwischen den Einkommen der Reichsten und derjenigen der Ärmsten ein wichtiges entwicklungspolitisches Anliegen.

Wenn Wachstumsgewinne nicht mit einem Abbau wirtschaftlicher Ungleichheiten einhergehen und dies zu sozialen Spannungen führt, ist die Stabilität und Nachhaltigkeit der Entwicklung eines Landes gefährdet. Das gilt insbesondere für Entwicklungsländer mit einer grossen, jungen Bevölkerung, die stark von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Wenn es gelingt, diesen jungen Männern und Frauen durch die Schaffung von sicheren und fair vergüteten Arbeitsstellen eine Perspektive zu geben, wächst mit der Wirtschaft auch der Wohlstand der Bevölkerung.

«Wenn Wachstumsgewinne nicht mit einem Abbau wirtschaftlicher Ungleichheiten einhergehen und dies zu sozialen Spannungen führt, ist die Stabilität und Nachhaltigkeit der Entwicklung eines Landes gefährdet.»

BALI-ABKOMMEN DER WTO: EINE CHANCE FÜR ENTWICKLUNGS- LÄNDER?

Als «Sprung nach vorn für die Entwicklungsländer» bezeichnete Roberto Azevêdo, der Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO), das im Dezember 2013 auf Bali verabschiedete Handelsabkommen. Tatsächlich ist der Durchbruch der WTO-Ministerkonferenz nach Jahren der Stagnation ein Verhandlungserfolg. Doch inwieweit profitieren Entwicklungsländer vom Abkommen?

Die Vereinbarungen sehen vor, den ärmsten Entwicklungsländern durch eine Verringerung der Zollschränken einen besseren Zugang zu den Märkten der Industrie- und Schwellenländer zu ermöglichen. Die Entwicklungszusammenarbeit im Bereich des Handels soll verstärkt werden. Zudem ist der Abbau von Agrarsubventionen vorgesehen.

Für viele Entwicklungsländer ist die Landwirtschaft von herausragender Bedeutung. Internationale Handelsschranken erschwerten bislang den Zugang dieser Länder zum globalen Markt. Die Vereinbarungen von Bali versprechen hier eine Verbesserung. Die WTO geht davon aus, dass durch die Liberalisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern Millionen von neuen Arbeitsplätzen geschaffen werden. Der Bundesrat wertete den Abschluss des Pakets als ein wichtiges Etappenziel, das zu neuen Impulsen für weitere WTO-Verhandlungen führt.

Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen warnen indes davor, dass das Abkommen den Interessen der Entwicklungsländer zuwiderlaufen könnte. Bemängelt wird insbesondere, dass umfassende staatliche Massnahmen zur Unterstützung von Kleinbauern künftig untersagt sind. Zudem seien die Verpflichtungen für Industriestaaten teilweise zu vage formuliert.



WIRTSCHAFTSWACHSTUM DANK ZUVERLÄSSIGER ENERGIEVERSORGUNG

Dank der Unterstützung des SECO ist Strom im Osten Tadschikistans nun rund um die Uhr verfügbar. Das hat die Lebensbedingungen der Bevölkerung deutlich verbessert.



Früher waren Geschäfte, Restaurants und Fabriken in der autonomen Provinz Gorno-Badachschan im Osten Tadschikistans nur im Sommer in Betrieb. Im Winter fehlte dazu der Strom.

Heute sind sie das ganze Jahr geöffnet, der Schulunterricht findet auch im Winter statt, und Hausaufgaben können nach Einbruch der Dunkelheit erledigt werden. Möglich machte dies das «Pamir Private Power»-Projekt, das vom SECO mitfinanziert wurde. Im Rahmen des Projekts wurden Wasserkraftanlagen und die Leitungen im Energienetz saniert. Gleichzeitig wurden kostengünstige Tarife und Subventionen für die Ärmsten eingeführt.

Die Stromversorgung rund um die Uhr hat die Wirtschaft im Hauptort der Provinz regelrecht angekurbelt:

Wo früher neun Bäckereien standen, findet man heute dreissig. Die Zahl der Restaurants stieg von zwei auf elf. Dank drei neuen Molkereien steigerte sich die Herstellung von Milchprodukten um 56%. Zudem wurde eine Mineralwasseranlage in Betrieb genommen, die bald auch in Duschanbe, der Hauptstadt Tadschikistans, Fuss fassen will.

Auch auf die Umwelt und die Gesundheit hat sich das Projekt positiv ausgewirkt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war lange mit Dieselgeneratoren Strom erzeugt worden, gekocht und geheizt wurde mit Holz. Rund 70% der Wälder in der Provinz sind dadurch zerstört worden. Dank der besseren Energieversorgung konnten sich diese Wälder regenerieren. Und die Luftqualität in den Gebäuden hat sich deutlich verbessert.



«AUF DIE PRIORITÄTEN UND BEDÜRFNISSE DES LANDES AUSGERICHTET»

Thierry Buchs ist Leiter der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit des SECO in Kolumbien.



In Kolumbien findet seit mehr als vierzig Jahren ein bewaffneter Konflikt statt. Welche Auswirkungen hat dies auf das Wirtschaftswachstum des Landes?

Der Konflikt mit der Guerillabewegung FARC hat das Land stark geprägt. Es gibt rund fünf Millionen Binnenvertriebene, die in den Städten Zuflucht suchen. Zudem weist das Land nach Haiti die grössten Einkommensunterschiede der westlichen Hemisphäre auf. Das verschärft die Kluft zwischen Stadt und Land, zwischen formeller und informeller Wirtschaft.

Wie kann die Schweiz zu einer Verbesserung der Lage beitragen?

Wir sind eines der wenigen Geberländer, die über ein wirtschaftliches Kooperationsprogramm in Kolumbien verfügen. Es ist speziell auf die Prioritäten und Bedürf-

nisse des Landes ausgerichtet: auf die nachhaltige städtische Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dieses Engagement wird ergänzt durch das humanitäre Hilfsprogramm und das Programm zur Förderung der Menschenrechte. Die Verknüpfung dieser Instrumente, die die unterschiedlichen Realitäten und Herausforderungen vor Ort berücksichtigen, wird von unseren kolumbianischen Partnern sehr geschätzt.

Das SECO engagiert sich auch im Infrastrukturbereich. Welches sind dabei die grössten Herausforderungen?

Das Strassennetz ist unzureichend und in einem erbärmlichen Zustand. Zudem sind dringend Investitionen in die Abfallbewirtschaftung, die Abwasserbehandlung und die Raumplanung nötig, um die nachhaltige städtische Entwicklung zu fördern.



RESULTATE 2013

NORDAFRIKA, NAHER UND MITTLERER OSTEN

1 Dank Unterstützung des SECO erhielten in Ägypten **6800 Haushalte Zugang zu einem zentralisierten Abwassersystem**. Parallel zur quantitativen und qualitativen Ausweitung der Versorgung wurde die finanzielle Nachhaltigkeit der Anlagen verbessert.

OSTEUROPA UND GUS

1 Vier mazedonische Unternehmen nahmen dank der Unterstützung des SECO an internationalen Messen teil. Durch die neu geknüpften Kontakte konnten sie **internationale Märkte für ihre Produkte erschliessen**.

2 In Tadschikistan wurden mit Hilfe des SECO rund **3050 Haushalte mit Wasserzählern und 10000 Haushalte mit Stromzählern ausgestattet**. Dies erlaubt eine korrekte Fakturierung, was die finanzielle Nachhaltigkeit der Wassergesellschaft und der Energiegesellschaft verbessert.

3 In Georgien konnten mit der Unterstützung der DEZA 19000 Bauern ihr Einkommen verbessern. **Es wurden rund 300 Teil- und Vollzeitstellen in der Agrarwirtschaft geschaffen**. In Armenien konnte das Einkommen von rund 3000 Bauern gesteigert werden. In Aserbeidschan wurden mindestens 70 neue Arbeitsplätze geschaffen, zugleich erhöhte sich das Einkommen von rund 650 Bauern.

4 In Südserbien führte das Schweizer Engagement in der Privatsektorförderung seit 2010 zu einem **Anstieg der Arbeitsplätze in der Holzverarbeitungsindustrie um 10 %** (von 12000 auf 13130).





5 Die Unterstützung der Gesundheitsreformen und spezifischer Gesundheitsprojekte durch die DEZA in Zentralasien, im Westbalkan, in der Ukraine und in der Republik Moldau führten zu erheblichen Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung. In Tadschikistan wurden seit 2011 beispielsweise **Hausärzte zur Versorgung von 500 000 Menschen aus- und weitergebildet**.

LATEINAMERIKA

1 In Kolumbien unterstützte das SECO ein Projekt zur Vereinfachung von Baubewilligungen und Inspektionen. Dabei wurde etwa **die erforderliche Zeitspanne für das Erlangen einer Baubewilligung um knapp 80 % gesenkt**, die dafür aufgewendeten Ressourcen wurden um 45 % reduziert. Die regulatorischen Vereinfachungen führen für den kolumbianischen Privatsektor zu jährlichen Einsparungen von 7 Millionen Dollar.

2 Das SECO trug in Peru zur **Verbesserung des strategischen Planungsprozesses** im Ministerium für Aussenhandel und Tourismus bei. Unter anderem wurde eine Monitoring-Software eingeführt, die es dem Ministerium und den regionalen Regierungsbehörden ermöglicht, Exportpläne besser zu überwachen.

3 Mit Hilfe der DEZA konnten in Nicaragua über **8000 Familien ihr Einkommen** dank verbesserten Wertschöpfungsketten von landwirtschaftlichen Produkten **2013 um rund 500 Dollar steigern**.

4 Zwischen 2010 und 2013 erhielten dank der DEZA rund **6000 Personen in Bolivien Zugang zu innovativen Finanzdienstleistungen wie Mikrokredite**. Im selben Zeitraum konnten 15 500 lokale Produzenten durch Bildungsmaßnahmen und technische Unterstützung ihre beruflichen Fähigkeiten verbessern.

ASIEN

1 In der Mongolei unterstützte die DEZA die **Reform des Goldabbaus durch Kleinkooperativen**. Im Vordergrund standen verbesserte Arbeitsbedingungen, eine bessere Bezahlung der Arbeiter

innen und Arbeiter sowie die Reduktion der Quecksilberschmutzung der Wasserläufe, die für das Goldwaschen benötigt werden.

2 In Vietnam unterstützte das SECO die Reform des Handelsregisters. Dadurch wurde der Registrierungsprozess für Unternehmen vereinfacht und der öffentliche Zugang zu Informationen über Firmen erleichtert. **88 % der neu registrierten Unternehmen benötigen nun nur noch drei anstatt fünfzehn Tage**, um eine Unternehmenslizenz zu erhalten. Auch die damit verbundenen Kosten sanken um rund 60 %.

3 In Vietnam wurden dank Krediten des SECO für vietnamesische Banken und technische Begleitung neue Kleinwasserkraftwerke entwickelt, **welche zusätzliche 261 Gigawattstunden an Strom pro Jahr generieren**. Dies entspricht dem jährlichen Stromverbrauch von 35 750 vierköpfigen Haushalten in der Schweiz.

SUBSAHARA-AFRIKA

1 Das SECO unterstützte in Ghana die Schaffung des afrikaweit ersten Pfandregisters. Nach sechs Monaten wurden bereits **Kredite im Gesamtwert von 3 Milliarden Dollar vergeben**. 5000 kleine und mittlere Unternehmen sowie 22 000 Mikrounternehmen erhielten dadurch Zugang zu Krediten.

GLOBAL

1 Dank dem vom SECO unterstützten Projekt «Better Work», das die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO im Textilsektor durchsetzt, konnten **die Einkommensdisparitäten zwischen männlichen und weiblichen Arbeitsmigranten deutlich reduziert** werden. Da Migrantinnen bis zu 25 % mehr Geld durch Überweisungen an ihre Familien schicken als Migranten, leistet das Projekt auch einen direkten Beitrag zur Armutsreduktion.

2 Die «International Finance Corporation» der Weltbank, welche vom SECO unterstützt wird, schloss Ende 2013 ein vier-

jähriges Programm mit grosser Hebelwirkung ab: Pro Dollar eines Gebers finanzierten Banken 49 Dollar zugunsten von KMUs für **Investitionen in umweltfreundliche Technologien**.





DEMOKRATIE UND MARKTWIRTSCHAFT

- Stärkung der Parlamente, Demokratisierung, Staatsreform
- Förderung der Lokalverwaltung
- Entfaltung von marktwirtschaftlichen Systemen

Die Schweiz unterstützt die Transition zu demokratischen, sozialen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Systemen mit bürgerorientierten Lokalverwaltungen in Ländern des Südens und Ostens.

Bei der Demokratieförderung steht die Stärkung der Parlamente, der Justiz und der guten Regierungsführung im Zentrum. Die Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption ist dabei besonders wichtig. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Privat-sektor ist ebenfalls ein zentrales Anliegen des Schweizer Engagements im Transitions-bereich.



DEMOKRATIE ALS GELEBTE REALITÄT

Der Ruf nach Freiheit und Demokratie ist in vielen Teilen der Welt lauter geworden. Der Weg dahin ist aber langwierig. Das Beispiel des Westbalkans zeigt, dass Demokratie weit mehr beinhaltet als Wahlen und die Existenz formal-demokratischer Institutionen. Für die Schweiz ist die Förderung der Demokratie ein wichtiges Anliegen.

2013 hatten mehr als 17 Millionen Bürgerinnen und Bürger in den Staaten des Westbalkans bei Kommunal-, Parlaments- und Präsidentenwahlen die Möglichkeit, ihre Vertreterinnen und Vertreter zu wählen. Das ist im Hinblick auf die Demokratisierung der ehemals sozialistisch geprägten Region ein wichtiger Erfolg.

Die Durchführung von Wahlen ist aber nur ein Element der Demokratie. Zwar haben Albanien, Serbien, der Kosovo, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina im Demokratisierungsprozess Fortschritte gemacht, doch ein Blick hinter die Fassaden lässt erkennen, dass die Demokratie weiter konsolidiert und vielerorts noch mit Leben gefüllt werden muss.

Transition: Ein langer Weg

Die Staaten des Westbalkans befinden sich seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Jugoslawien in einer Transition hin zu Demokratie und Marktwirtschaft. Die EU-Beitrittsprozesse haben wichtige Reformen angestoßen, deren Umsetzung jedoch nach wie vor unvollständig ist und durch den vielerorts fehlenden politischen Willen erschwert wird.

Fortschritte sind bei der Dezentralisierung, den Gemeindedienstleistungen sowie bei der Bürgerbeteiligung zu verzeichnen. Die politischen Institutionen der Region bleiben jedoch oft schwach und störungsanfällig, der wirtschaftliche Auf- und Nachholbedarf ist gross, die Arbeitslosigkeit ein dring-



liches Problem. Über 20 Jahre nach den ersten demokratischen Wahlen in der Region bestehen für die Länder des Westbalkans auf dem Weg zu einer funktionierenden Demokratie und Marktwirtschaft weiterhin substanzielle Herausforderungen.

Zivilgesellschaft und Parlament

Die formale Existenz rechtsstaatlicher Institutionen und demokratischer Instrumente ist wichtig. Deren Funktionieren hängt aber wesentlich davon ab, ob sich eine gelebte demokratische Realität etabliert hat.

Eine starke politische Beteiligung der Zivilgesellschaft ist dabei von grundlegender Bedeutung. Verbände, Vereine oder Nichtregierungsorganisationen stärken die demokratische Teilhabe der Bevölkerung und tragen mit ihren Forderungen langfristig dazu bei, dass staatliche Akteure transparent und im Interesse ihrer Bürger handeln.

Eine erfolgreiche Demokratisierung bedingt aber die Stärkung aller tragenden Pfeiler. Neben der Zivilgesellschaft, der Presse, den nationalen und lokalen Regierungsbehörden und der Justiz gehören hierzu die Parlamente. Ihnen kommt eine wichtige Überwachungsfunktion zu – auf lokaler genauso wie auf nationaler Ebene. Das Parlament ist nicht nur ein Ort der Gesetzgebung und der politischen Debatten,

sondern auch ein demokratisch legitimes Kontrollorgan der Regierung.

Schweizer Unterstützung im Demokratisierungsprozess

Für die internationale Zusammenarbeit der Schweiz ist die Förderung der Demokratie ein zentrales Anliegen. Sie führt entsprechende Programme nicht nur in den Ländern der Ostzusammenarbeit, sondern in allen geografischen Kontexten durch.

Im Westbalkan steht nebst dem Aufbau behördlicher Kapazitäten und der Förderung der Dezentralisierung die Stärkung der Zivilgesellschaft im Fokus des Schweizer Engagements. Die Programme der DEZA fördern Mitwirkungsverfahren für Bürgerinnen und Bürger auf Gemeindeebene und die Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich beispielsweise für das Aufdecken von Korruption einsetzen. Im Kosovo unterstützt die DEZA lokale Organisationen, die sich in den Bereichen Bürgerinitiativen, Minderheitenschutz oder Frauenförderung engagieren. In Mazedonien arbeitet sie mit Nichtregierungsorganisationen zusammen, die öffentliche Ausgaben und die Praktiken der Privatwirtschaft kritisch überwachen.

Die DEZA hat sich zudem jüngst vermehrt für die Stärkung der Parlamente engagiert. In Mazedonien

«Die formale Existenz rechtsstaatlicher Institutionen und demokratischer Instrumente ist wichtig. Deren Funktionieren hängt aber wesentlich davon ab, ob sich eine gelebte demokratische Realität etabliert hat.»



«ICH MUSSTE FLIEHEN, OBWOHL ICH NIE ETWAS GETAN HATTE»

Vladimir Šćepanović aus dem Kosovo musste im Krieg sein Eigentum zurücklassen. Die von der DEZA unterstützte Eigentumsagentur des Kosovo (KPA) half ihm, sein Recht einzufordern. Die KPA hat bislang rund 40 000 Fälle beurteilt.



«Die Liegenschaft, auf die ich Anspruch erhob, ist ein 44 m² grosses Gewerbelokal in Pristina. Ich hatte es gekauft, weil einer meiner Söhne ein kleines Geschäft eröffnen wollte. Ich habe in Skopje geheiratet und habe ein Haus dort. Ursprünglich stamme ich aus Montenegro. Ich zog in den 1970er-Jahren in den Kosovo... Ein echter Jugoslawe! Es waren goldene Zeiten, als es das eigentliche Jugoslawien noch gab.

Bis der Krieg begann, war ich Leiter der Wasserwerke von Gazivode, die Mitrovica, Srbica, Vučitrn und Pristina mit Trinkwasser versorgten. Ich war einer der besten Wasserwirtschaftsexperten im Kosovo. Wir waren alle überrascht, als der Krieg 1998 ausbrach. Niemand hatte damit gerechnet. Trotz der Propaganda. Ich musste fliehen, obwohl ich nie etwas getan hatte. Am Tag, nachdem ich den Kosovo verlassen hatte, erfuhr

ich, dass in mein Gewerbelokal eingebrochen worden war und dass sich «unbekannte» Personen dort aufhielten. Zu der Zeit gab es weder ein Gericht, noch Gerechtigkeit oder Gesetze. Tausende waren in der gleichen Situation und mussten ihr Eigentum zurücklassen. Viele sind nie zurückgekehrt. Jene, die zurückkehrten, fanden ihre Wohnhäuser oder Geschäfte oft besetzt vor.

Nach dem Krieg erfuhr mein Sohn von der Eigentumsagentur des Kosovo. Die Institution hilft bei der Rückforderung von Eigentum: Wohnhäuser, Agrarland, Läden. Das Verfahren war mit viel Papierkram verbunden. Aber 2012 sagte die KPA schliesslich, das Gewerbelokal gehöre tatsächlich mir. Es hat sehr lange gedauert.»



«Die Programme der DEZA fördern Mitwirkungsverfahren für Bürgerinnen und Bürger auf Gemeindeebene und die Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich beispielsweise für das Aufdecken von Korruption einsetzen.»

und Serbien hat sie Projekte lanciert, die die Transparenz und Effizienz der nationalen Parlamente stärken und ihre Überwachungsfunktion ausbauen sollen. Gleichzeitig hat die DEZA 2013 beispielsweise in vier Regionen Georgiens die Kapazitäten der lokalen Regierungsbehörden im Bereich der Entwicklungsplanung gestärkt.

Die Demokratisierung geht mit einer Verbesserung der Gouvernanz einher. Das SECO setzt sich daher in seinen Partnerländern insbesondere für die Etablierung wirksamer Systeme für die öffentliche Finanzverwaltung, für einen gesunden und gut regulierten Finanzsektor sowie für die transparente Rechenschaftslegung der Behörden ein. Das mehrschichtige Vorgehen des SECO umfasst dabei eine Beteiligung am Politikdialog genauso wie eine Unterstützung konkreter Reformen.

Ein steiniger Weg

Ein Blick über Europas Grenzen hinaus zeigt, dass der Demokratisierungsprozess in vielen Ländern ein langer, beschwerlicher Weg darstellt. Ägypten, Tunesien oder Myanmar: Die jüngste Geschichte dieser Länder zeigt, dass der Ruf nach Freiheit und Demokratie in vielen Teilen der Welt nicht leiser geworden ist.

Zugleich ist die aktuelle politische Situation in Kairo, Tunis, Rangun und in vielen afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten ein Indiz dafür, dass Wunsch und Wirklichkeit vielerorts noch weit auseinanderklaffen. Dieser Eindruck täuscht nicht: Verschiedene Studien belegen, dass das globale Demokratisierungsniveau in den vergangenen Jahren eher rückläufig ist. Zwar ist ein Anstieg von Protesten zu beobachten, einen tiefgreifenden Wandel vermögen diese aber nur vereinzelt anzustossen.

Die Demokratie – die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk – bleibt für viele Menschen die bevorzugte Staatsform. Der Weg dahin ist aber oft steinig. Zugleich zeigt der Blick in die Geschichte, dass sich dessen Begehung für die langfristige politische Stabilität und eine wirtschaftliche Entwicklung, von der alle profitieren, meist auszahlt.



ABBAU DER BÜROKRATIE IN KIRGISISTAN

Dank eines vom SECO unterstützten Projekts werden staatliche Firmeninspektionen in Kirgisistan heute deutlich effizienter abgewickelt.



Das Schmuckunternehmen Keldike von Tschingis Makeschow in Bischkek, der Hauptstadt Kirgisistans, beschäftigt 80 Personen. Hergestellt wird traditioneller Schmuck, den Frauen zur Hochzeit tragen und später an ihre Töchter vererben. Makeschow ist seit 8 Jahren im Geschäft und hat festgestellt, dass die staatlichen Inspektionen im Bereich Brandschutz, Wasser und sanitäre Einrichtungen stark abgenommen haben. Er wertet das als gutes Zeichen.

«Die vielen Inspektionen erhöhen die Kosten der Unternehmen. Dank einem Rückgang der Inspektionen konnten wir die Kosten senken, und seit 2010 haben sich die Geschäftszahlen bereits verdoppelt», erklärt Makeschow.

Niemand stellt die Wichtigkeit solcher staatlicher Kontrollen infrage. Aber für die Unternehmenstätigkeit

waren die unzähligen Inspektionen ein grosses Hindernis, sagt Michail Chakwhaljuk, Besitzer und Leiter eines Stahlbauunternehmens ausserhalb von Bischkek.

«Der Rückgang der Inspektionen wirkt sich positiv auf die Wirtschaft aus, denn die Unternehmen wachsen wieder. Und genau das brauchen wir. Wir wollen unsere Steuern bezahlen, wachsen und Arbeitsplätze schaffen», meint Chakwhaljuk.

Dank SECO-Geldern unterstützte die «International Finance Corporation» der Weltbank Reformen im kirgisischen Inspektionswesen. Die Zahl der staatlichen Inspektionen konnte dadurch praktisch halbiert werden, von 21 000 im Jahr 2011 auf 13 500 im Jahr 2013. Die Regierung reduzierte zudem die Zahl der Inspektionsagenturen von 21 auf 12.



ERWEITERUNGSBEITRAG

Die Schweiz unterstützt im Rahmen des Erweiterungsbeitrags die Länder, die seit 2004 der EU beigetreten sind. Sie trägt damit zum Abbau sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten in Europa bei. Das Engagement der Schweiz im Rahmen der erweiterten EU ist Ausdruck von Solidarität. Gleichzeitig verstärkt die Schweiz damit die Grundlage für solide bilaterale Beziehungen zu den neuen EU-Mitgliedstaaten. Der Erweiterungsbeitrag wird von der DEZA und dem SECO umgesetzt, er ist jedoch nicht Teil der öffentlichen Entwicklungshilfe. Von 2007 bis 2012 genehmigte die Schweiz insgesamt 210 Projekte, an deren Finanzierung sie sich mit einer Milliarde Franken beteiligt.

Auch dank der guten Zusammenarbeit mit den Partnerländern verläuft die Umsetzung der Projekte grösstenteils zufriedenstellend und es zeigen sich erste erfreuliche Zwischenresultate. So hat das Mikrokreditprogramm in Lettland im Jahr 2013 seine Ziele übertroffen: Anstatt der geplanten 650 hat die für die Programmumsetzung zuständige Entwicklungsbank Hipotēku Banka bereits 800 Mikrokredite im Gesamtwert von 8 Millionen Franken vergeben. Dadurch wurden bis zu 2000 Stellen geschaffen.

Die Zusammenarbeit mit Rumänien und Bulgarien hat 2010 eingesetzt. Die Verpflichtungsperiode für Projekte endet im Dezember 2014. Bereits wurden 93% des Gesamtbudgets von 257 Millionen Franken verpflichtet, einige Projekte werden bereits umgesetzt. In Rumänien wurde beispielsweise ein Programm zur Berufswahlorientierung für Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler und Unternehmen lanciert, in Bulgarien wurde ein spitalexterner Pflegeservice eingeführt, der sich am bewährten Schweizer Spitex-Modell orientiert.



«DIE LEUTE MÖCHTEN WISSEN, WOFÜR DIE REGIERUNG IHR GELD VERWENDET»

Katharina Häberli Harker arbeitet für die DEZA in Belgrad (Serbien) als Regionalberaterin zu Gouvernanzfragen.

Worin besteht Ihre Arbeit?

Im Zentrum meiner Arbeit stand im Jahr 2013 die Förderung des regionalen Erfahrungsaustauschs zu Themen wie die Planung und Transparenz der Gemeindefinanzierung oder die Leistungen von Gemeindeverbänden. Ende 2013 lancierten wir ein spannendes Regionalprogramm, das die Erhebung der Liegenschaftsteuer zum Anlass nimmt, die Rechenschaftspflicht der Gemeinden gegenüber der Bevölkerung zu fördern. Denn die Bürgerinnen und Bürger möchten wissen, wofür die Regierung ihr Geld verwendet.

Auf welches Ereignis im Jahr 2013 sehen Sie besonders gern zurück?

Ein Höhepunkt sind unsere regionalen Gouvernanz-Workshops, in denen Mitarbeitende der Länderbüros und der Zentrale gemeinsam Ideen für Programme und Partnerschaften entwickeln und das internatio-

nale und lokale Expertennetzwerk ausbauen. Dieses Jahr haben wir uns im Süden Serbiens getroffen. Wir haben Instrumente zur Unterstützung der Zivilgesellschaft erarbeitet und nach Möglichkeiten gesucht, wie die DEZA eine angemessene Gemeindefinanzierung fördern kann.

Wo sehen Sie für die Region im Bereich der Gouvernanz die grössten Herausforderungen?

Eine beunruhigende, aber sehr verbreitete Entwicklung ist die Belohnung von Parteimitgliedern mit Stellen im öffentlichen Sektor – unabhängig von ihren Qualifikationen. Dies untergräbt die Qualität der Dienstleistungen. Die DEZA unterstützt neue Initiativen für eine leistungsorientierte Reform des öffentlichen Sektors und baut ihre Unterstützung für die Parlamente aus, damit diese die Arbeit der Exekutive überwachen kann.





RESULTATE 2013

OSTEUROPA UND GUS

- 1 In Mazedonien unterstützt die DEZA die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen Gemeinden. Dies trug dazu bei, dass im Jahr 2013 gut **70 % der Bürgerinnen und Bürger dieser Gemeinden mit der Dienstleistungsqualität ihrer Lokalbehörden teilweise oder ganz zufrieden sind.**
- 2 Die SECO-Partnerländer Ukraine, Kosovo und Mazedonien waren unter den zehn Staaten, die gemäss dem jüngsten «Doing Business»-Bericht der Weltbank ihr Geschäftsumfeld am stärksten reformierten. Durch **spezifische Massnahmen zur Verbesserung des Geschäftsumfeldes** wurde die Effizienz von Unter-

nehmen deutlich gesteigert. Bei den betroffenen Behörden führte dies zu einer Einsparung oder effizienteren Nutzung von Ressourcen.

- 3 In Kirgisistan wurde mit Hilfe der DEZA zwischen 2011 und 2013 in den Regionen Issyk Kul und Jalalabad ein Modell entwickelt, das die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in politischen Prozessen fördert. Im Austausch mit der Bevölkerung wurden auf **Gemeindeebene 146 Aktionspläne entwickelt. Die Frauenbeteiligung lag bei 47%.** Nun wird das Modell auf andere Regionen des Landes ausgedehnt.



LATEINAMERIKA

- 1 In Peru konnten wesentliche Fortschritte bei der Umsetzung des vom SECO mitfinanzierten nationalen Reformprogramms in der öffentlichen Finanzverwaltung erzielt werden. Deutliche



Verbesserungen sind in den Bereichen Budgetierung und Cash-Management feststellbar. Das Wirtschafts- und Finanzministerium zeigt grosses Interesse an Reformen auch auf subnationaler Ebene.

Regierung auf nationaler und lokaler Ebene dadurch vertiefen. Die Entscheidungen der Regierungen entsprechen dadurch vermehrt den Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Der Entwurf einer neuen Verfassung im Juni 2013 widerspiegelt dies.

ASIEN

1 In der Region Malakand in Pakistan wurde die Rechtsstaatlichkeit durch Reformen gestärkt. Durch die **Unterstützung mobiler Gerichte und alternativer Ansätze zur Konfliktlösung** trug die DEZA wesentlich zu dieser Entwicklung bei.

2 In Nepal wurde der Zugang zu Gerichten für marginalisierte Bevölkerungsgruppen verbessert. Dank den Partnerorganisationen der Schweiz wurden 24 Fälle an das nationale Gericht und drei Fälle an den Hohen Flüchtlingskommissar der UNO weitergeleitet. Ausserdem unterstützte die DEZA die **rechtliche Beratung und Betreuung von 530 Arbeitsmigrantinnen und -migranten**.

3 In Laos wurden über **500 000 Familien in die Ausgestaltung der Entwicklungspläne einbezogen**, die den Zugang zu ihrem Land garantieren.

4 In Pakistan verliefen die Wahlen 2013 friedlicher als vor fünf Jahren. Die Stimmbeteiligung fiel mit 60 % deutlich höher aus als im Jahr 2008, wo sie bei 45 % lag. Die Schweiz hatte vor den Wahlen die **Ausbildung von rund 25 000 Polizeiangehörigen unterstützt**, die zum friedlichen Verlauf der Wahlen beitrugen.

5 Dank einem vom SECO mitunterstützten Programm konnten in Indonesien Verbesserungen im Bereich Transparenz in der öffentlichen Verwaltung erzielt werden. Unter anderem wurden dadurch **das öffentliche Beschaffungswesen, die Rechnungslegung und die Budgetabläufe verbessert**.

2 In Südafrika verbesserte sich der Zugang zu den Gerichten. Dank der Unterstützung der DEZA wurden **in den Townships und in ländlichen Gebieten fünfzehn neue lokale Gerichte errichtet**.



SUBSAHARA-AFRIKA

1 In Tansania trug die DEZA zur Stärkung der Organisationen der Zivilgesellschaft bei. Diese konnten ihren **Dialog mit der**

FORSCHUNG UND INNOVATION: EIN SCHLÜSSEL FÜR EINE NACHHALTIGE GLOBALE ENTWICKLUNG

Für die Verringerung von Armut und globalen Risiken sind Forschung sowie technologische und soziale Innovationen unentbehrlich.

Die Wissenschaft trägt zur Lösung von Entwicklungs- und Zukunftsproblemen bei: Sie hinterfragt und analysiert, liefert neue Erkenntnisse, fundierte Empfehlungen und schafft damit die Voraussetzung für einen klimaverträglichen Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Entwicklung aller Weltregionen.

Die DEZA und das SECO arbeiten mit hiesigen Forschungsinstitutionen genauso zusammen wie mit

zahlreichen Partnern in Osteuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika. Unterstützt werden vorab Forschungsvorhaben, die auf globale Herausforderungen wie Armut und Hunger, Ungleichheiten, Ressourcenknappheit und Umweltveränderungen in Entwicklungsregionen ausgerichtet sind.

Die Erkenntnisse der Forschung fließen in die Vorbereitung und Umsetzung von Entwicklungsprojekten ein. Die DEZA und das SECO profitieren vom Expertenwissen von Universitäten und Hochschulen, die damit zur Wirksamkeit der internationalen Zusammenarbeit beitragen.

Ein erster Forschungsmarkt in der DEZA



An einer gemeinsamen Veranstaltung der DEZA und der Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (KFPE) präsentierten Forscherinnen und Forscher im Juni 2013 innovative Produkte, die sie mit ihren Forschungspartnern aus Afrika, Asien und Lateinamerika erarbeitet haben.

Ein Spektrografieverfahren für die Messung der Bodenbeschaffenheit, Massnahmen zur Sicherstellung sanitärer Standards in Slums, Möglichkeiten zur Reduktion des CO₂-Ausstosses bei Herden oder Sensoren, um in Trockengebieten Wasser zu finden: Die vielseitigen Beispiele der ersten «Research Fair» zeigen, wie die Forschung in und mit Entwicklungs- und Schwellenländern zur Lösung von Entwicklungsproblemen beitragen kann.

Der Forschungsschwerpunkt «Nord-Süd» – eine Erfolgsgeschichte

Beim Nationalen Forschungsschwerpunkt Nord-Süd, der 2013 erfolgreich abgeschlossen wurde, arbeiteten 6 Schweizer Forschungsinstitute und 140 Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika zusammen. Die Süd-Süd-Zusammenarbeit bildete einen Schwerpunkt des Programms. Zwischen 2001 und 2013 arbeiteten weltweit rund 1250 Forscherinnen und Forscher an Lösungen für Probleme in den Bereichen Armut, Konflikt, Migration, Gesundheit, Abwasser, natürliche Ressourcen, regionale Entwicklung und Regierungsführung. Sie verfassten mehr als 2300 Publikationen, darunter über 65 Policy Briefs. Im Policy Brief Nr. 14, «Social resilience: a new approach in mitigation research», wird beispielsweise aufgezeigt,

was Malaria in Tansania, Arbeitsmigration in Pakistan und schwangere Teenager in Ghana gemeinsam haben.

Die DEZA hat den Nationalen Forschungsschwerpunkt (NFS) «Nord-Süd» während 12 Jahren mit insgesamt 42,5 Millionen Franken unterstützt.



«Die Einbindung sozialer Akteure in den gesamten Forschungsprozess ist eine Möglichkeit, nicht nur nützliche Erkenntnisse zu generieren, sondern auch verwertbare Ergebnisse zu erzielen, die in die öffentliche Politik und in die Praxis integriert werden können.»

*Elisabeth Jimenez,
Zentrum für Entwicklungsforschung (CIDES),
Bolivien*

«Wir erwarten, dass die Forschung in den nächsten Jahren originelle Antworten, neue Erkenntnisse und innovative Instrumente liefert, die den Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen globalen Entwicklung für alle unterstützen.»

Martin Dahinden,
Direktor der DEZA



r4d – Research for Development: Ein gemeinsames DEZA-SNF-Programm

Als eine Antwort auf globale Herausforderungen in der internationalen Zusammenarbeit hat die DEZA gemeinsam mit dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF) 2012 das «Swiss Programme for Research on Global Issues for Development» (r4d) lanciert. Das Programm fördert bis 2022 mit rund 100 Millionen Franken Partnerschaften zwischen Forschungsinstitutionen der Schweiz, Afrika, Asien und Lateinamerika.

Im Zentrum stehen entwicklungsrelevante Themen wie Konflikte, Beschäftigung, Ernährungssicher-

heit, Ökosysteme und Gesundheit in Armut- und Entwicklungsregionen. Bei der Beurteilung von Forschungsgesuchen werden die wissenschaftliche Qualität und Entwicklungsrelevanz gleichermaßen berücksichtigt. 2013 wurden die ersten Förderentscheide gefällt. In den Themen «Ursachen und Lösungsmechanismen für gesellschaftliche Konflikte unter schwachen staatlichen Institutionen» und «Beschäftigung im Kontext der nachhaltigen Entwicklung» werden je 3 Forschungspartnerschaftsprojekte über 6 Jahre gefördert. Die DEZA beteiligt sich mit insgesamt 72 Millionen Franken am Programm.

Forschung nutzbar machen

Im Rahmen des multilateralen Engagements der Schweiz unterstützt die DEZA die globale Agrarforschungspartnerschaft CGIAR, in der 15 internationale Forschungszentren zusammengeschlossen sind. Die Arbeit und die Erkenntnisse der CGIAR haben vielerorts zu einer positiven Entwicklung im Landwirtschaftssektor beigetragen.



«Die Umsetzung von Forschungsergebnissen (Uptake) ist eine eigenständige Disziplin, die von Anfang an in die Forschung integriert werden muss, um sicherzustellen, dass die Empfehlungen angenommen werden.»

Joanna Kane-Potaka,
Buchautorin und
ehemalige Direktorin
der Information and
Knowledge Group des
IWMI.

Dies zeigt das 2013 erschienene Buch «The Story behind the Success». Es basiert auf zehn Fallstudien, die das «International Water Management Institute» (IWMI) der CGIAR in den letzten 10 Jahren durchgeführt hat. Das Buch illustriert, mit welchen Anstrengungen die Übernahme von Forschungsergebnissen gefördert wurde und welche Wirkung erzielt wurde.



ENTWICKLUNGS- FÖRDERNDE GLOBALISIERUNG

- *Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen*
- *Erneuerbare Energien und Energieeffizienz*
- *Effiziente Ressourcennutzung*

Entwicklungsfördernde internationale Spielregeln geben auch kleinen oder armen Ländern eine Chance, ihre Rechte durchzusetzen. Die Regelwerke der Staatengemeinschaft müssen so ausgestaltet werden, dass alle ihre Rechte wahrnehmen und sich nachhaltig in den Weltmarkt integrieren können. Die Schweiz engagiert sich in den UNO-Umweltorganisationen, der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO).

Doch auch Entwicklungsländer müssen einen Beitrag leisten. Dazu gehören eine nachhaltige Nutzung der Umwelt, ein effizienter Gebrauch von Ressourcen und die Bereitstellung nicht-fossiler Energieträger.

DER KLIMAWANDEL ALS ENTWICKLUNGSHÜRDE

Entwicklungsprojekte im Klimabereich haben oft einen mehrfachen Nutzen: Sie lindern Ursachen und Folgen des Klimawandels und tragen zugleich zur Armutsreduktion bei. Das Engagement für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung zeigt dies beispielhaft. Für die internationale Zusammenarbeit der Schweiz ist die ökologische Nachhaltigkeit ein Leitprinzip.

Jährlich werden weltweit 13 Millionen Hektar Wald abgebrannt oder kahlgeschlagen – eine Fläche der dreifachen Grösse der Schweiz. Auf das Klima hat dies eine spürbare Auswirkung: Fast ein Fünftel der weltweiten Zunahme des Kohlenstoffdioxids in der Luft ist auf die Entwaldung zurückzuführen. Entwicklungsländer sind von der Abholzung besonders stark betroffen. Dabei ist der Wald gerade dort für viele Menschen eine wichtige wirtschaftliche Grundlage. Gemäss der Weltbank hängt das Auskommen von rund 400 Millionen armen Menschen von Waldressourcen ab.

Waldschutzabkommen als multilateraler Erfolg

Der Schutz der Wälder ist vom globalen Klimawandel und der Armutsbekämpfung nicht zu trennen. Dennoch wurde der Entwaldung auf internationaler Ebene lange kaum Beachtung geschenkt. Erst 2006 wurde im Rahmen der Klimakonferenz auf Bali eine Initiative lanciert, die dem rasanten Rückgang der globalen Waldfläche Einhalt gebieten sollte. Durch den sogenannten REDD-Waldschutzmechanismus wird dem im Holz gespeicherten Kohlenstoff ein wirtschaftlicher Wert zugewiesen. Lokale Gemeinschaften, Waldnutzer und Länder sollen belohnt werden, wenn



sie ihre Wälder schützen. Sie wirken dadurch nicht nur dem Klimawandel entgegen, sondern erhalten gleichzeitig die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen.

Obwohl REDD wirtschaftlich Sinn macht – die Drosselung der Entwaldung ist einer der kostengünstigsten Wege, den Treibhausgas-Ausstoss zu senken –, ist es erst an der Klimakonferenz in Warschau im November 2013 zu einem Abschluss der Verhandlungen gekommen. Ein kleiner Lichtblick in den ansonsten zähen Klimaverhandlungen.

Klima und Entwicklung

Der Klimawandel ist ein globales Phänomen. Seine Folgen sind aber besonders dort spürbar, wo der Lebensunterhalt der Menschen direkt von der Natur abhängt. Arme Länder sind häufig am stärksten betroffen, zumal sie auf die klimabedingten Herausforderungen oft ungenügend vorbereitet sind. Ihnen fehlen die finanziellen, technischen und politischen Mittel, um sich den neuen klimatischen Bedingungen anzupassen.

Dürren, Überflutungen, Hitzewellen, das Versiegen von Wasserquellen oder der Anstieg des Meeresspiegels können grosse Bevölkerungsgruppen vor riesige Probleme stellen und ihre Zukunft gefährden. Der UNO-Klimarat befürchtet zudem, dass die

Folgen des Klimawandels – insbesondere die Verknappung von Wasser – politische Instabilität und gewalttätige Konflikte verstärken könnte.

Vielseitiges Schweizer Engagement

Im Lichte dieser Herausforderungen hat die Schweiz ihr internationales Engagement im Bereich des Klimawandels in den vergangenen Jahren ausgebaut. Das Parlament bewilligte 2011 rund 140 Millionen Franken für zusätzliche Klimamassnahmen in Entwicklungsländern. Damit sollen betroffene Regionen besser auf klimatische Änderungen vorbereitet und Treibhausgasemissionen reduziert werden. In der Mekong-Region, in Kolumbien sowie in Peru konnten beispielsweise 28 kleine und mittlere Unternehmen dank eines Programms zur Förderung von umweltfreundlicheren Produktionsweisen ihre Abfallmenge deutlich vermindern.

Die DEZA hilft zudem etwa im Hochland Perus mit, Naturkatastrophen besser vorauszusagen und deren Risiken – beispielsweise in Form von Nahrungsmittelengpässen – zu mindern. Mit der Unterstützung von Schweizer Expertinnen und Experten entwickelten China, Indien und Südafrika 2013 neue nationale Klimapolitiken und Gesetzgebungen. In Indien förderte die DEZA erneuerbare Energiequellen. Wichtiger Bestandteil dieser Projekte ist der Politikdialog: Nur wenn die zuständigen Behörden Anpassungen

«Der Klimawandel ist ein globales Phänomen. Arme Länder sind häufig am stärksten betroffen, zumal sie auf die klimabedingten Herausforderungen oft ungenügend vorbereitet sind.»



SAUBERE ENERGIE DANK REISHÜLSEN

Le Minh Truong ist Direktor einer vietnamesischen Lebensmittelfirma. Dank einem Projekt des SECO produziert er mit den überschüssigen Reishülsen saubere Energie.

200 000 Tonnen Reis produziert die Lebensmittelfirma Song Hau Food in Südvietsnam pro Jahr für den lokalen Markt und den Export. Dies erfordert eine ganze Menge Energie. Zugleich besteht ein erhebliches Potenzial, den Ressourceneinsatz und die damit verbundenen Arbeitsabläufe der Firma zu optimieren.

Zwischen 2000 und 2010 wurde mit der Unterstützung des SECO und der Organisation für industrielle Entwicklung der UNO (UNIDO) das vietnamesische Zentrum für saubere Produktion aufgebaut. Experten des Zentrums haben die Produktion von Song Hau Food umfassend analysiert. Das Ergebnis sind rund zwei Dutzend einfach umsetzbare Massnahmen, durch die die Produktivität gesteigert und der Umweltschutz verbessert werden kann.

Dazu gehört die Verwertung der überschüssigen Reishülsen zur Energiegewinnung. Für die Firma von Le Minh Truong zahlt sich das aus: Song Hau Food kann durch diese Massnahme jährlich über 230 000 Kilowattstunden Energie sparen. Dies entspricht 15 000 Dollar oder 140 Tonnen CO₂-Emissionen.

«Wir sind sehr dankbar für die Unterstützung», sagt Le Minh Truong. «Durch sie konnten wir unsere Produktion deutlich steigern. Gleichzeitig belasten wir die Umwelt weniger.»

Bereits fasst der Direktor weitere Anpassungen ins Auge: Mit Bio-Abfällen will er die benötigte Wärme erzeugen, um seinen Reis zu trocknen – ein vielversprechendes Unterfangen, durch das er jährlich rund 500 000 Dollar sparen kann.





politisch mittragen, können sie nachhaltig wirken. In Asien und Afrika unterstützt die DEZA zwei regionale Entwicklungsprogramme zur Stärkung der Rolle des Waldes in den Klimastrategien der jeweiligen Länder. Das SECO legt den Hauptfokus auf die Ursachenbekämpfung des Klimawandels. Die Reduktion von Treibhausgasemissionen, eine Verbesserung der Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien sind wichtige Beispiele des Engagements. Zudem setzt sich das SECO in internationalen Institutionen wie der Weltbank dafür ein, dass der Kampf gegen den Klimawandel gestärkt und die Förderung des Wirtschaftswachstums mit ökologischen Leitplanken versehen wird.

Entwicklungszusammenarbeit mit mehrfachem Nutzen

Oft zahlen sich Projekte im Klimabereich mehrfach aus: Sie bekämpfen die Ursachen und lindern die Folgen des Klimawandels; gleichzeitig tragen sie zur Armutsreduktion und zur Sicherung der Lebensgrundlagen bei. Dies zeigt die Umstellung auf nachhaltige Waldbewirtschaftung in Brasilien: Der Rückgang der landesweiten Entwaldung um 80% ging mit einer massiven Verminderung der extremen Armut einher. Die DEZA wendet für Projekte im Waldbereich weltweit jährlich rund 10 Millionen Franken auf.

Globale Lösungen gefordert

Angesichts der globalen Bedeutung des Klimawandels reicht ein Engagement auf lokaler Ebene nicht aus. Die Schweiz beteiligt sich aktiv an den internationalen UNO-Klimaverhandlungen und engagiert sich für faire und verbindliche politische Rahmenbedingungen für Entwicklungsländer. Gemeinsam mit dem Bundesamt für Umwelt setzen sich die DEZA und das SECO für den Abschluss eines neuen Klimavertrags ein, der 2015 in Paris verabschiedet werden soll.

Die Ergebnisse der Verhandlungen blieben bisher weit hinter den Erwartungen zurück. Insbesondere die Finanzierung von Anpassungen an den Klimawandel erweist sich als Knacknuss. Schätzungen zufolge sind bis zu 67 Milliarden Dollar nötig, um allein in ärmeren Entwicklungsländern die schlimmsten Folgen des Klimawandels spürbar aufzufangen. Ein Scheitern der Verhandlungen hätte fatale Folgen – für die Entwicklungsländer genauso wie für die Industriestaaten. Was heute verpasst wird, kann später nicht so schnell korrigiert werden. Der Wald zeigt dies eindrücklich: Ein Baum ist rasch gefällt, bis er aber seine volle Grösse erreicht hat, dauert es Dutzende oder gar Hunderte von Jahren.

«Oft zahlen sich Projekte im Klimabereich mehrfach aus: Sie bekämpfen die Ursachen und lindern die Folgen des Klimawandels; gleichzeitig tragen sie zur Armutsreduktion und zur Sicherung der Lebensgrundlagen bei.»

SYNERGIEN NUTZEN DURCH NETZWERKE

Die DEZA und das SECO setzen seit über zwanzig Jahren Projekte im Klimabereich um. Sie verfügen dadurch über einen reichen Wissens- und Erfahrungsschatz, auf den sie bei aktuellen und künftigen Vorhaben zurückgreifen können.

Der Austausch über Kontinente hinweg ist aber nicht immer einfach: Das Potenzial für Synergien und einen Wissenstransfer etwa zwischen den Andenländern, den Bergregionen der Schweiz und den Himalaya-Gebieten ist riesig – doch es muss auch genutzt werden. Hierzu hat die DEZA vor fünf Jahren thematische Netzwerke ins Leben gerufen.

Das Netzwerk Klimawandel und Umwelt der DEZA bringt über 200 Mitglieder aus dem In- und Ausland zusammen. Es umfasst nebst Fachkräften in den DEZA-Kooperationsbüros und an der Zentrale auch externe Fachleute und Partnerinstitutionen. Sachverständige vor Ort haben dadurch die Möglichkeit, sich mit Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern und Kontexten auszutauschen. Dadurch werden Erfahrungen und Kompetenzen gebündelt und erweitert.

Jüngst haben die Mitglieder des Klima-Netzwerks eine Wegleitung zum Umgang mit Umwelt- und Klimarisiken erarbeitet («CEDRIG»). Der praxisorientierte Leitfaden ist frei zugänglich und ermöglicht auch anderen Institutionen die Verwertung der Erfahrungen und der Expertise des Netzwerks. Die OECD hat den Leitfaden als gutes Beispiel für die Integration von Umwelt- und Klimarisiken in humanitäre und entwicklungspolitische Programme hervorgehoben.

Auch das SECO verfügt über Netzwerke, unter anderem für den Themenschwerpunkt Klima. Die Aktivitäten in diesem Bereich haben transversalen Charakter. Das Netzwerk Klima des SECO übt eine wichtige Koordinationsfunktion aus zwischen den Ressorts, die sich mit der Thematik befassen. Durch den Austausch und die Vernetzung verschiedener Optiken können Klimafragen ganzheitlicher und effektiver angegangen werden.



BIENEN, BÄUME UND BERGBÄCHE: ENTSCHÄDIGUNG FÜR DEN SCHUTZ VON WASSEREINZUGSGEBIETEN

Der bolivianische Bergbauer Diovigildio Ayala wird von der Stiftung Natura, die von der DEZA unterstützt wird, für den Erhalt natürlicher Wasserspeicher entschädigt. Geld will er dafür nicht – er lässt sich lieber mit Bienen bezahlen.



Diovigildio Ayala wuchs an den rauen Hängen des bolivianischen Santa-Cruz-Tals auf. Dort lernte er von Kind auf den Wert von Bienen als Pflanzenbestäuberinnen, Honigproduzentinnen und Einnahmequelle schätzen. Heute ist er Bergbauer in dieser Region, die als Wasserlieferant für die Menschen weiter unten im Tal dient.

Damit auch die Menschen talabwärts von sauberem und frischem Wasser profitieren, versucht Natura mit Hilfe der DEZA die Unterstützung der Gemeinden für ein Programm zu gewinnen, das Bauern für die Erhaltung von natürlichen Wasserspeichern wie Auland oder Wälder entschädigt. Die Steuerzahler weiter unten im Tal zahlen in einen Wasserfonds ein, mit dem die Landeigentümer flussaufwärts für ihre Bemühungen entschädigt werden.

Natura bot auch Ayala eine finanzielle Entschädigung dafür an, dass er seine Anbaumethoden anpasst und das Einzugsgebiet des Wassers schützt. Geld wollte er aber nicht – lieber liess er sich mit Bienen bezahlen. «Wenn ich Bolivianos bekomme, gebe ich sie sowieso gleich wieder aus», sagt Ayala. «Ich will mit diesen Zahlungen etwas Bleibendes schaffen.»

Natura legt grossen Wert darauf, dass die Projekte nachhaltig sind. In den letzten acht Jahren wurde das Modell weiterentwickelt und auf andere Teile des Tals ausgedehnt. Auf diese Weise trägt Natura dazu bei, dass rund 1,5 Millionen Menschen von sauberem Wasser profitieren und die Bergbauern besser vor Rodungen geschützt sind. Das Programm könnte zukunftsweisend für die Andenregion sein.



«ENTWICKLUNG UND UMWELTSCHUTZ MÜSSEN HAND IN HAND GEHEN»

Janine Kuriger arbeitet für die DEZA im indischen Neu-Delhi als Direktorin Kooperation zum Thema Klimawandel.



Neu-Delhi zählt zu den Städten mit der grössten Luftverschmutzung weltweit. Woran liegt das?

Die Ursachen sind zahlreich: Autoabgase, Diesel-Generatoren, Kohlekraftwerke, offene Feuer zum Schutz vor Kälte im Winter. Die Luftverschmutzung beeinträchtigt nicht nur die Gesundheit, sondern auch das Klima. Die in unvollständigen Verbrennungsprozessen freigesetzten Feinstaubpartikel absorbieren das Sonnenlicht und tragen zur Erwärmung bei. Feinstaub wird auch mit dem Gletscherrückgang im Himalaya in Verbindung gebracht. Die Ablagen auf dem Eis führen dazu, dass mehr Sonnenstrahlen absorbiert werden und das Eis schneller schmilzt.

Ist sich die Lokalbevölkerung dieser Problematik bewusst?

Teilweise ist ein Bewusstsein vorhanden. Für viele steht aber die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen

Situation im Vordergrund. Die Herausforderung besteht darin, Wege zu finden, damit die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und der Umweltschutz Hand in Hand gehen können. Hier setzt auch unser Klimaprogramm an.

Welche Kompetenzen der Schweiz im Klimabereich sind auch in Indien nützlich?

In der Klimaforschung und im Energiebereich bringt die Schweiz ausgewiesene Expertise mit. Wir unterstützen deshalb u. a. den Wissenstransfer zwischen Forschern, Behörden und dem Privatsektor in Fragen der Glaziologie und des energieeffizienten Bauens. Im Gebäude- und KMU-Sektor spielen wir dort aufgrund unserer langjährigen und anerkannten Erfahrung auch eine führende Rolle in der Geberkoordination.



RESULTATE 2013

NORDAFRIKA, NAHER UND MITTLERER OSTEN

1 Die von der DEZA lancierte «Blue Peace Initiative» stiess in Libyen, Jordanien, Syrien, der Türkei und im Irak einen **politischen Dialog zum grenzüberschreitenden Wassermanagement an**.

LATEINAMERIKA

1 Die DEZA unterstützt das Prinzip des Wasserfussabdrucks («Water Footprint»). In Peru und in Chile konnten dadurch zahlreiche Unternehmen für das Konzept des Wasserfussabdrucks gewonnen werden, das **eine effizientere Wasserbewirtschaftung** möglich macht.

ASIEN

1 Über die «Green Credit Line» unterstützte das SECO in Vietnam Massnahmen wie die **Ablösung veralteter Produktionslinien durch modernere, umweltfreundlichere Produktionsverfahren**. Dadurch wurden der Elektrizitätsverbrauch sowie die Treibhausgasemissionen erheblich gesenkt.



SUBSAHARA-AFRIKA

1 Über die «Interact Climate Change Facility», in welche der durch das SECO unterstützte «Swiss Investment Fund for Emerging Markets» (SIFEM) investiert, wurde in Ghana ein Energieeffizienz-Projekt unterstützt. Bis Ende 2013 wurden dadurch insgesamt **rund 0,53 Millionen Tonnen CO₂-Treibhausgasemissionen vermindert**. Dies entspricht dem CO₂-Ausstoss, der 1000 Personen bei 230 Hin- und Retourflügen zwischen Zürich und New York verursachen würde.



GLOBAL

- 1 Die Anstrengungen der DEZA für eine ökologische Landwirtschaft brachte die Afrikanische Union dazu, eine afrikaweite Initiative zu lancieren, welche **die gesunde und ausgeglichene Ernährung fördert**. Weiter sollen damit die Produktionssysteme, die aufgrund des Klimawandels stark unter Druck stehen, nachhaltiger gestaltet werden.
- 2 Das SECO unterstützt durch den SIFEM einen Fonds für nachhaltiges Forstwesen in Afrika, welcher in FSC-zertifizierte Plantagen investiert. Dadurch wurden bislang insgesamt **2,8 Millionen Tonnen CO₂-Treibhausgasemissionen eingespart**. Das entspricht dem jährlichen CO₂-Ausstoss eines kleineren Kohlekraftwerks.
- 3 Die DEZA trug durch ihr Fachwissen und ihre langjährige Erfahrung in Zentralamerika und in der Karibik dazu bei, dass der **globale Wissensaustausch zur Reduktion von Nachernteverlusten verstärkt** wurde, insbesondere im Bereich der Lagerung von Getreide und Hülsenfrüchten. In zehn afrikanischen Ländern wurden neue Initiativen in diesem Bereich lanciert.
- 4 Die Schweiz hat die internationale Debatte über die Weichenstellungen in der Post-2015-Agenda stark beeinflusst. Sie hat **als einziges Land eine Führungsrolle in zwei von elf globalen thematischen UNO-Konsultationen übernommen**. Die Position der Schweiz in den Bereichen Wasser und Bevölkerungsdynamik wurde weltweit diskutiert.
- 5 In der Mekong-Region, in Kolumbien sowie in Peru konnten 28 kleine und mittlere Unternehmen dank eines Programms zur **Förderung von umweltfreundlicheren Produktionsweisen ihre Abfallmenge vermindern**. Dadurch wurden im Jahr 2013 rund 220 Tonnen CO₂-Emissionen eingespart. Dies entspricht den Emissionen, die eine Person verursacht, wenn sie rund 440 mal die Strecke Zürich-Athen retour fliegt.
- 6 Die DEZA half mit, die **Selbstevaluationen ihrer multilateralen Partner zu optimieren**. Unter anderem wurde im UNO-Bevölkerungsfonds (UNFPA) ein unabhängiges Evaluationsbüro aufgebaut, bei der UNICEF wurde ein Evaluationssystem eingerichtet. Diese Massnahmen helfen den Institutionen, Erfahrungen und Gelerntes noch besser in ihre künftige Arbeit einfließen zu lassen.
- 7 Durch die Präsenz der DEZA im Ausschuss des «Green Climate Fund» sowie in den «Geneva International Finance Dialogues» konnte die Schweiz den Privatsektor stärker in die **multilateralen Verhandlungen zur Klimafinanzierung im Bereich Energie** einbinden.
- 8 Als Mitglied des Verwaltungsrats von diversen internationalen Organisationen konnte die Schweiz aktiv dazu beitragen, die **Gleichstellung der Geschlechter in den Organisationen der UNO** und der Weltbank zu festigen und zu stärken.
- 9 Die DEZA unterstützte innovative Projekte in der landwirtschaftlichen Beratung. Durch Einbezug von neuen Kommunikationstechnologien wie Mobildienste oder Bauer-zu-Bauer-Videos konnten **Bäuerinnen und Bauern stärker in die landwirtschaftliche Forschung und Beratung eingebunden** werden und damit ihre Produktion verbessern.
- 10 Mit Unterstützung von Schweizer Expertinnen und Experten entwickelten China, Indien und Südafrika **neue nationale Klimapolitiken und Gesetzgebungen**.
- 11 Die DEZA setzte sich in Partnerschaften mit dem Thinktank «Forest Trend» und dem globalen Netzwerk «Katoomba Group» für eine internationale Initiative ein, die **höhere Investitionen und Vergütungen für Leistungen von grenzüberschreitenden Wassereinzugsgebieten** vorsieht.
- 12 Die DEZA lancierte zusammen mit der Weltbank eine globale Plattform der Wissenspartnerschaft im Bereich Migration und Entwicklung («KNOMAD»). Das Projekt wird auf einer zentralen Dialogplattform Staaten und anderen Akteuren **Studien, Datensätze sowie Instrumente der Politikentwicklung zur Verfügung stellen und neues Wissen generieren**.





*Sunda Kalepa ist der älteste Hafen der indonesi-
schen Hauptstadt Jakarta. Für rund 17 000 Inseln
um Java stellt er ein Tor zur Welt dar. In traditionel-
len Booten werden von hier aus Waren zwischen
den Inseln und der Hauptstadt gehandelt. Wirt-
schaftliches Gedeihen und ein Wachstum, das breite
Bevölkerungsschichten einschliesst, sind zentral
für die armutsmindernde Entwicklung.*

*Das Globalprogramm Finanzen und Handel setzt
sich dafür ein, dass die globalen und nationalen
wirtschaftlichen Spielregeln möglichst entwick-
lungsfreundlich und nachhaltig gestaltet werden:
Zentral sind dabei die Überwindung von Handels-
barrieren, die Nutzung von geistigem Eigentum,
die Optimierung der Rahmenbedingungen für
produktive Investitionen sowie die Förderung des
Technologietransfers. Eine weitere Priorität ist
die Gestaltung eines fairen und effizienten Steuer-
systems.*





Partnerschaften Schweiz

KOMPETENZEN ALS GRUNDLAGE FÜR PARTNERSCHAFTEN

Entwicklungszusammenarbeit ist wirksam, wenn sie zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen beiträgt und neue Handlungsoptionen schafft. Dies erfordert verschiedene Akteure, deren Wissen und Erfahrung sich ergänzen.

Partnerschaften mit eigenständigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und der Schweizer Privatwirtschaft sind eine wichtige Komponente in der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Durch die operationelle Zusammenarbeit und den thematischen Austausch mit NGOs und Firmen können Erfahrungen, Wissen und Kompetenzen gebündelt werden. Die Partnerschaften sind eine Investition in die entwicklungspolitischen Kompetenzen dieser Akteure und unterstützen soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen.

Wissen als Kernelement

Die Vertiefung von Wissen, die kritische Auseinandersetzung mit gemachten Erfahrungen und die Förderung von Lernprozessen gehören zum Kern der Partnerschaften der DEZA und des SECO mit schweizerischen NGOs. Die Partnerschaften zielen auch darauf, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in den Partnerländern, wie etwa Bauernverbände oder soziale Bewegungen, ihr analytisches Wissen vertiefen. Dies erlaubt es ihnen, benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren, damit sie Grunddienstleistungen oder die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards einfordern. Die lokalen Organisationen werden so in ihrer Fähigkeit gestärkt, Lösungsvorschläge zu formulieren und in Verhandlung mit staatlichen Entscheidungsträgern zu treten.

Schweizer NGOs haben in diversen Bereichen einmalige Kompetenzen entwickelt und Innovationen in der Praxis umgesetzt. Dazu zählen etwa verbesserte lokale Gesundheitsinformationssysteme oder erzieherische Formen der Kinder- und Jugendjustiz. Sie haben Kompetenzen an lokale Partner weitervermittelt und so zur Verankerung der Lösungen beigetragen. Dieses Praxiswissen stellt ein zentrales Element in den Partnerschaften dar.

Private Investitionen als Chance

Auch die Investitionen von Firmen haben einen wichtigen Einfluss auf die Entwicklung der Partnerländer.

Zusammen mit verschiedenen Unternehmen arbeiten die DEZA und das SECO deshalb auf ein gemeinsames Ziel hin: die Gestaltung einer sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Entwicklung, zu der alle beitragen und von der alle profitieren. Hierzu pflegt die Schweiz mit diversen Firmen einen strategischen Dialog über Entwicklungsfragen und geht in den Partnerländern entsprechende operationelle Partnerschaften ein.

In Kolumbien etwa werden Unternehmen durch öffentlich-private Entwicklungspartnerschaften dabei unterstützt, ihren Wasserfussabdruck zu verringern. Dies schont nicht nur die natürliche Ressource Wasser, sondern wirkt sich auch positiv auf Wasserverschmutzung und -konsum im Produktionsprozess aus. Die Partnerschaft stellt ferner einen wichtigen wissenschaftlichen Beitrag zur Entwicklung einer ISO-Norm zum Wasserfussabdruck dar.

Durch diese Partnerschaften erhält die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit Zugang zu Kompetenzen und Ressourcen, die es ihr erleichtern, dauerhaft und effizient auf die Entwicklung eines Landes Einfluss zu nehmen. Gleichzeitig profitieren auch die Unternehmen von diesen Erfahrungen. Sie wissen, dass erfolgreiche Geschäfte auf Dauer nur in einem stabilen, sich nachhaltig entwickelnden Umfeld möglich sind.

Partnerschaften gewinnen an Gewicht

Ein Blick auf die entwicklungspolitischen Herausforderungen verrät, dass der Vertiefung und dem Transfer von Wissen künftig eine wichtige Rolle zukommen wird. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staat, Zivilgesellschaft, Forschung und Privatwirtschaft gewinnt somit an Bedeutung.

Gleichzeitig steigen damit auch die Anforderungen an die Kompetenzen der Beteiligten. Dies bedingt, dass die Interaktion zwischen diesen Akteuren sowie Raum für Innovation gefördert werden.



Multilaterale Zusammenarbeit

MEHR ALS DIE SUMME IHRER TEILE

Wirkungsvolle Antworten auf die zunehmend komplexen und vernetzten Herausforderungen der internationalen Zusammenarbeit erfordern ein gemeinschaftliches Vorgehen. Multilaterale Organisationen spielen hierbei eine zentrale Rolle. Die Schweiz leistet einen wichtigen Beitrag zu deren Arbeit und Wirksamkeit.

Multilaterale Organisationen sind in der internationalen Zusammenarbeit zentrale Akteure. Sie verfügen über das nötige technische und finanzielle Volumen, das Gewicht und die Erfahrung, um auf nationaler und internationaler Ebene Massnahmen erfolgreich zu koordinieren und umzusetzen.

Die Schweiz ist ein aktives Mitglied verschiedener multilateraler Organisationen und leistet einen Beitrag zur gemeinschaftlichen Lösung globaler Probleme, zur Bekämpfung von Not und Armut und zur Bewältigung von Krisen. Sie ist in den Leitungs- und Aufsichtsorganen der internationalen Finanzierungsinstitutionen und UNO-Organisationen vertreten, die sie mit finanziellen Beiträgen unterstützt.

Mitarbeit bei neuen Strategien

Auf multilateraler Ebene war das Jahr 2013 geprägt von der Wiederauffüllung der konzessionellen Fonds der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) und des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfDF). Diese Fonds dienen der Finanzierung von Entwicklungsprogrammen. 2013 wurde ausserdem eine neue Weltbank-Strategie verabschiedet. Sie orientiert sich hauptsächlich am Ziel, die extreme Armut weltweit zu überwinden sowie einen Wohlstand zu fördern, an dem alle, insbesondere auch die Ärmsten, teilhaben.

Mehrere UNO-Institutionen – darunter das Entwicklungsprogramm (UNDP), der Bevölkerungsfonds (UNFPA) sowie das Kinderhilfswerk (UNICEF) – verabschiedeten 2013 neue strategische Rahmenpläne. Die Schweiz hatte sich in den vorbereitenden Diskussionen aktiv engagiert und vermochte zahlreiche thematische und institutionelle Schwerpunkte einzubringen. Neben dem Fokus auf die ärmsten und verletzlichsten Menschen gehören dazu eine verstärkte Ausrichtung auf Themen wie Fragilität, Gouvernanz, Gesundheit und die Gleichstellung der Geschlechter.

Die verstärkte thematische Konzentration sowie die Nutzung von Synergien soll es den multilateralen Organisationen erlauben, gezielter auf die gewünschten Resultate hinzuarbeiten.

Wirksamkeit verbessern

Die Wirksamkeit der Arbeit der multilateralen Organisationen vor Ort gehört zu den Prioritäten der DEZA und des SECO. Sie setzten sich aktiv für eine bessere Koordination in den Einsatzgebieten zwischen den UNO-Organisationen und der Weltbank ein und leistet damit einen Beitrag zur wirksameren Zusammenarbeit. Im Jemen konnte mit Unterstützung der Schweiz beispielsweise ein gemeinsamer Ergebnisrahmen zwischen den Gebern, den multilateralen Organisationen und der Regierung für die Entwicklungszusammenarbeit definiert werden. Dank ihrer langjährigen Unterstützung konnte die Schweiz zudem aktiv zu einer Reform des operativen Entwicklungssystems der UNO beitragen. Die vereinbarten Massnahmen werden die Wirksamkeit und Kohärenz des Systems an der UNO-Zentrale in New York und im Feld verbessern.

Ausserdem leistete die Schweiz 2013 neuerlich einen aktiven Beitrag an das Netzwerk zur Bewertung der Leistungsfähigkeit multilateraler Organisationen (MOPAN). Dieses internationale Gebernetzwerk hat zum Ziel, die Kapazitäten der internationalen Organisationen zur Messung ihrer Wirksamkeit zu verbessern. Als Mitglied der Taskforce war die Schweiz 2013 wesentlich an einer Neuausrichtung des Netzwerks beteiligt, die auf eine Qualitätssteigerung bei den Evaluationen der multilateralen Institutionen abzielt.

Die Mitglieder der Beratenden Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit besuchten 2013 die Weltbank und die für die Schweiz prioritären Fonds und Programme der UNO. Sie zeigten sich über die Arbeit der Schweiz in diesen multilateralen Organisationen beeindruckt und hielten fest, dass die



Bangladesch ist vom Anstieg des Meeresspiegels besonders stark betroffen. Die beiden Frauen blicken auf ein überschwemmtes Flussbett in Khulna, ein regelmässig von Hochwassern heimgesuchtes Gebiet im Südwesten des Landes. Die Folgen der Klimaveränderung führen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu mehr Armut, Hunger und Naturkatastrophen.

Solche globalen Herausforderungen stehen im Fokus des Globalprogramms Klimawandel. Mit der Förderung des Zugangs zu nachhaltigen Energieformen sowie der Anpassungsfähigkeit an veränderte Umweltbedingungen leistet das Programm einen Beitrag zur Armutsreduktion und trägt zu einer klimaverträglichen Entwicklung bei.



CONTROLE SU
HIPERTENSION
ARTERIAL

359448

660
N
LY
7

66

Auf dem Markt in der peruanischen Hauptstadt Lima wartet ein Mann mit Waage und Blutdruckmessgerät auf Kundschaft. Eine angemessene, einfach zugängliche Gesundheitsversorgung bleibt in vielen Entwicklungsländern eine zentrale Herausforderung.

Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz setzt sich im Gesundheitsbereich dafür ein, dass Entwicklungsländer in der Lage sind, ihrer Bevölkerung erschwingliche und qualitativ gute Gesundheitsdienstleistungen anzubieten. Sie stützt sich dabei auf ihre langjährige Erfahrung in diesem Sektor sowie auf die Expertise von Forschungsinstitutionen, spezialisierten Hilfswerken und der Industrie.

Schweiz ihren Handlungs- und Gestaltungsspielraum auf multilateraler Ebene sehr gut nutzt.

Multilaterale humanitäre Hilfe

Wie in vergangenen Jahren wurden 2013 zwei Drittel des humanitären Budgets für multilaterale Aktivitäten eingesetzt. Die Schweiz trägt damit in vielen Ländern dazu bei, Leben zu retten und Leid zu lindern. Sie unterstützt ihre multilateralen Partner mit Finanzbeiträgen und technischem Knowhow, insbesondere in Syrien und den umliegenden Ländern, im Sudan und im Südsudan, in Zentralafrika, in Mali und in der Region am Horn von Afrika. Gerade in fragilen Kontexten ist Nothilfe oft nur über multilaterale Partner möglich. Die Schweiz beteiligte sich 2013 an Nothilfeprojekten für rund 19 Millionen Menschen. Ein wichtiger Partner der Schweiz ist das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). Im Jahr 2013 unterzeichneten Bundesrat Didier Burkhalter und der IKRK-Präsident Peter Maurer eine Vereinbarung, um die Zusammenarbeit zu stärken. Dadurch werden der jetzt schon enge Dialog in Bereichen wie dem humanitären Völkerrecht sowie der Austausch von Wissen und Knowhow im operativen Bereich und der multilateralen Zusammenarbeit weiter vertieft.

Neutralität, Unabhängigkeit, Unparteilichkeit

Die Schweiz leistete Finanz- und Sachbeiträge, stellte den multilateralen Organisationen aber auch Spezialisten und Spezialisten zur Verfügung. Als Mitglied der UNO-Organisationen setzte sich die Schweiz aktiv für das humanitäre Völkerrecht und die Wahrung der humanitären Grundsätze Neutralität, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit ein.

Auch 2013 unterstützte die Schweiz zusammen mit 41 anderen Geberländern die Förderung von «Good Humanitarian Donorship»-Prinzipien, deren Ziel die Sicherstellung möglichst kohärenter und koordinierter Hilfeleistungen ist.

Wer sind die prioritären multilateralen Partnerorganisationen der Schweiz?

UNO-Organisationen: **UNDP** – Entwicklungsprogramm, **UNICEF** – Kinderhilfswerk, **UNRWA** – UN-Agentur für palästinensische Flüchtlinge, **UNFPA** – Bevölkerungsfonds, **UNHCR** – Flüchtlingskommissariat, **WHO** – Weltgesundheitsorganisation, **UNAIDS** – Programm zu HIV/Aids, **WFP** – Welternährungsprogramm, **UNWOMEN** – Entwicklungsfonds für Frauen, **UNISDR** – Sekretariat der Vereinten Nationen zur Internationalen Strategie für Katastrophenvorsorge

Internationale Finanzierungsinstitution: **IDA** – Internationale Entwicklungsorganisation der Weltbank, **AfDB** – Afrikanische Entwicklungsbank, **AsDB** – Asiatische Entwicklungsbank, **IDB** – Interamerikanische Entwicklungsbank, **IFAD** – Internationaler Agrarentwicklungsfonds

Weitere internationale Organisationen und Netzwerke: **GFATM** – Globaler Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria, **CGIAR** – Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung, **IKRK** – Internationales Komitee des Roten Kreuz, **IFRC** – Internationale Föderation der Rotkreuz- und Roter Halbmond Gesellschaften



«DAS ENDE DER STRAFLOSIGKEIT MUSS IM ZENTRUM STEHEN»

Mit Hilfe des von der DEZA mitfinanzierten UN Women Trust Fund to End Violence Against Women erhalten etwa in Kenia Netzwerke aus Medizinerinnen, Polizei und Justiz erstmals Schulungen zur Bekämpfung sexueller Gewalt.



Jedes Jahr werden in Krisengebieten Zehntausende Opfer sexueller Gewalt. Trotzdem gelingt es nur selten, die Täter vor Gericht zu bringen. Die Straflosigkeit der Täter erschwert den Kampf gegen sexuelle Gewalt und verstärkt das soziale Stigma, das auf den Opfern lastet. «Sich zu öffnen und zu erzählen, was dir passiert ist – das ist das schwierigste. Alle werden dich anders sehen, dich von der Gesellschaft ausgrenzen,» sagt Wangu, die Opfer einer Vergewaltigung wurde. Selbst wenn die Betroffenen den Mut dazu finden, die Täter anzuzeigen, ist die Chance gross, dass die Justiz versagt oder die nötigen Beweise fehlen.

Die DEZA unterstützt über den UN Trust Fund ein Projekt von Physicians for Human Rights (PHR), das genau diesem Problem entgegenwirkt. Über 350 Ärztinnen, Polizisten, Anwälte und Richterinnen wurden

bisher geschult. «Wir hatten keine Ahnung, wie die anderen Departemente arbeiten», sagt ein Arzt nach einem der Trainings. «Nun verstehe ich, wie ich die Beweise dokumentieren muss, sodass sie vor Gericht verwendet werden können. Wir arbeiten alle zusammen.»

Letztes Jahr hat PHR eine App für Mobiltelefone eingeführt, die es Ärztinnen erleichtert, medizinische Beweise richtig zu dokumentieren und so zu übertragen, dass alle juristischen Anforderungen erfüllt sind. «Unser grösstes Problem sind die fehlenden Beweise», sagt Michael Sang, ein Staatsanwalt aus Kenia. «In Zukunft werden wir diese Beweise liefern können und endlich Verurteilungen erreichen. Das Land wird einen Sinn für Gerechtigkeit bekommen!»

DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT (DEZA)

Die DEZA ist die Agentur für internationale Zusammenarbeit des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Ihre Aktivitäten gliedern sich in folgende Bereiche:

Die **Regionale Zusammenarbeit** unterstützt in Schwerpunktländern in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie in ausgewählten Konfliktländern und -regionen die Eigenanstrengungen von Organisationen und Menschen, ihre Armut- und Entwicklungsprobleme zu bewältigen. Die regionalen Entwicklungsbanken sind dabei wichtige Partner.

Die **Zusammenarbeit mit Osteuropa und der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)** unterstützt politische und wirtschaftliche Reformprozesse im Westbalkan, in der Kaukasusregion sowie in Zentralasien. Gemeinsam mit dem SECO setzt sie den Erweiterungsbeitrag an die neuen EU-Mitgliedstaaten um.

Im Rahmen der **Globalen Zusammenarbeit** wirkt die Schweiz mit inhaltlichen und finanziellen Beiträgen in UNO-Organisationen, internationalen Finanzierungsinstitutionen (Weltbank, Regionalbanken) und in globalen Netzwerken mit. Die DEZA leistet mit den Globalprogrammen einen Beitrag zur Bewältigung globaler Risiken wie Klimawandel, Ernährungsunsicherheit, Wasserknappheit und Migration, welche die Entwicklungsperspektiven armer Länder stark beeinflussen.

Die **Humanitäre Hilfe** des Bundes mit dem Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe (SKH) rettet Leben und lindert Leiden durch Nothilfe und Wiederaufbau nach Naturkatastrophen und in Konfliktgebieten. Sie unterstützt Präventionsmassnahmen und setzt sich insbesondere für die Opfer von Krisen und Konflikten ein.

Die DEZA finanzierte per Ende 2013 insgesamt 1651 Vollzeitstellen, 365 davon in der Schweiz. Von den 1286 Stellen im Ausland waren 1151 durch Lokalangestellte besetzt. Die eingesetzten Mittel betragen 2013 2 Milliarden Franken. Direktor der DEZA ist Martin Dahinden.

STAATSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT (SECO)

Das SECO ist Teil des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF). Der Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung konzipiert wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen mit ausgewählten fortgeschrittenen Entwicklungs- und Transitionsländern sowie den neuen EU-Mitgliedstaaten (Erweiterungsbeitrag) und setzt diese um.

Hauptziel des Bereichs ist die **Förderung eines wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen Wachstums**, welches neue Arbeitsplätze schafft, eine höhere Produktivität begünstigt und zur Minderung von Armut, Ungleichheiten und globalen Risiken beiträgt. Der Bereich koordiniert zudem die Beziehungen der Schweiz zur Weltbankgruppe, zu den regionalen Entwicklungsbanken und den Wirtschaftsorganisationen der UNO.

Um die **Integration der Partnerländer in die Weltwirtschaft** zu fördern und ihre **Wettbewerbsfähigkeit** zu **steigern**, konzentriert der Leistungsbereich seine Aktivitäten auf die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, den Ausbau städtischer Infrastruktur und Versorgung, die Unterstützung des Privatsektors und Unternehmertums, die Förderung des nachhaltigen Handels und die Stimulierung eines klimafreundlichen Wachstums.

Das SECO wird von Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch geleitet. Der Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanzierte per Ende 2013 insgesamt 186 Vollzeitstellen, 89 davon an der Zentrale, 19 Stellen im Ausland und 78 Lokalangestellte. 2013 investierte er 300 Millionen Franken. Geleitet wird der Bereich von Botschafterin Beatrice Maser.

Statistik 2013

Internationale Zusammenarbeit der Schweiz



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Öffentliche Entwicklungshilfe (APD)

- Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) umfasst gemäss internationaler Definition alle Finanzströme an Entwicklungsländer und -regionen (zurzeit 148) sowie an multilaterale Entwicklungsorganisationen, die: (i) aus dem öffentlichen Sektor stammen; (ii) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen; (iii) zu Vorzugskonditionen gewährt werden.
- Die Leistungen der Geberländer des Entwicklungshilfesausschusses (DAC) der OECD werden in der Regel anhand der Prozente der APD bezogen auf das Bruttonationaleinkommen (BNE) gemessen.
- Um die Vergleichbarkeit und die Transparenz der APD-Leistungen seiner 29 Mitglieder (28 Länder und die Europäische Union) sicherzustellen, hat der DAC umfassende statistische Richtlinien ausgearbeitet, welche die Berechnungsgrundlagen der Mitgliedsländer regeln. Diese Richtlinien definieren die Aktivitäten und die Beiträge, die als APD deklariert werden dürfen. Die Richtlinien werden periodisch angepasst und aktualisiert.
- Die APD der Schweiz umfasst im Wesentlichen die Ausgaben der DEZA und des SECO, der zwei Organe, die mit der Ausführung des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe und des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas beauftragt sind. Weitere Bundesämter sowie 25 Kantone und rund 200 Gemeinden beteiligen sich ebenfalls an der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Entsprechend der Berechnungspraxis des DAC berücksichtigt die Schweiz in ihrer APD seit 2003 auch die bilateralen Entschuldungsmassnahmen (im Rahmen des Pariser Klubs) und die Kosten für die Hilfe an Asylsuchende aus Entwicklungsländern während ihres ersten Jahres in der Schweiz.
- Die Gesamtheit der jährlichen Ausgaben der DEZA und des SECO, die in der Staatsrechnung aufgeführt sind, wird in den Statistiken der APD nicht automatisch abgebildet. Gemäss den internationalen Richtlinien müssen gewisse statistische Anpassungen vorgenommen werden (nicht inbegriffen sind Zahlungen an Länder oder Organisationen, die nicht auf der OECD/DAC Liste aufgeführt sind, sowie spezifische multilaterale Beiträge, die einer anderen Berechnungsmethode unterliegen, siehe Kommentar zur Tabelle 4, S. 15).
- Der Beitrag der DEZA und des SECO an die Erweiterung der Europäischen Union (EU) wird in dieser Broschüre nicht im Detail aufgeführt.

Entwicklungsfinanzierung über die APD hinaus

- Nicht-APD-Mittel nehmen einen grossen Platz in der Entwicklungsfinanzierung ein. Für die Schweiz handelt es sich dabei um private Kapitalflüsse zu Marktbedingungen (Direktinvestitionen im Ausland, Portfolio-Investitionen, garantierte Exportkredite) sowie private Spenden von Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen.

Verwendete Zeichen:

- | | |
|---|--------------------------|
| 0.0 = Betrag ist kleiner als 50 000 Fr. | p = provisorische Zahlen |
| – = Betrag ist null | r = revidierte Zahlen |
| .. = keine Angaben | |

Detaillierteres Zahlenmaterial findet sich in der jährlich erscheinenden Broschüre «Entwicklungshilfe der Schweiz» der DEZA und auf den Internetseiten der DEZA und des SECO.
www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Zahlen_und_Fakten
www.seco-cooperation.admin.ch

Statistiken per 15.05.2014

Seite 4–17

ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSHILFE (APD) DER SCHWEIZ

Seite 20–34

AUSGABEN DEZA/SECO



Tabelle 1

ENTWICKLUNG DER ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSHILFE (APD) UND DER PRIVATEN SPENDEN DER NGOs DER SCHWEIZ 1960–2013 (MIO. FR.)

	1960	1970	1980	1990
APD	15.1	130.0	423.1	1 041.4
Bund	15.1	126.4	416.7	1 025.6
Kantone und Gemeinden ^a	..	3.6	6.4	15.8
Bruttonationaleinkommen (BNE) ^b	37 066	92 570	177 270	347 228
APD in % des BNE	0.04%	0.14%	0.24%	0.30%
APD in % der Ausgaben des Bundes	0.56%	1.63%	2.38%	3.29%
APD in % der öffentlichen Ausgaben ^c	0.23%	0.64%	0.90%	1.20%
Private Spenden der NGOs	..	50.8	106.6	148.6
Private Spenden der NGOs in % des BNE	..	0.05%	0.06%	0.04%

a Schätzung für 2013.

b Definitive Angaben bis 2010, prov. für 2011 und 2012 (Angaben BFS, August 2013).

Für 2013 Schätzung der Eidgenössischen Finanzverwaltung (18.3.2014).

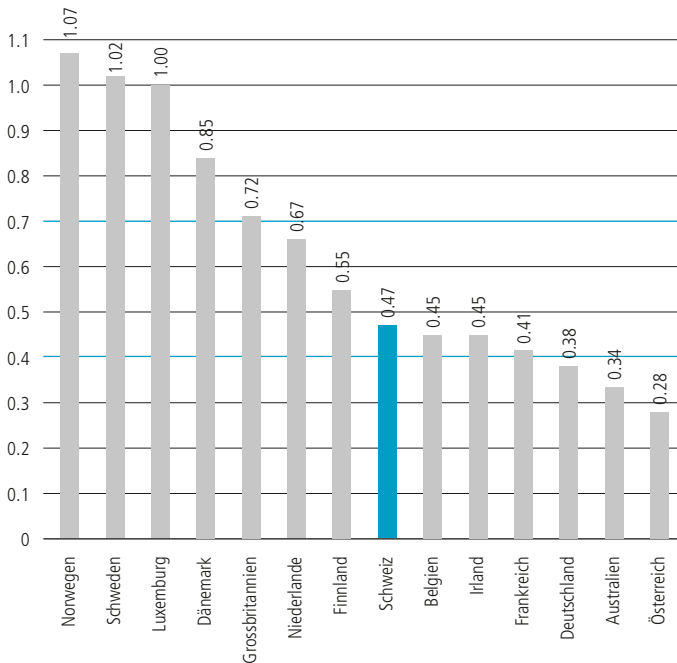
c Ausgaben der öffentlichen Haushalte, bereinigt um Doppelzählungen (BFS/EFV).

2000	2009	2010	2011	2012 ^r	2013 ^p
1 510.9	2 503.9	2 398.0	2 706.7	2 864.6	2 963.8
1 488.6	2 460.0	2 350.4	2 664.5	2 800.3	2 903.8
22.3	43.9	47.6	42.2	64.3	60.0
463 558	566 836	610 174	590 441	611 979	634 779
0.33%	0.44%	0.39%	0.46%	0.47%	0.47%
3.21%	4.30%	4.05%	4.34%	4.64%	4.65%
1.23%	1.71%	1.60%	1.70%	1.80%	1.84%
272.0	380.9	431.6	413.3	443.1	..
0.06%	0.07%	0.07%	0.07%	0.07%	..

Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz ist 2013 weiter angestiegen und erreicht 2 964 Millionen Franken. Dies entspricht gegenüber 2012 einer Zunahme von 99 Millionen Franken. Dieser Anstieg ist auf den Entscheid des Parlaments zurückzuführen, die APD bis 2015 schrittweise auf 0.5% des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. Das Wachstum der APD wurde indes durch einen reduzierten Beitrag für den Aufenthalt von Asylsuchenden in der Schweiz und durch das Ausbleiben bilateraler Entschuldungsmassnahmen verringert. Die Wachstumsrate der APD entsprach real 3.4%. Gemessen am BNE betrug der Anteil der APD 2013 gegenüber dem Vorjahr unverändert 0.47%.

Grafik 1

DIE SCHWEIZ IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2013 (APD IN % DES BNE)

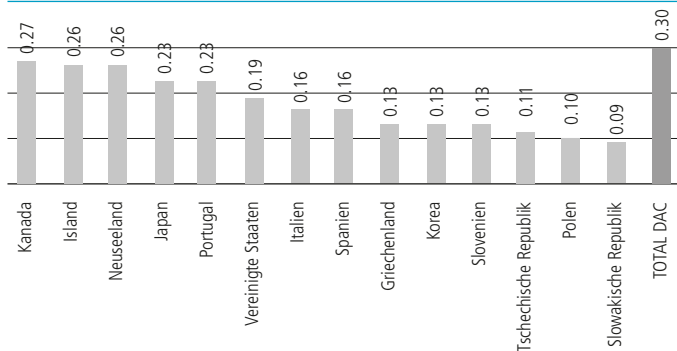


Provisorische Zahlen OECD/DAC für alle DAC-Länder vom 8. April 2014.

Nach den Rückgängen der Gesamt-APD der 28 DAC-Länder in den vergangenen zwei Jahren, erreichte diese 2013 insgesamt 134.8 Milliarden US-Dollar – den höchsten Stand bis anhin. Dies entspricht einer realen Zunahme von 6.1%. Fünf neue Länder (Island, Polen, tschechische Republik, slowakische Republik und Slovenien) sind kürzlich Mitglieder des DAC geworden und erreichen gemeinsam einen APD-Betrag von 867 Millionen US-Dollar. Fünf Länder haben das von den Vereinten Nationen 1970

Zielvorgabe der UNO: 0.7%

Durchschnittliche Leistung der Mitgliedsländer des DAC: 0.40%



festgelegte Ziel von 0.7% übertroffen, sechs weitere Länder (darunter die Schweiz) liegen oberhalb der Durchschnittsrate der DAC-Länder, welche 0.40% beträgt.

Trotz der Stagnation der APD bei 0.47% des BNE erreicht die Schweiz unter den DAC-Ländern den 8. Rang und gewinnt damit 2 Plätze (2012:10. Rang, 2011: 11. Rang).

Tabelle 2

ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSHILFE (APD) DER SCHWEIZ 2012–2013 (MIO. FR.)

Bund
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)
Humanitäre Hilfe
Entwicklungszusammenarbeit
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)
Entwicklungszusammenarbeit
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
Entschuldungsmassnahmen (Pariser Klub)
Bundesamt für Migration (BFM)
Rückkehrhilfe
Hilfe an Asylsuchende in der Schweiz
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)
Zivile Friedensförderung und Menschenrechte
Andere Beiträge
Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
Friedensfördernde Massnahmen und Sicherheit
Bundesamt für Umwelt (BAFU)
davon: Beiträge an internationale Organisationen
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI)
Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz
Andere Bundesämter
Kantone und Gemeinden ^a
Total
APD in % des Bruttonationaleinkommens (BNE)

a Schätzung für 2013.

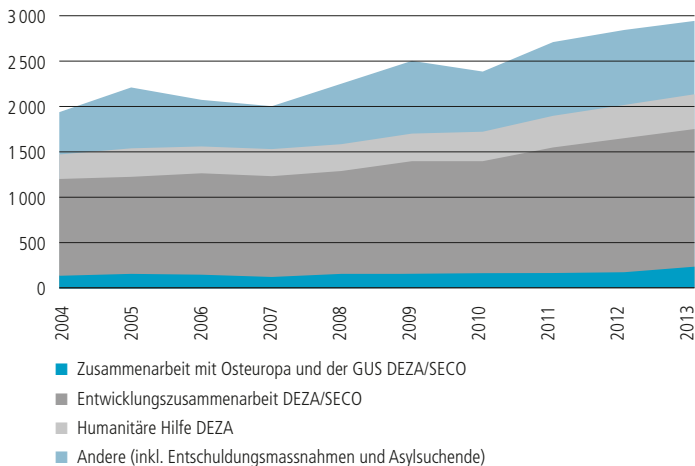
Der Anteil der Mittel der DEZA und des SECO an der APD ist von 67% im Jahr 2012 auf 74% im Jahr 2013 angestiegen. Gleichzeitig sind die Kosten für die Hilfe an Asylsuchende aus Entwicklungsländern während ihres ersten Aufenthaltsjahres in der Schweiz zurückgegangen (2013: 14% versus 2012: 21% der APD). Das Verhältnis

2013 ^p			2012 ^r		
APD bilateral	APD multilateral	Total APD	APD bilateral	APD multilateral	Total APD
2 266.0	637.7	2 903.8	2 239.2	561.1	2 800.3
1 317.2	555.5	1 872.7	1 179.9	477.0	1 656.9
346.5	39.6	386.0	301.9	35.5	337.4
842.4	515.2	1 357.6	769.9	440.6	1 210.5
128.3	0.8	129.1	108.2	0.8	109.0
328.3	3.9	332.2	271.9	8.5	280.3
240.1	3.9	244.0	185.8	8.5	194.3
88.2	–	88.2	71.8	–	71.8
–	–	–	14.2	–	14.2
436.5	–	436.5	629.8	–	629.8
19.2	–	19.2	16.3	–	16.3
417.3	–	417.3	613.5	–	613.5
107.5	30.7	138.3	97.9	26.7	124.6
70.0	17.6	87.5	62.5	17.3	79.9
37.6	13.1	50.7	35.4	9.3	44.7
46.4	–	46.4	42.8	–	42.8
46.4	–	46.4	42.8	–	42.8
4.1	37.0	41.0	4.5	36.9	41.4
3.0	37.0	39.9	4.5	36.9	41.4
6.4	–	6.4	6.2	–	6.2
6.4	–	6.4	6.2	–	6.2
19.6	10.6	30.2	6.2	12.1	18.3
60.0	–	60.0	64.3	–	64.3
2 326.0	637.7	2 963.8	2 303.5	561.1	2 864.6
		0.47%			0.47%

von bilateraler APD (75%) und multilateraler APD (25%) ist bis 2010 stabil geblieben. Seither hat es sich zugunsten der bilateralen Beiträge verschoben (78% im Jahr 2013, 80% im Jahr 2012).

Grafik 2

APD DER SCHWEIZ NACH HILFSKATEGORIEN 2004–2013 (MIO. FR.)

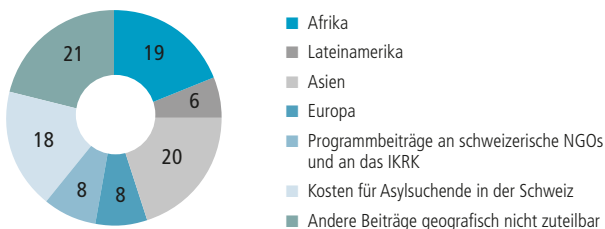


Ab 2003 wurden statistische Anpassungen eingeführt (siehe technische Anmerkungen, S. 2), die das Wachstum der APD beeinflussen und die Anteile der verschiedenen Hilfskategorien über die Jahre verändert haben:

- Der Anteil der Entwicklungszusammenarbeit der DEZA und des SECO mit den Ländern des Südens ist von 60% Anfang der 2000er Jahre auf 49% im Jahr 2012 gesunken. 2013 stieg er erneut auf 54%.
- Der Anteil der humanitären Hilfe an der APD ist im letzten Jahrzehnt von 18% auf 13% gesunken.
- Der Anteil der Ostzusammenarbeit der DEZA und des SECO ist auf 7% gestiegen (2012 und 2011: 6%).
- Die Beiträge von anderen Bundesämtern, Kantonen und Gemeinden (11%) und die Ausgaben für Asylsuchende (14%) machten im Jahr 2013 insgesamt 25% aus. 2013 wurden keine Entschuldungsmassnahmen durchgeführt. Diese Hilfskategorie ist sehr volatil und hat in den vergangenen 10 Jahren zwischen 23% im Jahr 2004 und 33% im Jahr 2012 fluktuiert.

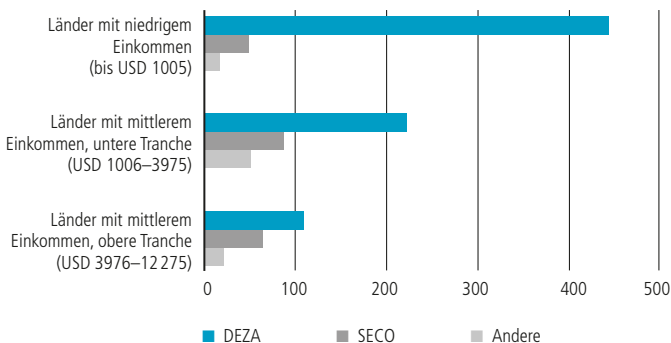
Grafik 3

AUFTEILUNG DER BILATERALEN APD NACH KONTINENTEN 2013 (IN %)



Grafik 4

BILATERALE APD NACH EINKOMMENSKATEGORIEN 2013 (MIO. FR.)



Siehe Liste der Empfängerländer nach Einkommenskategorien:

<http://www.oecd.org/dac/stats/49483614.pdf>

Tabelle 3

**GEOGRAFISCHE AUFTEILUNG DER BILATERALEN APD
NACH KONTINENTEN UND LÄNDERN 2012–2013 (MIO. FR.)**

	2013 ^p	2012 ^r
Afrika	461.1	496.1
Mosambik	32.5	34.6
Burkina Faso	31.4	34.9
Ghana	25.8	17.3
Tansania	25.3	32.7
Mali	24.4	23.1
Niger	20.3	25.3
Tunesien	19.9	16.8
Kongo (D. R.)	19.1	15.4
Tschad	17.1	16.3
Simbabwe	16.5	16.3
Südsudan	16.0	14.6
Benin	15.4	19.7
Ägypten	15.0	13.5
Somalia	11.9	7.6
Sudan	9.6	10.2
Burundi	9.5	12.2
Südafrika	7.1	6.6
Kenia	6.7	11.2
Marokko	6.6	7.7
Äthiopien	6.5	8.9
Andere Länder	30.6	64.0 ^a
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	94.1	87.0
Lateinamerika	148.7	165.5
Bolivien	25.3	32.8
Kolumbien	17.5	18.9
Peru	17.4	16.8
Nicaragua	16.6	19.7
Honduras	16.5	7.2
Haiti	14.8	15.3
Kuba	8.4	6.0
Andere Länder	2.0	14.1
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	30.2	34.6

a Inklusive bilaterale Entschuldungsmassnahmen, welche im Rahmen der Vereinbarung des Pariser Klubs ausgehandelt wurden.

	2013 ^p	2012 ^r
Asien	459.1	399.8
Nepal	39.6	37.6
Bangladesch	30.3	30.6
Tadschikistan	27.1	21.7
Vietnam	26.2	16.2
Gaza und Westbank	24.5	27.4
Afghanistan	24.2	26.6
Kirgisistan	22.1	21.4
Laos	19.5	19.4
Mongolei	18.5	14.3
Myanmar	18.2	11.4
Syrien	18.1	10.0
Pakistan	16.4	12.9
Libanon	14.1	6.9
Indonesien	12.0	12.1
Jordanien	11.5	6.6
Sri Lanka	10.4	8.0
China	10.3	9.2
Nordkorea	10.1	6.7
Georgien	9.6	9.5
Jemen	7.6	4.8
Kambodscha	7.2	5.5
Irak	6.7	5.8
Indien	6.7	10.0
Philippinen	5.9	2.0
Andere Länder	18.5	19.4
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	44.1	43.7
Europa	188.8	169.4
Kosovo	61.8	60.4
Albanien	25.6	10.6
Bosnien und Herzegowina	19.6	17.6
Serbien	16.6	19.2
Ukraine	16.0	13.9
Mazedonien	11.4	6.4
Republik Moldau	9.4	8.3
Andere Länder	0.5	1.9
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	28.0	31.2
Andere Beiträge geografisch nicht zuteilbar	1 068.3	1 072.7
Total	2 326.0	2 303.5

Tabelle 4

**MULTILATERALE APD DER SCHWEIZ NACH ORGANISATIONEN
2012–2013 (MIO. FR.)**

UNO-Organisationen
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)
UNO-Einheit für die Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (UN Women)
UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)
HIV/Aids-Programm der UNO (UNAIDS)
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)
Central Emergency Response Fund (CERF)
Spezialprogramme der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ^a
Welternährungsprogramm (WFP)
Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)
Bevölkerungsfonds der UNO (UNFPA) ^b
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)
UNO-Organisationen, Beiträge teilweise als APD anrechenbar ^c
Andere Organisationen der UNO
Internationale Finanzierungsinstitutionen
Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDF) ^d
Asiatischer Entwicklungsfonds (AsDF)
Internationale Entwicklungsagentur (IDA) ^d
Weltbank
Andere Entwicklungsfonds und -banken
Andere internationale Organisationen
Globaler Umweltfonds (GEF)
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)
Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte Genf (DCAF)
Globaler Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM)
Klima-Anpassungsfonds
Internationales Zentrum für humanitäre Minenräumung Genf (GICHD)
Andere Institutionen
Total multilaterale APD

a Ohne den allgemeinen Beitrag an die WHO, nur teilweise anrechenbar (siehe Fussnote c).

b Der allgemeine Beitrag an die UNFPA für 2013 wurde in zwei Tranchen ausbezahlt: 10.6 Mio Fr. im Jahr 2012 und 4.1 Mio Fr. im Jahr 2013.

2013 ^p	2012 ^r
195.0	193.1
60.0	54.0
21.0	20.0
14.0	14.0
12.0	12.0
11.0	8.0
10.0	5.0
9.5	7.2
7.0	5.5
5.9	5.5
5.3	4.8
4.2	4.1
4.1	24.6
2.5	2.0
23.0	22.0
5.6	4.3
345.3	279.4
52.7	43.3
12.0	13.3
252.8	198.4
12.2	12.2
15.6	12.2
97.5	88.6
28.5	28.5
15.5	14.0
10.7	10.6
10.0	8.0
10.0	–
8.1	8.1
14.6	19.5
637.7	561.1

Die multilaterale APD umfasst die allgemeinen Beiträge der DEZA sowie Beiträge anderer Bundesämter an internationale Entwicklungsinstitutionen. Der Anteil der multilateralen APD der Schweiz erreichte 2013 22%, was unter dem Durchschnittswert der DAC-Länder liegt (30%).

Die Beiträge an internationale Nichtregierungsorganisationen (einschliesslich Internationales Komitee vom Roten Kreuz – IKRK) zählen zur bilateralen APD.

Die multilaterale Zusammenarbeit stützt sich auf drei Pfeiler: Wie in den Vorjahren hat sich die multilaterale APD auf die internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) konzentriert, jedoch zu einem grösseren Anteil (54% im Vergleich zu 50% 2012). 31% der multilateralen APD flossen an die Organisationen der Vereinten Nationen, 15% an andere internationale Organisationen.

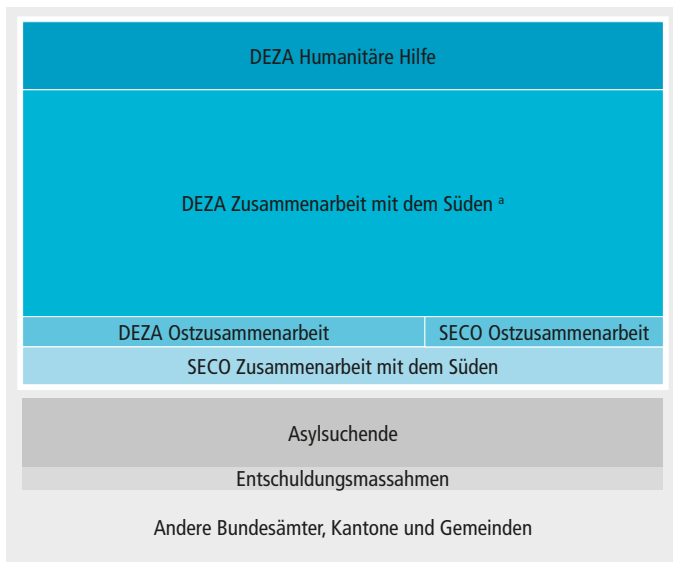
Gemäss den internationalen Richtlinien werden bei den IFIs die hinterlegten Schuldverschreibungen und nicht die effektiven Auszahlungen als APD erfasst. Dies erklärt sowohl die jährlichen Schwankungen als auch die Differenzen zur Staatsrechnung für die DEZA, worin die jährlichen Zahlungen aufgrund der hinterlegten Schuldverschreibungen ausgewiesen werden.

c Angerechnete Prozentsätze gemäss DAC-Direktiven.

d Inklusive multilateraler Entschuldungsinitiativen (MDRI).

Grafik 5

ZUSAMMENSETZUNG DER APD (VIER RAHMENKREDITE DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT UND WEITERE KOMPONENTEN)



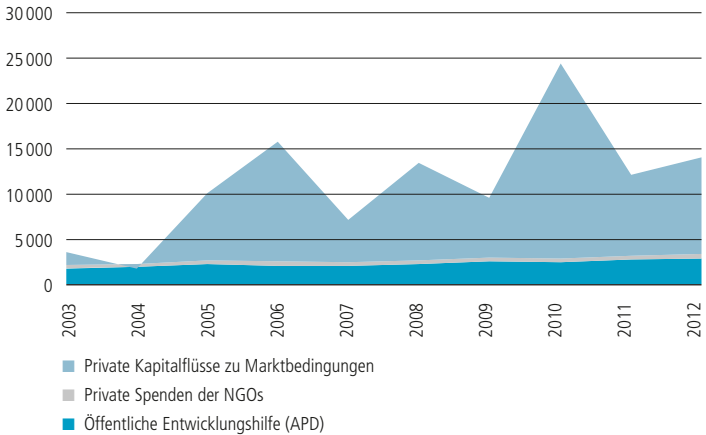
a Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit ist eine gemeinsame Aufgabe DEZA/SECO

In dieser Grafik wird die Zusammensetzung der APD schematisch dargestellt. Die Hauptkomponenten sind im Verhältnis zu den Totalausgaben abgebildet.

Die APD umfasst im Wesentlichen die vier Rahmenkredite der internationalen Zusammenarbeit des Bundes. Hinzugerechnet werden Ausgaben anderer Bundesämter, der Kantone und Gemeinden, die Ausgaben für Asylsuchende und die bilateralen Entschuldungsmassnahmen gemäss den internationalen Richtlinien.

Grafik 6

NETTO FINANZFLÜSSE DER SCHWEIZ IN DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER 2003–2012 (MIO FR.)



Der Kontext der Entwicklungsfinanzierung ist im Umbruch. Die Mittel ausserhalb der APD sind wichtiger geworden, eine grosse Anzahl der Entwicklungsländer haben Zugang zu diversifizierten Finanzierungsquellen.

Zusätzliche Geldflüsse, welche nicht in den DAC-Statistiken erfasst werden, sind in dieser Grafik nicht abgebildet. Es handelt sich z.B. um die remittances (Geldüberweisungen von Migranten in ihre Herkunftsländer), die jährlich rund 1 Milliarde Franken erreichen.



Seite 20–34

AUSGABEN DEZA/SECO



Tabelle 5

**ÜBERBLICK AUSGABEN DEZA UND SECO
2009–2013 (MIO. FR.)**

Gesamtausgaben DEZA

Humanitäre Hilfe

Entwicklungszusammenarbeit

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

EU-Erweiterungsbeitrag

Gesamtausgaben SECO Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Entwicklungszusammenarbeit

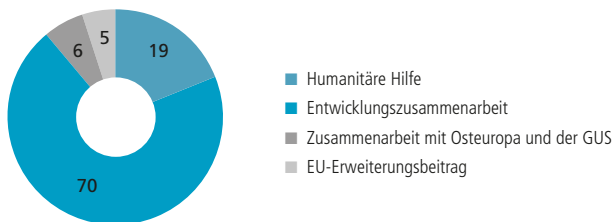
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

EU-Erweiterungsbeitrag

Die Tabelle und die Grafiken stellen die Resultate für die DEZA und das SECO gemäss Staatsrechnung dar, ohne Rückflüsse.

Grafik 7.1

DEZA-AUSGABEN NACH AUFGABENBEREICH 2013 (IN %)



2009	2010	2011	2012	2013
1 452.9	1 507.0	1 681.8	1 848.6	2 045.1
303.7	314.9	336.1	337.7	387.2
1 038.5	1 066.9	1 204.4	1 338.7	1 419.5
102.8	106.7	105.4	109.0	129.1
7.9	18.5	35.9	63.2	109.3
273.4	238.4	268.4	294.6	331.3
159.8	161.2	194.6	208.5	217.3
57.8	59.6	60.0	72.0	88.2
55.8	17.6	13.8	14.1	25.8

Grafik 7.2

SECO-AUSGABEN NACH AUFGABENBEREICH 2013 (IN %)

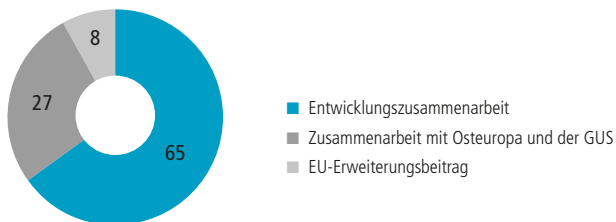


Tabelle 6

DEZA-ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT NACH SCHWERPUNKTLÄNDERN UND -REGIONEN 2012–2013 (MIO. FR.)

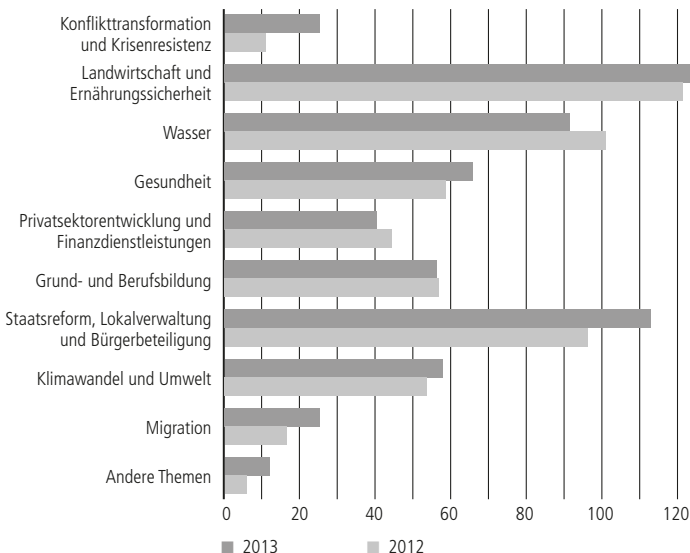
	2013	2012
Schwerpunktländer und -regionen	500.5	459.7
Mekong	49.8	40.6
Nordafrika und Naher und Mittlerer Osten ^a	44.9	44.5
Zentralamerika	42.3	40.8
Nepal	38.2	33.4
Südliches Afrika	34.4	30.8
Grosse Seen	31.1	29.0
Hindukusch	30.9	27.4
Bangladesch	29.5	25.9
Bolivien	24.5	28.3
Mosambik	23.0	23.9
Tansania	22.8	23.0
Burkina Faso	21.3	20.6
Mali	20.2	16.5
Mongolei	18.2	14.1
Niger	16.6	18.5
Benin	15.3	17.4
Tschad	14.3	11.7
Kuba	8.2	5.4
Horn von Afrika	8.1	2.5
Haiti	6.9	5.4
Andere Aktivitäten	366.1	312.1
Andere Länder und Regionen ^b	74.5	72.3
Programmbeiträge an NGOs	96.5	76.1
Thematische Mandate und Betriebskosten	195.2	163.6
Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	866.6	771.8
Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	552.8	566.9
Total	1 419.5	1 338.7

a Im Jahr 2013, allgemeiner Beitrag an das UNRWA von 1.2 Mio. Fr. für Syrien unter «multilaterale Entwicklungszusammenarbeit» erfasst.

b Diese Kategorie beinhaltet Länder in welchen globale Programme geführt werden (Peru, Indien, China).

Grafik 8

BILATERALE AUSGABEN DER DEZA ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT NACH THEMEN 2012–2013 (MIO. FR.)^a



a Ohne Programmbeiträge an schweizerische NGOs, multisektorielle Aktivitäten und Betriebskosten

Diese Grafik veranschaulicht die Zuweisung der Ressourcen zu den Themenbereichen, auf welche die DEZA ihre bilateralen Entwicklungsaktivitäten in den Jahren 2012 und 2013 konzentriert hat.

Mit den Globalprogrammen konzentriert sich die DEZA auf die Entwicklung von innovativen Lösungsansätzen im Bereich Klimawandel, Ernährungssicherheit, Migration und Entwicklung sowie Wasser. Diese Programme haben keinen spezifischen geographischen Fokus, sondern werden dort implementiert, wo die grösstmögliche Wirkung erzielt werden kann.

Tabelle 7

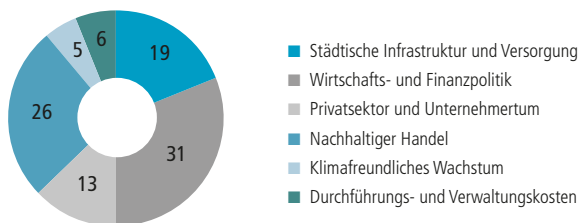
**SECO-ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT NACH
SCHWERPUNKTLÄNDERN UND -PROGRAMMEN 2012–2013
(MIO. FR.)**

	2013	2012
Schwerpunktländer und -programme	95.1	55.5
Ghana	25.0	15.5
Vietnam	16.5	4.6
Indonesien	14.3	13.9
Peru	10.7	7.0
Ägypten	9.9	4.4
Tunesien	9.1	3.6
Kolumbien	5.5	3.1
Südafrika	4.1	3.4
Andere Massnahmen	122.2	153.1
Global-/ Regionalprogramme und andere Länder, verschiedene Beiträge ^a	112.3	144.1
Betriebskosten	9.9	9.0
Total	217.3	208.5

a Bedeutende Programme wurden zur Ergänzung der DEZA Tätigkeit in Burkina Faso, Mosambik und Tansania durchgeführt.

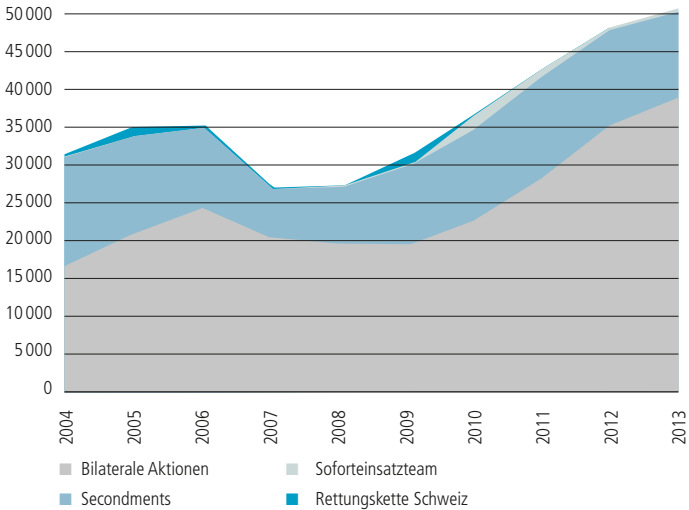
Grafik 9

**SECO-ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT NACH
THEMEN 2013 (IN %)**



Grafik 10

**SCHWEIZERISCHES KORPS FÜR HUMANITÄRE HILFE (SKH):
EINSATZTAGE IM AUSLAND 2004–2013**



Grafik 11

**HUMANITÄRE HILFE NACH AUFGABENFELDERN 2011–2013
(IN %)**

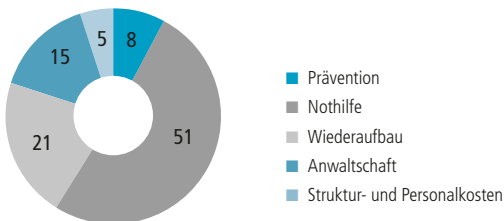


Tabelle 8

**DEZA-HUMANITÄRE HILFE NACH LÄNDERN UND
EINSATZREGIONEN 2012–2013 (MIO. FR.)**

	2013	2012
Afrika	96.8	93.7
Südsudan	12.5	8.6
Sudan	9.4	7.4
Kongo (D. R.)	9.1	5.6
Somalia	7.3	6.7
Simbabwe	6.2	6.5
Äthiopien	5.8	4.9
Kenia	5.2	8.3
Niger	3.6	4.7
Marokko	3.5	4.1
Zentralafrikanische Rep.	2.9	1.5
Madagaskar	2.5	0.4
Liberia	2.5	3.6
Tschad	2.5	2.3
Algerien	2.3	2.0
Burundi	2.3	3.4
Mali	1.6	3.9
Elfenbeinküste	1.4	2.8
Burkina Faso	1.0	3.4
Angola	1.0	0.3
Andere Länder	4.6	9.7
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	9.4	3.5
Lateinamerika	22.4	19.0
Kolumbien	9.3	8.2
Haiti	7.8	6.5
Nicaragua	1.1	0.2
Andere Länder	1.6	3.2
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	2.5	1.0

	2013	2012
Asien	104.2	79.0
Libanon ^a	12.4	5.3
Syrien ^b	11.6	8.3
Nordkorea	10.0	6.5
Gaza und Westbank ^a	9.9	8.3
Jordanien ^a	8.2	4.0
Sri Lanka	8.2	6.5
Myanmar	7.7	6.5
Jemen	7.2	4.4
Irak	6.0	3.6
Afghanistan	4.9	5.3
Pakistan	4.8	5.2
Georgien	3.3	3.2
Philippinen ^c	2.8	0.9
Tadschikistan	1.6	1.2
Andere Länder	4.0	5.7
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	1.7	4.2
Europa	0.4	1.7
Andere Aktivitäten, nicht geografisch zuteilbar	163.5	144.2
Allgemeiner Beitrag an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	70.0	70.0
Beiträge an internationale Organisationen ^a	39.8	35.8
Programmbeiträge an NGOs	10.5	5.7
Verschiedene Beiträge und Administrativkosten	38.2	26.1
Strukturpersonal	5.0	6.6
Total	387.2	337.7

a Die allgemeinen Beiträge von 9.8 Mio. Fr. im Jahr 2013 an das UNRWA (2012: 8 Mio. Fr.) sind unter «Beiträge an internationale Organisation» erfasst. Davon gehen an: Gaza und Westbank, 5.8 Mio. Fr., Jordanien, 2.4 Mio. Fr., und Libanon, 1.6 Mio. Fr.

b Weitere 14 Millionen Franken wurden über den Kredit Entwicklungszusammenarbeit finanziert.

c Weitere 2 Millionen Franken wurden über den Kredit Entwicklungszusammenarbeit finanziert.

Tabelle 9

PARTNER DER HUMANITÄREN HILFE DER DEZA 2013 (MIO. FR.)

UNO-Organisationen
Welternährungsprogramm (WFP)
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)
UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)
Andere UNO-Organisationen
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
Andere Partner und direkte Aktionen
Schweizer NGOs
Internationale Organisationen und ausländische NGOs
Direkte Aktionen des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) und der Rettungskette
Privatsektor und Forschungsinstitute
Betriebs-, Personal- und Materialkosten
Total Humanitäre Hilfe 2013
Total Humanitäre Hilfe 2012

a 20 Mio. Fr. für schweizerische Milchprodukte und 14 Mio. Fr. für Getreide. (2012: respektive 19.5 und 13.6 Mio. Fr.)

Allgemeine Barbeiträge	Ausserordentliche Barbeiträge	Nahrungsmittelhilfe	Total
39.3	70.7	27.0	137.0
5.3	17.2	27.0	49.4
14.0	20.3	–	34.3
9.5	10.5	–	20.0
9.8	4.8	–	14.6
–	6.1	–	6.1
0.8	11.9	–	12.7
70.0	46.1	–	116.1
0.5	126.6	7.0	134.1
–	21.8	5.4	27.3
0.5	28.5	1.3	30.3
–	40.2	0.3	40.5
–	2.0	–	2.0
–	34.1	–	34.1
109.8	243.4	° 34.0	387.2
105.8	198.7	33.1	337.7

Tabelle 10

**DEZA-ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DER GUS
NACH SCHWERPUNKTLÄNDERN UND -REGIONEN 2012–2013
(MIO. FR.)**

	2013	2012
Schwerpunktländer und -regionen	102.2	84.8
Zentralasien	27.8	21.4
Kosovo	12.2	10.6
Bosnien und Herzegowina	10.5	8.7
Südkaucasus	10.2	10.4
Albanien	9.3	6.9
Serbien	9.2	7.3
Republik Moldau	9.0	7.0
Mazedonien	8.2	5.1
Ukraine	5.9	7.4
Andere Aktivitäten	26.9	24.2
Andere Länder und Regionen	12.4	12.8
Beitrag an IDEA	0.8	0.8
Programmbeiträge an NGOs	5.6	4.0
Verschiedene Beiträge und Administrativkosten	8.1	6.6
Total	129.1	109.0

Grafik 12

**DEZA ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DER GUS
NACH THEMEN 2013 (IN %)^a**


^a Ohne Programmbeiträge an schweizerische NGOs, multisektorielle Aktivitäten und Betriebskosten

Tabelle 11

**SECO-ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DER GUS
NACH SCHWERPUNKTLÄNDERN UND -REGIONEN 2012–2013
(MIO. FR.)**

	2013	2012
Schwerpunktländer und -programme	75.8	52.5
Albanien	16.2	3.1
Tadschikistan	14.7	11.1
Kirgisistan	11.8	11.2
Ukraine	9.7	5.9
Kosovo	7.1	8.5
Serbien	6.0	6.3
Aserbajdschan	4.4	2.9
Bosnien und Herzegowina	3.0	2.7
Mazedonien	2.8	0.8
Verschiedenes	12.4	19.5
Regionalprogramme und andere Länder	8.5	16.7
Betriebskosten	3.9	2.8
Total	88.2	72.0

Grafik 13

**SECO-ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DER GUS
NACH THEMEN 2013 (IN %)**

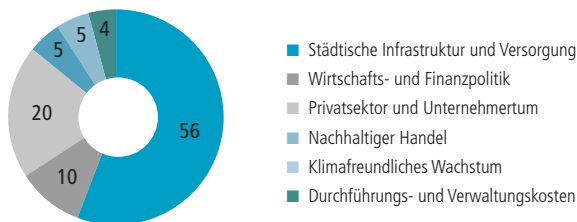


Tabelle 12

PARTNER DER DEZA FÜR BILATERALE AKTIVITÄTEN 2013 (MIO. FR.)

Schweizer NGOs und Kompetenzzentren
davon:
HELVETAS Swiss Intercooperation
Swisscontact
Schweizerisches Rotes Kreuz
Caritas Schweiz
Terre des Hommes, Lausanne
Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)
Brot für alle (BFA)
Solidar Suisse
Swissaid
Fastenopfer
MSF – Médecins sans Frontières
Enfants du Monde
Stiftung Kinderdorf Pestalozzi (SKP)
Fédération genevoise de coopération (FGC)
Solidarmed
Schweizerische Universitäts- und Forschungsinstitutionen
Privater Sektor der Schweiz
Öffentlicher Sektor der Schweiz
UNO-Organisationen, multilaterale Aktionen
Internationale Finanzierungsinstitutionen, multilaterale Aktionen
Andere ausländische und internationale Organisationen
davon: Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
Organisationen des Südens und des Ostens
Total der Partner
Direkte Aktionen, Betriebskosten
Total 2013
Total 2012

Beiträge und spezifische Mandate

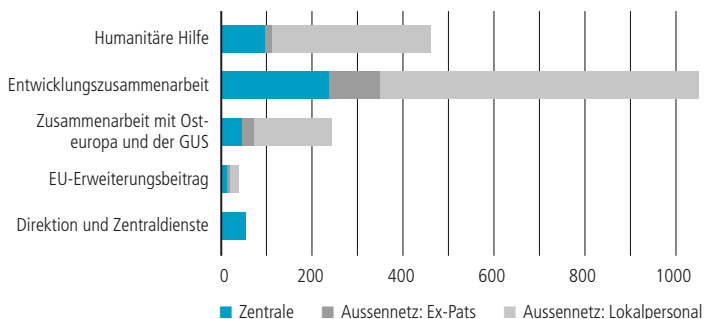
Progr.- Beiträge ^a	Humanitäre Hilfe	Entwicklungs- zusammenarbeit	Ost- zusammenarbeit	Total ^b
112.6	16.8	106.2	15.3	250.8
10.7	0.3	53.3	9.9	74.2
4.3	0.3	21.1	1.0	26.7
8.5	4.4	–	1.9	14.9
11.0	2.0	–	–	13.0
10.5	0.5	1.4	0.4	12.8
7.4	–	–	1.5	8.9
6.4	–	–	–	6.4
3.2	1.1	2.1	–	6.3
6.2	–	–	–	6.2
5.6	–	–	–	5.6
5.0	0.3	–	–	5.3
2.5	–	1.5	–	4.0
3.5	–	–	–	3.5
3.3	–	–	–	3.3
2.2	0.1	–	–	2.3
–	0.4	30.3	11.1	41.8
–	1.2	32.6	7.2	40.9
–	0.3	8.4	0.7	9.4
–	97.7	115.1	15.3	228.1
–	0.4	27.6	5.4	33.4
–	138.7	111.5	24.5	274.7
–	116.1	3.3	–	119.4
–	7.8	173.2	23.1	204.1
112.6	263.2	604.8	102.6	1 083.2
–	73.8	164.9	20.1	258.8
112.6	336.9	769.7	122.7	1 342.0
86.3	296.2	695.1	104.2	1 181.8

a Allgemeine Beiträge an NGOs für Entwicklungs- und Nothilfeprogramme in Süd- und Ostländern und an Kompetenzzentren für Sensibilisierungsaktivitäten

b Exkl. EU-Erweiterungsbeitrag der DEZA (109.3 Mio. Fr. 2013).

Grafik 14

DEZA- UND SECO-PERSONAL PER ENDE 2013 (ANZAHL STELLEN)



Die DEZA finanzierte per 31. Dezember 2013 1651 Vollzeitstellen, 365 davon in der Schweiz. Von den 1286 Stellen im Ausland waren 1151 durch Lokalangestellte besetzt.

Der Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des SECO finanzierte per 31. Dezember 2013 186 Vollzeitstellen, 89 davon an der Zentrale, 19 Stellen im Ausland und 78 Lokalangestellte.

ANZAHL LAUFENDER PROJEKTE PER 31.12.2013

	DEZA	SECO
0.5–1.0 Mio. Fr.	221	15
1.0–3.0 Mio. Fr.	402	79
3.0–5.0 Mio. Fr.	251	44
Ab 5.0 Mio. Fr.	253	93
Total	1127	231

ANZAHL VERTRETUNGEN IM AUSLAND PER 31.12.2013

Kooperationsbüros ^a	39
Programmbüros	25
Büros EU-Erweiterungsbeitrag ^b	6
Total	70

^a DEZA: 31, SECO: 17 (davon 9 geteilte Büros)

^b DEZA/SECO Büros

Impressum

Herausgeber:

Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
Freiburgstrasse 130
3003 Bern
Telefon +41 (0)58 462 44 12
www.deza.admin.ch
deza@eda.admin.ch

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Holzikofenweg 36
3003 Bern
Telefon +41 (0)58 464 09 10
www.seco-cooperation.admin.ch
info@seco-cooperation.ch

Redaktion/Koordination/Statistik:

Direktionsstab DEZA
SECO Kooperation

Grafik/Konzept:

Julia Curty, SUPERSRIPT GmbH, Brügg b. Biel/Bienne
www.superscript.ch

Fotos:

Titel: TAO Images/Getty Images
Übrige: DEZA

Druckerei:

galledia ag
9442 Berneck

Die Statistiken zum Jahresbericht sind in Deutsch,
Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich.

Weitere Exemplare können bestellt werden bei
deza@eda.admin.ch oder über

Telefon +41 (0)58 462 44 12

Impressum

Herausgeber:

Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
Freiburgstrasse 130
3003 Bern
Telefon +41 (0)58 462 44 12
www.deza.admin.ch
deza@eda.admin.ch

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Holzikofenweg 36
3003 Bern
Telefon +41 (0)58 464 09 10
www.seco-cooperation.admin.ch
info@seco-cooperation.ch

Redaktion/Koordination/Statistik:

Direktionsstab DEZA
SECO Kooperation

Grafik/Konzept:

Julia Curty, SUPERScript GmbH, Brügg bei Biel/Bienne
www.superscript.ch

Fotostrecke:

Titelseite TAO Images/Getty Images
Seite 6 Claudiad/Getty Images
Seite 11 Marcus Rose/Panos
Seite 18 Robin Hammond/Panos
Seite 36 Giacomo Pirozzi/Panos
Seite 52 Chris Stowers/Panos
Seite 55 Espen Rasmussen/Panos
Seite 56 Jacob Silberberg/Panos

Weitere Fotos:

Seite 4 Damian Gadal
Seite 21 Swiss Aids Care International
Seite 20 Sutikno Gindroz
Seite 24 Swiss Malaria Group/Jenn Warren
Seite 26 Karina Muench
Seite 27 Stanica Service for Contemporary Dance/Nenad Milosevic
Seite 32 Pamir Energy
Seite 38 Jorge Mejira Peralta
Seite 39 Leart Zogjani
Seite 47 UNIDO
Seite 51 Swiss Malaria Group/Kerri Elisabeth Price
Seite 57 Physicians for Human Rights

Übrige: EDA/DEZA, SECO

Druckerei:

galledia ag
9442 Berneck

Der Jahresbericht ist in Deutsch, Französisch,
Italienisch und Englisch erhältlich.

Weitere Exemplare können bestellt werden

bei deza@eda.admin.ch oder über

Telefon +41 (0)58 462 44 12

Bern 2014